Münster 1935. No 15

Phil Diss

Geschichte

Geschichte des „Nationalsozialen Vereins"

samt einer Darstellung seiner ideellen und tatsächlichen Herkunft — als Teil einer evangelischen Parteigeschichte.

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der Doktorwürde

der

Philosophischen und Naturwissenschaftlichen Fakultät

der

Westfälischen Wilhelms-Universität zu Münster

vorgelegt von

Joachim Gauger

aus Wuppertal-Elberfeld.

1935

Verlag der Gotthardbriefe in Elberfeld

Tag der mündlichen Prüfung: 24. Februar 1933.

Dekan: Prof. Dr. Ley.

Referent: Prof. Dr. Wätjen.

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

Meinen lieben Eltern

in herzlicher Dankbarkeit und Verehrung.

Inhaltsverzeichnis.

Seite

Einleitung 1

I. Teil: Die christlich-sozialen Ideen des Kreises der „Christlichen Welt" . . . . . 3—13

Die Gebildeten und die soziale Frage . . . 3—4

Lasalles Ruf — politische Gewitterstimmung in den achtziger Jahren — Appell Göhres an die Gebildeten und Besitzenden.

Der soziale Ausgangspunkt der „Christlichen Welt" . . . . . 4—6

Die Zielsetzungen der Ritschl'schen Schule — Gründung der „Christlichen Welt" — Die Stellung des Kreises um die „Christliche Welt" zum Pietismus und zur sozialen Frage — Verwandtschaft zwischen Innerer Mission und Sozialismus.

Die Gründe für den Atheismus des Arbeiters . . . . . 6—7

Kampf gegen den Atheismus als Aufgabe — Die Schuld der Christen an der Lage — Die Schuld der Kirche — Das Manchestertum als Vorschule für den Atheismus — Fabrikarbeit bedingt Materialismus.

Aufgaben und Ziele . . . . . 7—10

Sozialdemokratie wirtschaftlich und politisch berechtigt — Aber Bekämpfung des Materialismus — „Marx und Christus" — Abgrenzung des Kreises gegen rechts und links — Der „Chiliasmus" der Sozialdemokratie — Aufgabe des Kreises der „Christlichen Welt": sofortiger Kampf gegen den Kapitalismus — Einzelforderungen — Standesunterschiede als berechtigt anerkannt.

Das Jesusbild im Industrialter . . . . . 10—11

Der Christ im Zeitalter der Maschine — Jesus als Freund der Armen — Begeisterung für christlichen Sozialismus.

Die Führer der neuen Bewegung . . . . . 11—13

Paul Göhre — „Drei Monate Fabrikarbeiter" —

Friedrich Naumann — Sozialpolitik als neues Ziel — Die Bedeutung des Kreises um die „Christliche Welt" für die politische Gründung. Seite

II. Teil: Vom christlichen zum nationalen Sozialismus . . . 14—23

Eindringen in die evangelischen Arbeitervereine . . . . . 14—15
Die Entstehung der Vereine — Ihre Wendung zur Sozialpolitik — Einfluß des Kreises um die „Christliche Welt" auf die Vereine — Arbeitervereine und christliche Gewerkschaften.

Auf dem evangelisch-sozialen Kongreß . . 15—16
Zusammenschluß der Anhänger Naumanns, ihre Abgrenzung von der Sozialdemokratie — Gegensatz zur Richtung Stoeckers.

Stoecker und die „Jungen" . . . . . 16—17
Stoecker und Naumann — Naumann gegen Stoeckers konservative Politik — Stoecker löst sich von den „Jungen".

Die „Jungen" und die Öffentlichkeit . . . 17—18
Die Stimmung der jüngeren Christlich-sozialen — „Schwarmgeister"? — Urteil eines Schulmeisters über die Bewegung — Gründung der „Hilfe".

Reaktion in der Sozialpolitik des Reiches 18—19
Gegensatz zwischen der Innenpolitik des Reiches 1890 und 1895 — Umsturzvorlage.

Freiherr v. Stumm und die „Hilfe" . . . . 19—20
Stumm gegen Arbeiterorganisation — Seine Angriffe im Reichstag gegen die „Hilfe" — Kaiser, Konservative und Oberkirchenrat gegen die „Jungen".

Wachstum der Bewegung trotz Verfolgung 20—21
Die Anhängerschaft wird größer. Gegenwehr.

Aufkommen nationalsozialer Gedanken . 21—22
Naumann für Welthandel und Flotte — Der Machtgedanke — Bejahung der Obrigkeit — Ruf nach nationalem Sozialismus — religiös und politisch.

Der Gang in die Politik . . . . . 22—23
Verpachtung des politischen Einflusses oder Eigenbewirtschaftung? — Tageszeitung gegründet — Versammlung der Anhänger einberufen — Minorität und Masse.

III. Teil: Geschichte des „nationalsozialen Vereins" . . . . 24—65

Die Versammlung aller nichtkonservativen Christlichsozialen . . . . . 24—25

Seite

Die Teilnehmer — unsicherer politischer Boden — Max Weber gegen „Miserabilitätspolitik".

Partei oder Verein? . . . . . 25—26
Naumann gegen Parteiform — Verein als Vorstufe zur Partei gegründet.

Nationalsozial . . . . . 26—27
Der Name — Der Programmentwurf — Imperialismus nach außen, Mitleidspolitik nach innen — Betonung des Nationalen — für Arbeiterorganisation und Bodenreform.

Die Frauenfrage wird übernommen . . . 27—28
Gleichberechtigung im Programmentwurf — Naumann streicht den Paragraphen — Wiedereinsetzung.

Das Christentum als Programmpunkt? 28—29
Bodenreformer gegen seine Betonung — Sohm will Scheidung des Geistlichen und Weltlichen — Christentum soll weltanschauliche Basis sein.

Das Generalprogramm . . . . . 29—30
(Die Grundlinien des nationalsozialen Vereins im Wortlaut).

Antisemitismus und Pastorenpartei . . . 30—31
Antisemitische Strömung — Nationalsoziale sind nicht antisemitisch — „Pastorenpartei" — gegen Alkoholismus.

National oder sozial? . . . . . 31—33
Nationalsozial — ein Begriff? — Hamburger Hafenarbeiterstreik — Nationalsoziale stellen sich auf die Seite der Ausständigen — Nationalsoziale Kathedersozialisten gegen die sozialdemokratischen Tendenzen — Sohm ruft die Gebildeten — Göhre gegen Sohm — Versöhnung.

Betonung des allgemeinen Wahlrechts . . 33—34
Konservative fordern Beschränkung des Wahlrechts — Sohms Rede für das allgemeine Wahlrecht.

Vom Sozialismus zum Nationalismus . . 34—38
Wilhelms II. Betheler Rede — Zuchthausvorlage — Was ist ‚Proletariat'? — Göhre tritt aus — Naumann für demokratisches Kaisertum — Der Kaiser muß national und sozial sein — Wilhelm II. als Exponent der modernen Zeit — Nationalsoziale Proteste — Die Nationalsozialen als Anhänger der Politik Wilh. II.

Nationalsozialer Imperialismus . . . . 38—40
Flottenbegeisterung — für Wehrmacht und Weltmacht — England als Feind — für Kolonien.

Seite

Armenierfrage . . . . . 40—41
Moral oder Machtpolitik? — die beiden Richtungen im nationalsozialen Verein — Armenierfreundlichkeit als Unterstützung des britischen Imperialismus — Burenfrage.

Nationalsoziale Stellung zur „Hunnenrede" . . . . . 41—43
Des Kaisers „Hunnenrede" — Naumann verteidigt sie — Damaschke gegen ihn — Politische Ethik und persönliche Ethik bei Naumann — Vermittlungsantrag.

Weiterer Ausbau der nationalsozialen Grundlinien . . . . . 43—46
Die Änderung der Partei — Schulprogramm — Seine Hauptpunkte nach dem Kriege verwirklicht — Bodenreform: der „Sozialismus der Gebildeten" — Gemeindeprogramm — für Mieter gegen Hausbesitz — Nationalsoziales Kartellprogramm — Nationalsoziale wollen Privatwirtschaft — Liberale Wirtschaftsauffassung.

Der Kampf um die Handelsverträge . . . 46—50
Historischer Rückblick — Nationalsoziale sind für Bauerntum — Naumann 1895 für Schutzzölle — „Die Erhaltung der Kleinbauern" — „Wir wollen Handelsverträge" 1898 — aber zugleich auch Förderung der Landwirtschaft — Agrarprogramm — Bodenreform im Landprogramm — Kampf gegen den Zolltarif 1901 — Nationalsoziale treten in den Dienst des Handelsvertragsvereins.

Der Weg zum Liberalismus . . . . . 50—52
Neigung der Nationalsozialen zum politischen Freisinn — Sie betrachten sich 1900 selbst als liberal — Naumanns Referat: „Der Niedergang des Liberalismus" 1901 — für ein Bündnis zwischen Sozialdemokratie und Liberalismus — Nationalsoziale sind sozialliberal.

Der nationalsoziale Verein bei den Wahlen . . . . . 52—55
Damaschke über nationalsoziale Arbeit — Die Plöner Nachwahl — ihr Ergebnis — Reichstagswahl 1898 — Die Nationalsozialen treten in der Stichwahl für liberale Parteien ein — Reichstagswahl 1903 — v. Gerlach gewählt.

Organisation und Presse . . . . . 55—57
Das Organisationsstatut — Mitgliederzahlen — die „Zeit" — Nationalsoziale Zeitungen — Andere Propagandamittel — Geldmangel als Grund für die Aufgabe der eigenen Parteiorganisation.

Seite

Niederlage und Auflösung des nationalsozialen Vereins . . . . . 58—60

Eine geschlagene Truppe — Fusionsverhandlungen mit dem liberalen Wahlverein — Widerstand gegen die Selbstaufgabe — volle Auflösung.

Freisinnig vereinigt . . . . . 60—62

Ruf nach liberaler Sammlung — Geschichte der linksliberalen Parteien — Die Sozialpolitik der freisinnigen Vereinigung — Nationalsoziale verzichten bei der Fusion auf Bodenreform — Berührungspunkte zwischen Nationalsozialen und freisinniger Vereinigung — Gegenseitige Ergänzung.

Ein Blick in die Zukunft . . . . . 62—65

Maurenbrechers Weg — Gottfried Traub — andere hervorragende Nationalsoziale — Naumann arbeitet an „Erneuerung des Liberalismus" 1906 — Vereinigung der drei linksliberalen Parteien 1910 — Die demokratische Vereinigung — Naumanns ferneres Leben — v. Gerlach über Naumann — Stresemann über Naumann — Beurteilung Naumanns.

Anmerkungen und Nachweise . . . . . 66—74

Literatur-Verzeichnis . . . . . 75—78

Einleitung.

Die vorliegende Arbeit stellte ursprünglich dar den ausgeführten Teil einer Untersuchung über „Grundlagen und Geschichte evangelischer Parteibildung in Deutschland", die 1931 von der Helfferichstiftung in Berlin mit dem Tausend-Mark-Preise bedacht wurde. In ihr war das protestantische Staatsbewußtsein seit der Reformation dargestellt und dann versucht worden, aufzuzeigen, wie es auf evangelischer Seite zu den (immer wieder gescheiterten) Versuchen kam, Einfluß auf das politische Leben zu gewinnen durch die Bildung von politischen Parteien, die allerdings nie als reine Konfessionsparteien anzusprechen waren.

Auch Friedrich Naumanns Versuch der Gründung des „Nationalsozialen Vereins" gehörte in den gezeichneten Zusammenhang hinein. War doch Naumann evangelischer Pfarrer, und war es doch der zum großen Teil aus Theologen bestehende Kreis um die „Christliche Welt", der mit ihm den Weg in die Politik begann. Wie dann Naumann und sein Kreis sich vom Christlichen Sozialismus entfernte, und wie sich damals der nationale Gedanke mit dem sozialen verschmolz, das nachzulesen mag vielleicht auch heute noch von Wert sein, wenn auch der Parteienstaat zerschlagen ist.

Als politische Organisation ist Naumanns „Nationalsozialer Verein" nach wenigen Jahren gescheitert. Und doch hat er einen Einfluß ausgeübt, der auch heute noch nachwirkt. Viele Forderungen, die er vertrat, sind in der Nachkriegszeit verwirklicht worden und sind uns selbstverständlicher Besitz.

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41547203_0128

Erſter Teil.

Die chriſtlich-ſozialen Ideen des Kreiſes der „Chriſtlichen Welt."

Die Gebildeten und die ſoziale Frage.

„Es wäre das großartigſte Kulturfaktum, es wäre ein Triumph des deutſchen Namens und der deutſchen Nation, wenn in Deutſchland die Initiative in der ſozialen Frage gerade von den Beſitzenden ausginge, wenn ſie aufträte als ein Produkt der Wiſſenſchaft und der Liebe, nicht als eine Gärung des Haſſes und der wilden ſansculottiſchen Wut."

Dieſe Worte ſchrieb Ferdinand Laſſalle [1]), ohne daß ſich ſeine Hoffnung verwirklicht hätte. Freilich, man hatte ſich auch auf ſeiten der „Kreiſe von Bildung und Beſitz" um eine Löſung bemüht. Davon legt die kaiſerliche Botſchaft vom 17. November 1881 ebenſowohl Zeugnis ab wie das Auftreten der Katheder-ſozialiſten, ein Adolf Stoecker ſo gut wie Schulze-Delitzſch. Aber die höheren Schichten in ihrer großen Mehrheit waren taub geblieben bei den Rufen ſozialer Not, oder ſie hatten ſich damit begnügt, die Schmerzen des Volkskörpers zu lindern, anſtatt auf ſeine Heilung auszugehen. Es war nicht gelungen, durch den Keil des Staatsſozialismus — wie das Bismarck beabſichtigte — die Arbeitermaſſen von der Sozialdemokratie loszulöſen und ſie zu einer Bejahung des beſtehenden Staates zu bringen. Im Grunde war es ein Kampf der Staatsanſchauung, der ſich abſpielte. Sozialreform auf patriarchaliſcher oder auf demokratiſcher Grundlage, von oben her gewährt oder von unten her erſtritten? Das war die Frage, um die ſich die innere Politik der achtziger Jahre drehte. Die Sozialdemokratie forderte politiſche Freiheit und wirtſchaftliche Sicherung; der Kanzler konnte nur die letztere gewähren. Die Sozialdemokratiſche Partei war in die Acht getan. Trotzdem ſtieg die Zahl der bei den Reichstagswahlen für ſie abgegebenen Stimmen nach einem Rückſchlag gegenüber der letzten Wahl von 312 000 Stimmen (1881) auf 550 000 (1884) und 763 000 (1887).

Diese politische Gewitterstimmung mußte zum Nachdenken führen, ob jene Kreise, an die sich Lassalles Forderung richtete, ihre Pflicht erkannt oder ihre Stunde versäumt hatten. Es ist bezeichnend für die Empfindlichkeit des protestantischen Gewissens, daß es evangelische Theologen sind, die sich aufs neue diese Frage vorlegen, mit einem Blick, der durch Stoecker bereits geschult war.

„Das Einzige, was wirkt (angesichts der sozialen Not D.V.), ist Handeln, Helfen. Und das vermag nur das oberste Drittel unsrer Bevölkerung. Bei diesem steht die Verantwortung und Entscheidung der Zukunft. Darauf wird schließlich alles ankommen, ob unser gebildeter und besitzender Bürgerstand Einsicht und Scharfblick genug besitzt, um die entscheidenden Aufgaben der Zeit unter den nebensächlichen zu erkennen, und ob ihm die Selbstlosigkeit und sittliche Größe innewohnt, um diese mit Opfern, selbst hohen Opfern, ohne die es nicht abgehen wird, zu lösen.

Heute scheint es noch nicht so; heute schläft jenes Drittel unsers Volkes noch, es allein noch. Wir wissen ganz genau, was für einen schweren Vorwurf wir damit erheben. Aber wir können das Wort nicht zurücknehmen. Die soziale Frage steht zwar auf der Tagesordnung; alle Tagesblätter sind voll von ihr. Aber eben, man r e d e t nur . . [2])."

Man ist überrascht über diese Gleichheit der Erkenntnis bei Lassalle, dem jüdischen Führer deutscher Arbeiter, und dem in so ganz anderen Kreisen sich bewegenden protestantischen Theologen Paul Göhre. Derselbe Hilferuf ist es, den beide ausstoßen; hier jedoch bedeutend schriller als dort, wo die Jahrzehnte der Untätigkeit das soziale Gewissen der Gebildeten und Besitzenden noch nicht belasteten.

Der soziale Ausgangspunkt der „Christlichen Welt".

Aber nicht ein einzelner ist es, der Forderungen an die höheren Schichten des Volkes anmeldet, es ist eine ganze Generation von jungen Theologen, die durch die Schule Albrecht Ritschls und in seiner christozentrischen Lehre „ein Evangelium" bekommen zu haben glaubte, „das jedem Notstande in Kirche und Welt gewachsen sei [3])."

Solcher Notstände schienen übergenug vorhanden zu sein in Welt und Christenheit. Die Gebildeten sollten aus ihrem modernen Heidentum gerissen und die fast unvereinbar scheinenden Gegensätze Bildung und Christentum mit einander verflochten werden. Das war das Ziel, dem man nachzustreben

gedachte, als man am 21. November 1886 die erste Nummer des „Evangelisch-Lutherischen Gemeindeblattes für die gebildeten Glieder der evangelischen Kirchen" — die spätere „Christliche Welt" — hinausgehen ließ.

Dieser Kreis junger, z. T. noch nicht dreißigjähriger Theologen, der sich hier zum Worte meldete, war von den alten Kampfeszielen des kirchlichen Liberalismus abgekommen, weil er sich ganz andere Aufgaben gestellt hatte. So ist es auch nicht mehr der Pietismus, der bekämpft wird. Im Gegenteil gewinnt gerade er durch die Betonung der Nächstenliebe eine erhöhte Bedeutung; sehen doch diese Theologen geradezu ein neues Lebensideal in der Teilnahme an der sozialen Frage [5]). Hierfür ist die auf dem Boden des Pietismus erwachsene Innere Mission der Ausgangspunkt. Auf sie wird immer zurückgegriffen, die Liebeswerke und ihre Gründer dem Leser vor Augen geführt, und besonders Wichern ist es, der die eingehendste Beachtung findet. Denn er „gehört nicht zu den ausgeschöpften und ausgelebten Persönlichkeiten unsrer Kirche", heißt es in der Zeitschrift. „Er hat mit und jenseits der Inneren Mission die christliche Liebe auf das soziale Gebiet geleitet, er hat die christlich-soziale Bewegung nicht etwa nur vorbereitet, sondern geschaffen" [6]). Der Kreis um die „Christliche Welt" entdeckt für sich [7]) aufs neue, daß Wichern schon den Unterschied erkannt hatte zwischen der Not des einzelnen, der auf karitativem Wege abgeholfen werden kann, und der Not der Masse, die durch die Zeitverhältnisse bedingt und also unverschuldet ist. Schon Wichern hatte das unverschuldete Elend durch den Gedanken christlicher Assoziationen der Hilfsbedürftigen bekämpfen wollen. Die Ähnlichkeit zwischen diesem Wichernschen Gedanken der organisierten Selbsthilfe und dem Organisationssystem der Sozialdemokratie wird dem Kreise offenbar. Er findet weitgehende Parallelen zwischen Innerer Mission und Sozialismus [8]). Beide werden sich immer mehr nähern. Denn Entlastung ist der Grund-Satz des Sozialismus gleicherweise wie der Inneren Mission. Diese muß sich zwangsläufig immer weiter ausbreiten, immer größere Gebiete umfassen, immer mehr Volkssache und immer weniger religiöses Unternehmen werden, bis sie schließlich wie der Sozialismus in gesetzlicher Organisation ihr Ende und einen neuen Anfang findet. Natürlich werden bestimmte Teile der Inneren Mission immer der Kirche vorbehalten bleiben. Aber im Ganzen gliedert sie sich ein in das sozialistische System. Denn, so wird weiter gesagt, sie hindert das Wachsen des Kapitals, indem sie dem Kapitalisten einen Teil seines Vermögens in Form von Almosen entzieht. Sie schafft neue Rechte: die freiwilligen Wohltaten werden zu gesetzlichen Mußtaten.

Und endlich arbeitet die Innere Mission mit dem Sozialismus zusammen an der Entlastung der Familie. Eine starke innere Verwandtschaft! Aber gerade sie ist dem Kreise um die „Christliche Welt" Beweis dafür, daß der sozialistische Zukunftsstaat nicht ohne einen starken Schuß Christentum sein wird.

Die Gründe für den Atheismus des Arbeiters.

Christentum und Kirche sind es, auf die sich der Kreis stützt. Für ihn sind diese beiden Worte voll Inhaltes, voll Lebens; für die Sozialdemokratie als die Massenpartei des Sozialismus längst nicht mehr. Sie ist kirchenfeindlich; sie leugnet das Dasein Gottes. Derselbe Beweggrund, der schon einen Stoecker trieb, den Kampf gegen die Sozialdemokratie aufzunehmen, hier kehrt er wieder [10]: Nicht das sozialistische System gilt es auszurotten, sondern die antichristische Weltanschauung des Materialismus. Und als Leitmotiv gilt die Frage: „Wie retten wir Christenseelen aus der ungeheuren Gewalt des Unglaubens, die in dem Worte Sozialdemokratie verschlossen liegt [11]?" Da muß man sich zunächst darauf besinnen, wie es zu dem Abfall der Massen vom Christentum gekommen ist. Wie erklärt sich die enge Verflochtenheit der Weltanschauung des Atheismus mit den Zielen des Klassenaufstiegs?

Durch die Schuld der Christen, wird festgestellt. Sie müssen sich an die Brust schlagen, denn der Geist sozialdemokratischer Verbitterung ist entstanden durch ihre Versäumnisse [12]. Sie haben dem Gedanken der göttlichen Weltordnung im sozialen Leben nicht den genügenden Nachdruck verschafft, Sie haben es sich bequem gemacht, leben meist in guten Verhältnissen und wissen darum nicht, wo den kleinen Mann der Schuh drückt. Die christliche Bruderliebe [13], einst ein hohes Ideal in aller Gläubigen Seele, ist vergessen, der allumfassende Familienzusammenhang des Christentums zerrissen, das Christentum bei vielen zu einer Privatsache geworden.

Und die Kirche? Auch ihrer Schuld ist sich der Kreis bewußt: Von den Arbeitern wird sie nur noch als eine vom Staate künstlich erhaltene Einrichtung zum Aufpassen, als eine Art von Moralpolizei angesehen [14]; die „Pfaffen" werden verachtet als „Tagediebe und Faulenzer" [15], die selbst nicht an das glauben, war sie andern vorpredigen. Solchen Urteilen kann natürlich der Kreis der „Christlichen Welt" keinesfalls zustimmen. Aber auch er erkennt an, daß die Kirche wirklich in manchen Teilen veraltet, wie eine krumme Kiefer gewachsen ist [16]. Die Kirche hat die Augen zugemacht,

wo sie die sozialen Zustände hätte betrachen sollen. Sie hat den Mammonsgeist nicht gestraft, Liebe nicht betätigt. Und was das Schlimmste ist: sie hat sich immer auf die Seite der Herrschenden, niemals auf die der Unterdrückten gestellt, wenn sie es hätte tun müssen [17]). Nun ist das nicht so zu verstehen, daß die Kirche selbst in den sozialpolitischen Kampf eingreifen müsse: sie soll wirken in der Person ihrer einzelnen Glieder und durch die Gemeinde [18]). Sie soll die Sache der Armen führen, der Freunde des Herrn Jesus, aber sich nicht an irgendeine Wirtschaftslehre, sei es nun Kapitalismus oder Sozialismus, verkaufen [19]). Das Beispiel Englands zeigt dem Kreise, daß Kirche und Geistliche sich sehr wohl mit sozialen Fragen beschäftigen können [20]) und daß dadurch der Gefahr einer Volksentfremdung der Kirche vorgebeugt wird. Die klassenversöhnende Haltung der höheren Schichten Englands und der dort bestehende — besonders von Kingsley und Robertson vertretene — christliche Sozialismus erscheint der „Christlichen Welt" vorbildlich [21]).

Christenheit und Kirche, beide haben schwere Schuld auf sich geladen, aber sie haben denn doch nicht die Alleinschuld an dem Unglauben der Sozialdemokratie. Das Manchestertum, jene liberale Lehre, die auch im Wirtschaftlichen nur ein mechanisches Wechselspiel der Kräfte sieht und Besitz und Genuß als letzte Ziele erstrebt, sie hat auf die Sozialdemokratie abgefärbt. Der Atheismus der Sozialdemokratie ist nichts anderes als eine Übertragung der manchesterlichen Gedanken auf das Geistesleben [22]).

Aber auch die mechanische Tätigkeit des Arbeiters hat Einfluß auf seine Weltanschauung. Sein Geist ist der Zweckmäßigkeit verhaftet; nur für das, was er sehen, tasten, wahrnehmen kann, hat er Sinn. Dazu kommt, daß ihm die Zeit fehlt, sich den Staub der Alltäglichkeit von seinem Arbeitskittel zu schütteln, daß er es deshalb nicht zu rechter religiöser Verinnerlichung bringen kann. Als das Schlimmste wird erkannt, daß der Arbeiter sich niemals in einer seelischen Feiertagsstimmung befindet.

Aufgaben und Ziele.

Man sieht: die Gottabgewandtheit der Sozialdemokratie macht dem Kreise um die „Christliche Welt" ernstlich zu schaffen. Aber wie soll diese Gottlosigkeit bekämpft werden? Am zweckmäßigsten vielleicht durch Anteilnahme an den Nöten des Arbeiterstandes. Haben wir nicht an unserem Teil beizutragen zur Lösung der drängendsten Frage der Zeit, der sozialen? So fragen sich diese Grübler und kommen sofort zu einer Bejahung. Je mehr sie

aber die Probleme in ihren Herzen bewegen, desto klarer wird es ihnen: die Sozialdemokratie hat politisch und wirtschaftlich viel Berechtigtes an sich. Weil die Religion aber nichts zu tun hat mit irdischen Forderungen und Zielen, so kann ein Sozialdemokrat Christ und ein Christ Sozialdemokrat sein. Für die Kirche ergibt sich aus diesem Satze die Aufgabe, Neutralität gegenüber der wirtschaftlichen Bewegung der Partei zu bewahren, für den Christen aber die, der sozialdemokratischen Weltanschauung ihr materialistisches Rückgrat auszubrechen [24]). Es ist eine neue Missionspflicht, die dem Christentum entfremdeten Seelen zurückzugewinnen, ihrer Geistesmacht die christliche entgegenzusetzen. Und deshalb kommt die Schar so weit, den Besuch sozialdemokratischer Versammlungen den Pfarrern allgemein zu empfehlen. Nicht, damit diese sich dort in eine Diskussion wirtschaftlicher Fragen einlassen, sondern damit sie von Christus zeugen [25]). Dadurch werde der Materialismus am besten bekämpft. Und auch die Kirche soll an ihrem Teil auf dasselbe Ziel hinarbeiten durch Predigt und Liebestätigkeit [26]).

Natürlich genügt diese Abwehr nicht, soviel Mut auch dazu gehören mag. Man muß den sozialistischen Ideen etwas Positives entgegenstellen und auf die wirtschaftlichen Gesichtspunkte der Sozialdemokratie eingehen, sie kennenlernen. Das ist auch ein Stück praktischen Christentums, das jedem Gebildeten ans Herz gelegt werden muß [27]). „Marx und Christus", das ist die Devise, die das Studium dieser jungen Christlich-sozialen bestimmt [28]). „Wenn jemand mit dem Glauben an Jesus und mit historischer Bildung an das Studium der Sozialdemokratie herantritt, so wird er vielfache Bereicherung erfahren, aber ihm werden auch die Stellen offenbar werden, wo der Turm einmal brüchig werden muß [29])". Genaue Kenntnis jener Partei, das ist die Vorbedingung für ihre Überwindung. Aber man lehnt es ab, das Studium des Sozialismus und der sozialen Frage in der althergebrachten Weise vorzunehmen, aus Gnade und von oben her das Los der Arbeiter bessern zu wollen, wie es die Sozialkonservativen beabsichtigt hatten. „Als Christen haben wir die Pflicht, da zu helfen, wo die Unsicherheit und der Mangel am größten sind. Wir haben nicht auf Seiten derer zu stehen, die es immer noch relativ besser haben. Wo würde Jesus Christus stehen? Ob er wohl „konservativ" wäre? [30]), so fragen sich diese Pseudo-Proletarier der „Christlichen Welt". Schon diese Frage zeigt, wie weit sie vom konservativen Standpunkt entfernt sind. Sie haben sich den wirtschaftlichen, aber auch den politischen Anschauungen der Sozialdemokratie genähert, wollen die soziale Frage „vom Standpunkt der Bedrängten, für die Bedrängten und mit den

Bedrängten“ [31]) bearbeiten. So kommt der Kreis bald dazu, sich von oben und von unten abzugrenzen. Nach seiner Ansicht haben die Besitzenden nicht genug Herz fürs Volk, die Sozialdemokraten aber sind einseitig auf ihr Klasseninteresse bedacht und jagen Utopien nach. Als Enkel des bürgerlichen Liberalismus denken die Sozialdemokraten nicht daran, ihre Kräfte an eine sofortige Beseitigung der unhaltbaren kapitalistischen Zustände zu setzen, sondern sie warten des Tages, der ihnen als eine reife Frucht das in wenigen Händen zusammengefaßte Kapital in den Schoß wirft. Die Sozialdemokraten sind für diese Erforscher ihres Wesens materialistische „Chiliasten“, eine Sekte, die zum kapitalistischen Himmel hinaufschaut, ob er noch nicht bald einstürzen will, und die mit Inbrunst glaubt an die Verwirklichung ihres Phantasie-Ideals. „Der Hauptirrtum der Sozialdemokratie ist eben, daß sie nur eine einzige Melodie spielt für Stadt und Land, für Industrie, Handel, Handwerk, Kunst: die eine Melodie vom großen Tage der allgemeinen Vergesellschaftung [33]).“ „Sie ist keine Gegenwartspartei. Sie will nicht energisch in das heutige Leben eingreifen, sondern will dem Prozeß der Kapitalanhäufung und Proletarisierung der Masse weiter zusehen. Sie sagt: das Kapital ist der Feind, aber wir müssen es wachsen lassen, so wird es von selbst uns dienstbar. Sie ist in der Theorie ganz antikapitalistisch, aber sie tut in der Praxis dem Kapital nicht weh, da es nun einmal ihr Glaubenssatz ist, daß die kapitalistische Gesellschaft sich selbst tötet [34]).“ Die Sozialdemokraten werden also hier nicht eigentlich als gegenwärtige Feinde des Kapitals angesehen. Sie lassen vielmehr zunächst den Karren laufen. Hier erscheint dem Kreise um die „Christliche Welt“ die neue Aufgabe zu erwachsen: der praktische, sofort einsetzende Kampf gegen den Kapitalismus [35]). Der Standpunkt ist jetzt der: es darf nicht abgewartet werden, bis die große Masse vollkommen verelendet ist, und das Kapital sich in wenigen Händen befindet, damit dann endlich die Morgenröte am sozialdemokratischen Himmel heraufsteigen kann. Wechsel auf die Zukunft erscheinen unnütz. Wer weiß denn, ob sie überhaupt eingelöst werden können? Einzig und allein *Gegenwartsarbeit* nützt etwas. Man darf auch nicht die Nöte der Elendsschichten in *einen* Topf werfen. Nur eingehende Detailarbeit kann vorwärtsbringen. Jeder Stand muß besonders betrachtet, und es muß gesucht werden, wie ihm zu helfen sei. Einzelnöte sind zu trennen von den allgemeinen, die Kapitalfrage von der Organisationsfrage. Die Kapitalübermacht muß bekämpft, die Arbeiter in Verbänden zusammengeschlossen werden [36]). Durch die staatliche Sozialgesetzgebung erhalten sie ein Eigentum unveräußer-

licher persönlicher Rechte, das neben dem Privateigentum bestehen soll. Ein Sondereigentum soll also bestehen bleiben; der Kampf gilt lediglich dem Großkapital. Und auch dieses wird nicht enteignet, sondern durch Erbschafts- und andere Steuern verkleinert. Dazu kommen bodenreformerische Forderungen: obligatorische Hypothekenbanken und ein Vorkaufsrecht des Staates [37]). Das Ganze ist ein kleines System vorläufiger Vorschläge zur Besserung des wirtschaftlichen Elends und zur Kapitalbeschränkung.

Der Kampf gilt dem Kapital und den Reichen. Standesunterschiede werden zwar als berechtigt anerkannt: „sie sind so naturgemäß wie die verschiedenen Schichten der Erdrinde“ [38]) und sollen deshalb nicht abgeschafft werden. Aber die Reichen haben nach Ansicht des Freundeskreises die Sehnsucht der Armut nicht verstanden, sie haben Almosen gegeben, wo Rechte am Platze waren. Sie werden büßen müssen für ihre Blindheit, denn kapitalbeschränkende Gesetze werden geschaffen werden [39]).

Das Jesusbild im Industriezeitalter.

Aber die wirtschaftlichen Forderungen sind doch nur ein Teil des neuen christlichen Sozialismus, der von denen um die „Christliche Welt“ verkündet wird. Das alles war ja nur eine Darstellung ihres „Sozialismus“, bei dem die Hauptsache, das Christliche, fehlt. „Der Christ im Zeitalter der Maschine“, so ist ein Aufsatz in der „Christlichen Welt“ überschrieben [40]). Christ und Maschine — zwei unvereinbare Gegensätze? Dem Verfasser des Aufsatzes scheint es nicht. Der Christ der heutigen Zeit ist ein ganz anderer als seine vorausgegangenen Brüder. Er lebt in seinem Zeitalter. Er freut sich des neuen Wirtschaftslebens, das er für eine Gottesgabe hält, denn „Gott will den technischen Fortschritt, er will die Maschine“ [41]). Nicht ein Dämon ist sie, dem Menschen zur Plage entstanden, sondern eine Dienerin Gottes. Freilich, viele Christen haben sie nicht als solche erkannt; sie ziehen sich vor dem weltlichen Fortschritt in ihre Betstunden und Konventikel zurück, während sie doch versuchen sollten, die neuen Errungenschaften zu nützen zur Ehre Gottes.

Das Vorbild des Christen ist Jesus. Wie hat Jesus sich verhalten gegenüber den Armen und Geringen? Was würde er heute tun [42])? Er ist gegen den Mammon gewesen; er hat sich nicht gescheut, zu Gunsten der Armut Vorschläge zu machen. „Wer weiß, ob man ihm nicht auch ‚Liebäugeln mit der Masse‘ vorgeworfen hat, als man in den feinen Kreisen murrte, er sei der Sünder und Zöllner Geselle [43])? Er war ein Mann der Tat und

der Arbeit; aber all seine Arbeit galt den Bedrückten. Er war kein Kommunist; aber er war gegen das Übermaß an Eigentum und lehrte, daß alles Eigentum Gott gehört und den Menschen nur zur Verwaltung übergeben ist. Er war auch kein Revolutionär, sondern änderte das Bestehende organisch um.

Dieser Glaube an den Jesus der kleinen Leute ist es, der die Anhänger der „Christlichen Welt" zum Werke anfeuert, und freudig sie warten läßt auf die Zeit, da der christlich-soziale Geist die neue Weltanschauung der Massen werden wird. Die Gottfeindlichkeit der Sozialdemokraten wird einmal ein Ende nehmen und „zurückgedrängt, wird der Glaube mit der Lust des lange gehemmten Wassers hervorquellen . . . Wir können den christlich-sozialen Geist nicht machen, sondern können nur betende Hände aufheben und warten, wo uns im Schachte der Wahrheit ein neuer Silberglanz entgegenleuchten mag [44]). Und so ist dieser christliche Sozialismus für die Schar etwas Begeisterndes, etwas, das die Gedanken in Anspruch nimmt und den Augen ein Ziel gibt, kurz: ein neues Lebensideal. Er ist kein Rezept, verstandesmäßig zusammengesetzt aus einzelnen Teilen, sondern ein in den Herzen lebender, sie ausfüllender und berauschender Schöpfungsdrang. „Das Christlich-Soziale hat uns, es schiebt uns, hebt uns, trägt uns, läßt uns rudern und ringen, läßt uns jauchzen und seufzen, es kommt über uns als Kraft und Gnade, als Zwang und Druck. Wir wählen nicht einen Weg, weil er uns klug erscheint, sondern eine neue Welle des Volkslebens rauscht heran, und wir liegen zufällig gerade da im Wasser, wo sie sich beängstigend emporhebt [45])."

Die Führer der neuen Bewegung.

Eine Bewegung, die mit so starker Kraft an die Verbindung von Sozialismus und Christentum ging, die mußte bald über den Rahmen eines evangelischen Gemeindeblattes hinauswachsen und für den Strom ihrer Gedanken ein neues Bette suchen. Die Führer, die hierzu nötig waren, sind schon frühzeitig aus dem vorwiegend theologisch interessierten Kreise herausgetreten und haben sich an die Spitze der neuen Bewegung gestellt. Es waren Friedrich Naumann und Paul Göhre. Beide waren, wie fast alle Mitarbeiter der „Christlichen Welt", Theologen, beide stammten aus Sachsen, dem Lande des schon immer besonders ans Herz greifenden Proletarierelends. Sie kannten sich schon seit der Schulzeit auf der Meißener Fürstenschule St. Afra, die beide besuchten. Aber wie haben gerade sie den

für die Not geschärften Blick bekommen? Bei Göhre werden wir nicht weit zu suchen haben. Er stammte aus einfachsten Verhältnissen und hat in den ersten Jahrzehnten seines Lebens immer mit dem Mangel kämpfen müssen. Das gab ihm seine fast radikale Einstellung gegen die Besitzenden und trieb ihn dazu, die Verhältnisse der Arbeiter besonders genau zu erforschen. Es war eine Tat, als er, der junge Kandidat der Theologie, sich im Juni 1890 verkleidete und ein Vierteljahr lang als Arbeiter unter Arbeitern lebte. Als er ein Jahr später seine noch heute lesenswerten Erlebnisse unter dem Titel „Drei Monate Fabrikarbeiter und Handwerksbursche" bei dem Verleger der „Christlichen Welt" erscheinen ließ, da erregten sie ein ungeheures Aufsehen. In Auflagen von zehntausend Stück gedruckt, lag das Buch in seinem roten Einband auf den Bahnhöfen, in den Buchhandlungen aus und fand reißenden Absatz. Hier war einer, der es gewagt hatte, unter *den* Leuten zu leben, vor denen die gute Gesellschaft noch immer drei Kreuze machte. Hier hatte sich jemand gefunden, der es nicht verschmäht hatte, einmal zu den Geringen hinabzusteigen, um ihr Leben, ihre Sitten und Anschauungen auf sich wirken zu lassen. Das machte Eindruck, besonders auch bei all den alten und jungen Christlich-sozialen, den Anhängern Stoeckers und dem Kreise um die „Christliche Welt". So ist Göhre 1891 von ihnen zum Generalsekretär des Evangelisch-sozialen Kongresses gemacht worden.

Ganz anders Naumann![46]) Er, der ungleich Bedeutendere, der Mann mit dem warmen Herzen und dem geistreichen Kopfe, er kam erst durch die Innere Mission an die soziale Frage heran. In seinem Elternhause, einem pietistischen Pfarrhaus, lernte er die Trübsal des Lebens nicht so unmittelbar kennen wie Göhre. Dazu kam, daß er mit einer starken Abneigung vor allem Unsauberen und Ekelerregenden zu kämpfen hatte. Erst als der Dreiundzwanzigjährige nach Beendigung seines Studiums 1883 als Oberhelfer in das Rauhe Haus zu Hamburg, die Gründung Johann Hinrich Wicherns, eintrat, erhielt er den Blick für das Soziale und lernte zugleich den Wert einer festen Organisation schätzen. Naumann selbst hat das 1908 so ausgesprochen: „Es will mir scheinen, daß mir später die Erkenntnis des sozialen Charakters der menschlichen Gesinnungen deshalb soviel leichter wurde als manchem anderen, weil ich in der Wichernschen Sozietät gelebt habe[47]). Die soziale Brille, die ihm in Hamburg aufgesetzt worden war, hat Naumann zu dem scharfen Kritiker der bestehenden Verhältnisse gemacht. Er ist es, auf den die Gedanken des christlichen Sozialismus der „Christlichen Welt" in der Hauptsache zurückgehen. Er ist der Verfasser der grundlegenden Artikel über

das Soziale in der Zeitschrift, der allgemein anerkannte Führer. Mit seinem Ernst, seiner Leidenschaft für die Sache und mit seiner warmen Hingabe an sie mußte er den Freunden als der berufene Leiter erscheinen, als sie den Gedanken an eine politische Vertretung aufkommen ließen.

Indem Naumann aber die jüngeren Christlich-sozialen um sein Banner schart, verlassen sie zugleich den doch immer nur engbegrenzten sozialen Bezirk der „Christlichen Welt". Nicht, als ob man nicht auch noch weiterhin Interesse für die Theologie und die ethischen Zielsetzungen der Zeitschrift gehabt hätte. Aber der Punkt, auf den das abmarschierende Fähnlein stracks seinen Blick richtet, ist nunmehr lediglich die Sozialpolitik. Diese aber konnte von der „Christlichen Welt" eben doch nur als ein Teil der christlichen Ethik mitbehandelt werden. „Unsere Interessen bei der Christlichen Welt sind immer in erster Linie religiöse, sittliche, kirchliche. In dem Maße, als Sozialpolitik politisch wird, fällt sie außerhalb des Rahmens unserer eigentlichen Bestrebungen. In dem Maße, als Naumann den Kampf mit den politischen Parteien aufnimmt, selber Organisation einer Partei oder dem Ähnliches unternimmt, an alle die brennenden Einzelfragen des öffentlichen Lebens mit praktischen Forderungen herantritt, sind wir nicht mehr in der Lage, ihm zu sekundieren". Mit diesen Worten winkte Rade, der Herausgeber der „Christlichen Welt", Anfang 1896 dem abfahrenden christlich-sozialen Zuge nach. Aber das erleichterte Aufseufzen nach vollzogenem Abschied bleibt aus. Die „Christliche Welt" fühlt sich auch weiterhin mit Naumann verbunden. Sie verfolgt mit innerer Teilnahme die politische Selbständigmachung ihrer Jünger [49]), gibt zugleich zugunsten des neugegründeten Hauptorgans der Nationalsozialen ihren Plan auf, eine eigene Tageszeitung entstehen zu lassen [50]), ja noch mehr: aus dem Kontingent ihrer Mitarbeiter des ersten Jahrzehnts stellt sie für den ersten Delegiertentag der Nationalsozialen den fünften Teil [51]). Den freundlichen Beziehungen entsprechend, begleitet die „Christliche Welt" mit ihren guten Wünschen die Entwicklung der Nationalsozialen von der Wiege bis zum Grabe. Sie mahnt gelegentlich auch den Führer der jungen Partei, über dem Wirtschaftlichen und Politischen seinen religiös-ethischen Ausgangspunkt nicht zu vergessen [52]) und widmet 1903 der nationalsozialen Partei einen Nachruf [53]).

Zweiter Teil.

Vom christlichen zum nationalen Sozialismus.

Eindringen in die evangelischen Arbeitervereine.

Je stärker die Macht einer Idee ist, desto mehr Wirkungsmöglichkeiten wird sie suchen. Der Sturm und Drang der jungen Bewegung hat es sehr bald verstanden, in den schon bestehenden christlichen Sozialismus einzudringen, der auf evangelischer Seite durch die Persönlichkeit Stoeckers geprägt war. Das geschah auf dem 1890 von Stoecker gegründeten evangelisch-sozialen Kongreß und in den evangelischen Arbeitervereinen, die seit 1882 überall in Deutschland entstanden waren [54]).

Diese Arbeitervereine hatten sich anfangs in konservativen Bahnen bewegt. Ihr Führer, lic. Weber, war ein Freund und Anhänger Stoeckers. Die Vereine selbst wurden von Geistlichen in patriachalischem Sinne geleitet. Ursprünglich konfessionelle Bildungsvereine, haben sie zuerst kaum sozialpolitische Initiative entfaltet. Das wurde anders mit dem schnellen Wachstum der Vereine, durch ihre Ausbreitung über ganz Deutschland. War es früher der Gegensatz zum Katholizismus, der das geistige Gesicht der Vereine bestimmte, so wurde es nun der Gegensatz zur Sozialdemokratie. Die sozialversöhnliche Haltung des stoeckerschen christlichen Sozialismus bestand auch hier; der Gedanke an Klassenorganisation, ja an Klassenkampf, kam nicht auf.

Die Wendung der Vereine zur Sozialpolitik setzte ein, als sich seit 1888 auch der Kreis um die „Christliche Welt" mit der Gründung evangelischer Arbeitervereine befaßte [55]). Die patriarchalische Haltung wich einer proletarischen. Die Gedanken, die in der „Christlichen Welt" entwickelt wurden, fanden hier ihre Anwendung. Der Arbeiter sollte nicht mehr nur folgen, er sollte selbst führen lernen. Man legte Wert auf seine Schulung und suchte bei ihm die Fähigkeit zu entwickeln, Organisationen zu schaffen. Die Vereine wurden mehr Interessenvertretungen der Arbeiter als religiös-soziale Zusammenschlüsse.

Es konnte nicht ausbleiben, daß die jüngere Richtung bald in scharfen Gegensatz geriet zu der älteren. Auf der einen Seite standen die Konser-

vativeren um lic. Weber, auf der andern Naumann und die „Jungen". Aber es gelang, ein Kompromiß zu schließen in den „Grundlinien für ein evangelisch-soziales Programm als Anhalt für Vorträge und Diskussionen in den evangelischen Arbeitervereinen". Diese Grundlinien sind 1893 angenommen worden. Sie umfassen eine Reihe von sozialpolitischen Einzelforderungen neben solchen grundsätzlicher Art. Die Zielsetzungen des Kreises der „Christlichen Welt" waren hier niedergelegt. Aber das Programm diente eben doch nur als „Anhalt für Vorträge und Diskussionen", stand also auf dem Papier. Tatsächlich ist die Krisis dann acht Jahre später eingetreten bei der Frage des Anschlusses der evangelischen Arbeiter an die neugegründeten christlichen Gewerkschaften. Naumann empfahl — ausgehend vom Klassengedanken — den Beitritt zu den roten Gewerkschaften, die dadurch zu parteipolitischer Neutralität gezwungen werden sollten. Der Widerstreit der Meinungen führte zur Ablehnung aller Parteipolitik: Stoecker wie Naumann mußten sich von dem Gesamtverbande trennen. Die ältere Richtung hatte indes den Sieg behalten. Auf Naumanns Rücktritt folgte eine Sezession der ihm geistesverwandten Vereine, insbesondere der württembergischen [55a]).

Auf dem evangelisch-sozialen Kongreß.

Auf dem evangelisch-sozialen Kongreß hat der Kreis um die „Christliche Welt" sehr bald Einfluß gewonnen. Das war um so leichter, als ja Stoecker mit Absicht den Rahmen des Kongresses auf sämtliche Richtungen der evangelischen Kirche ausgedehnt hatte. Für den jungen christlichen Sozialismus war hier das geeignete Forum zur Ausbreitung seiner Gedankengänge vor einer größeren Öffentlichkeit, zur Gewinnung neuer Anhänger. Die Gesinnungsgenossen fanden sich schnell. Naumanns rot-violette Fahne war es, unter der sie sich enger zusammenschlossen anläßlich eines sozialpolischen Kurses, der im Herbst 1893 in Berlin vom evangelisch-sozialen Kongreß veranstaltet wurde. Von nun an wollte man sich treffen, um die Gemeinsamkeit der Gesinnung zu pflegen. Hier in Berlin wurde auch die äußere Abgrenzung von der Sozialdemokratie dargetan [56]), indem man sich öffentlich schied von dem Kandidaten der Theologie Theodor v. Wächter, dessen Weg ihn zum Anschluß an die sozialdemokratische Partei geführt hatte. Unsicherheit, ob man nicht seinem Beispiele folgen solle, ist bei den Naumannianern zunächst überhaupt nicht aufgekommen, fühlten sie sich doch der Sozialdemokratie gewachsen, ja überlegen [57]).

Bald geriet der Kreis mit seinen so ganz anders gearteten sozialpolitischen Anschauungen auch hier in Gegensatz zu den konservativ gerichteten Anhängern Stoeckers und zu Stoecker selbst. Obgleich Stoecker anfangs versuchte, den Riß zu verdecken, trat der Zwiespalt doch bald wieder hervor. An der Frage der Organisation der Landarbeiter zeigte sich deutlich die Verschiedenheit der beiden Richtungen. Während Stoecker nur der Latifundienbildung Grenzen setzen wollte [58]), prägten Naumanns Anhänger das Schlagwort: „Das Land der Masse! Kampf dem Großgrundbesitz!" Göhre und der hervorragende Nationalökonom Max Weber traten in diesem Sinne auf der 5. Tagung des Kongresses für Organisation der Landarbeiter und für die Zerschlagung des Großgrundbesitzes ein, und Naumann nahm in der „Hilfe" ebenfalls den Kampf auf.

Die „jungen Christlich-sozialen", wie der Kreis um die „Christliche Welt" auf dem Kongreß bald bezeichnet wurde, sie haben es sehr bald verstanden, auch hier in die Reihen der Anhänger Stoeckers einzubrechen. Die Redakteure des Stoeckerschen Hauptorgans „Das Volk" wurden hier für die Sache der „Jungen" gewonnen [59]). Sie haben dann die Scheidung der Geister beschleunigt, indem sie von nun an für die Ideen der neuen Richtung agitatorisch und publizistisch eintraten und auf eine Lösung der Christlich-sozialen von den Konservativen hinarbeiteten.

Die Gegensätze mußten wie in den Arbeitervereinen und auf dem evangelisch-sozialen Kongreß, so ganz besonders in der Politik sich zuspitzen. Sie fanden ihren Ausdruck in den beiden Persönlichkeiten Stoecker und Naumann.

Stoecker und die „Jungen".

Anfangs hatte Stoecker Naumanns Auftreten begrüßt, schien doch dieser ganz in den Spuren seines Meisters zu wandeln. Aber in Wahrheit war die Art der Betrachtung bei Naumann von der seines Lehrers verschieden. „Licht vom Feuer, du wie ich" — und doch, wie leuchtete das eine Licht so ganz anders als das andere! Stoeckers Weltanschauung war konservativ, Naumanns liberal, das zeigte sich deutlicher im Laufe der Jahre. Beide hatten ihr Auge auf dasselbe Ziel gerichtet, aber auf verschiedenen Wegen suchten sie es zu erreichen. Stoecker erschien immer eine Politik als eine Seelen rettende Tätigkeit, bei Naumann findet sich diese Beschränkung nur in seiner ersten christlich-sozialen Periode. Je selbständiger sich Naumann entwickelte, desto stärker mußte der grundlegende Unterschied zu seinem Lehrer hervortreten.

Naumann hat niemals der Partei Stoeckers angehört: „Gerade gegen das Parteipolitische an ihm habe ich stets eine gewisse Abneigung gehabt, nicht etwa, weil ich von ‚Partei' nichts wissen wollte, sondern weil mir seine christlich-sozial-konservative zu allen Zeiten unbehaglich war. Ich habe sein Abhängigkeitsverhältnis zu den Konservativen immer für eine Schwäche seines Standpunktes gehalten", hat Naumann beim Tode Stoeckers geschrieben [60]). Die innere Reserve war also bei Naumann von Anfang an vorhanden. Sie nahm gerade in der Politik immer mehr zu.

Stoecker [61]) war seit dem Tivoliparteitag als Führer der Kreuzzeitungsgruppe immer mehr vereinsamt innerhalb der deutsch-konservativen Partei. Er mußte deshalb suchen, seinen Einfluß auf die Christlich-sozialen aller Schattierungen zu erhalten und zu festigen. Er hat das zu erreichen gehofft durch Neubegründung der Christlich-sozialen Partei im Jahre 1893. Aber es war sein Verhängnis, daß er, der mehr als ein Jahrzehnt in den konservativen Reihen mitgefochten hatte, sich von seinen bisherigen Freunden nicht trennen mochte. So entglitt ihm die Führung der Radikalsozialen um Naumann. Die konservative Presse wandte sich mit Heftigkeit gegen Naumann, den sie als „Versucher" kennzeichnete [62]), und gegen das von ihm beeinflußte christlich-soziale Hauptblatt „Das Volk". Gerade dessen radikale Haltung gab den Anlaß zum Austritt Stoeckers aus der deutschkonservativen Partei. Stoecker hat zwar die bisherigen Redakteure des „Volks" auf das Drängen der Konservativen hin entlassen und sie durch einen konservativen Publizisten ersetzt. Aber es war bereits zu spät. Zu der deutschkonservativen Partei konnte Stoecker nicht mehr zurück, mit dem Radikalismus der jüngeren Christlich-sozialen war er nicht einverstanden. So gingen beide Gruppen ihre eigenen Wege. Stoecker löste sich am 6. Mai 1895 gänzlich von den „Jungen" [63]) und ließ seine christlich-soziale Partei im gewohnten konservativen Fahrwasser segeln. Er trat auch aus dem evangelisch-sozialen Kongreß aus und gründete die „kirchlich-soziale Konferenz", in der sich die positiv gerichteten und zugleich sozial interessierten Kreise der Kirche sammelten.

Die „Jungen" und die Öffentlichkeit.

„Es ist, als ob der ‚Geist der ersten Zeiten' [64]), um dessen Wiedererweckung so oft gebetet wird, der Geist dessen, von dem es heißt: ‚es jammerte ihn des Volkes', auf die Erde zurückgekehrt sei, verbunden mit der Bereitwilligkeit, auf die Gunst der Großen und Mächtigen zu verzichten, ja selbst Amt und Lebensstellung daran zu geben, um dem Rufe der inneren Stimme zu

folgen". Ein Jurist — der nationalliberale Abgeordnete Kulemann — ists, der diesen Ausruf tut angesichts des jungen christlichen Sozialismus, indem er zugleich die sozialpolitisch tätigen Theolggen gegen den Vorwurf des nationalökonomischen Dilettantismus in Schutz nimmt [65]).

Dieses Wort ist bezeichnend für die Stimmung, in der die junge Bewegung zum Kampfe schritt. Diese christlichen Sozialisten fühlten sich wie Urchristen, die als kleines Häuflein einer feindlichen Welt ihr neues Evangelium zu verkünden hatten. Wie Jahrhunderte früher die Hugenotten Psalmen singend in die Schlacht zogen, so lassen diese Apostel einer neuen Zeit Lieder erschallen zum Preise des sozialen Befreiers Jesus Christus [66]).

Die Öffentlichkeit verglich die Anhänger des jungen christlichen Sozialismus bald mit den Schwarmgeistern der Reformationszeit [67]); Friedrich Naumann nannte man einen neuen Thomas Münzer [68]). Man sah, wie die „Jungen" von den konservativen Wegen abwichen, wie sie in den sozialpolitischen Fragen Hand in Hand mit den Sozialdemokraten gingen, deren Forderungen sich zu eigen machten, indem auch sie für Klassenkampf eintraten [69]). Dabei wurde dann völlig übersehen, daß diese „Sozialisten" nicht international, sondern national bestimmt waren, daß sie nicht umstürzen, sondern nur scharf reformieren wollten. Ein Schulmeister faßte die Angst des Bürgertums vor den gefährlichen Neuerern in einer Festrede zusammen: „Der berechtigte Kern der sozialistischen Bewegung ... werde von diesen Schwärmern im Talar zu einer Lawine aufgebauscht, die alles, was bürgerlicher Fleiß, Betriebsamkeit, Sparsamkeit und Intelligenz geschaffen habe, zu zertrümmern drohe" [70]).

Die Angriffe gegen die Anhänger Naumanns und gegen ihn selbst steigerten sich ins Ungemessene, als Naumann Ende des Jahres 1894 seine „Hilfe" begründete. „Gotteshilfe, Selbsthilfe, Staatshilfe, Bruderhilfe" hieß der Untertitel der Zeitschrift, der zugleich das Programm des Blattes ausdrücken konnte. Obgleich die „Hilfe" anfänglich nur für Arbeiterkreise bestimmt war, ist sie nach und nach mehr von Gebildeten gelesen worden.

Reaktion in der Sozialpolitik des Reiches.

Bald wurde die „Hilfe" zum Gegenstand schärfster Kritik der Öffentlichkeit. In der Innenpolitik des Reiches war der Wind umgeschlagen [71]). Auf den Februar des Jahres 1890, der die sozialreformerischen Erlasse des Kaisers gebracht hatte, war die Zeit der Umsturzgesetze des Jahres 1895 gefolgt. Längst hatte Wilhelm II. die Hoffnung aufgegeben, die Sozial-

demokratie durch neue Sozialgesetze, durch Aufhebung des Sozialistengesetzes zu gewinnen. Er war enttäuscht, daß die Partei in der Opposition blieb, und beachtete das Aufkommen des revisionistischen Flügels unter Eduard Bernstein nicht. Die arbeiterfreundliche Stimmung wich dem Wunsche, die Sozialdemokratie von neuem durch Ausnahmegesetze unschädlich zu machen. Am 6. September 1894 kündigte der Kaiser in Königsberg den Kampf an „Für Religion, für Sitte und Ordnung gegen die Parteien des Umsturzes". Das Kabinett Caprivi hat kurz vor seinem Rücktritt die Umsturzvorlage ausgearbeitet und sie der Regierung Hohenlohe als schweres Erbe hinterlassen. Vom Reichstage ist die Vorlage am 11. Mai 1895 abgelehnt worden.

Freiherr v. Stumm und die „Hilfe".

Die christlich-soziale Presse jeder Richtung hatte sich ebenso wie der Katheder-sozialismus einmütig gegen die beabsichtigte Ausnahmegesetzgebung erklärt [72]). Ihr Widerspruch galt besonders dem Freiherrn v. Stumm, der auf den Kaiser großen Einfluß besaß. Stumm wollte das patriarchalische Verhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern mit Gewalt aufrecht erhalten wissen und hatte deshalb die Absicht, alle Versuche der Arbeiterschaft, sich auf gewerkschaftlichem Wege zu organisieren, zu unterdrücken. Er hatte kein Auge für die Unterschiede zwischen älterem und jüngerem christlichem Sozialismus und der Sozialdemokratie. Lic. Weber, den Führer der evangelischen Arbeitervereine, bezeichnete er als einen „sehr gefährlichen Agitator" [73]); und die neugegründete „Hilfe" war ihm erst recht ein Dorn im Auge. Am 9. Januar 1895 zog der Freiherr im Reichstage gegen die „Hilfe" zu Felde: „Das Blatt kokettiert nicht bloß mit der Sozialdemokratie, es kooperiert ganz direkt mit derselben. Ich behaupte, daß dies Gebaren, dem gewiß die evangelische Kirche als solche fern steht, welches aber doch eine leider recht große Anzahl evangelischer Geistlicher befolgen, viel gefährlicher ist als der Katheder-sozialismus ... und zwar deshalb, weil der Katheder-sozialismus sich immer an urteilsfähige, gebildete Menschen richtet, während dieses Blatt, die „Hilfe", dazu bestimmt ist, in Arbeiterkreisen zu agitieren und dort Unzufriedenheit hervorzurufen. Das ist um so gefährlicher, als an der Spitze der evangelischen Arbeitervereine, der evangelischen Gewerkvereine ... dieselben Leute stehen, die zu den Hintermännern der „Hilfe" gehören. ... Ich behaupte: wenn es gelingt, die evangelischen Arbeitervereine von diesen Gesinnungen zu durchtränken und zu Kampfvereinen zu machen, dann marschieren sie ganz direkt in das Lager der Sozialdemokratie" [74]). Und am

7. Februar setzte er hinzu: „Ich behaupte, daß die Herren Naumann und Konsorten auch in bezug auf die Königstreue beinahe auf dem Standpunkte der Sozialdemokratie angelangt sind“ [75]). Mehr als ein Jahr lang setzte v. Stumm seine Angriffe gegen den christlichen Sozialismus fort, die an Schärfe dauernd zunahmen [76]). Auch der preußische Landtag beschäftigte sich im März 1895 mit der Haltung der „Hilfe“ und der evangelischen Arbeitervereine. Der Kaiser stellte sich ganz auf Stumms Seite. In einem seiner unvermittelten Telegramme erklärte er: „Christlich-sozial ist Unsinn“ [77]). Auch von anderer Seite wurde gegen den christlichen Sozialismus der „Jungen“ vorgegangen. Die Konservativen eröffneten — wir wissen es schon — ein Kreuzfeuer auf sie. Der Oberkirchenrat Preußens warnte in einem Erlaß die ihm unterstellten Geistlichen vor „unbesonnener Parteinahme für die Forderungen einer einzelnen Bevölkerungsklasse“. Der Erlaß richtete sich sichtlich gegen die Anhänger Naumanns. Eine Reihe von jungen Geistlichen hatte denn auch wegen ihrer sozialreformerischen Tätigkeit Schwierigkeiten seitens dieser und anderer Kirchenregimente, deren Folge in mehreren Fällen Aufgabe des Amtes war. Kulemanns Wort von der „Bereitwilligkeit, auf die Gunst der Großen und Mächtigen zu verzichten“, hatte seine Rechtfertigung gefunden.

Wachstum der Bewegung trotz Verfolgung.

Aber so sehr Stoeckers Tätigkeit durch das sich über seinem Haupte entladende Unwetter gehemmt wurde, so fruchtbar war dieses für die Naumannsche Richtung des christlichen Sozialismus. Durch die Schwierigkeiten, die man ihnen bereitete, wurden die Anhänger fester zusammengeschlossen, ja sie vermehrten sich in ungeahnter Weise. Naumann konnte in der „Hilfe“ seinen Dank aussprechen für die Glückwünsche, die ihm von allen Seiten auf die Stummschen Reden hin zuteil wurden [78]). Die Leserzahl der „Hilfe“ stieg beständig [79]). Gegen die vielen Beweise des Mißtrauens gegen die Bewegung setzte eine kräftige Gegenwehr ein. Die Stummschen Angriffe im Reichstage wies der einzige christlich-soziale Abgeordnete Hüpeden in würdiger Form zurück [80]). Der evangelisch-soziale Kongreß veröffentlichte im Februar 1895 eine Erklärung, in der er die Mißdeutungen der Öffentlichkeit zurückwies und die „Hilfe“ in Schutz nahm. Vor allem aber das Blatt selbst wußte sich seiner Haut zu wehren. Fast eine jede Nummer der beiden ersten Jahrgänge bringt Artikel der Abwehr und des Angriffs. Besonders mit Stumm ging die „Hilfe“ scharf ins Gericht.

So schieden sich Freunde und Feinde. Aber auch die Bewegung wandelte sich innerlich. Das christliche Element im Sozialismus der „Jungen" begann einem andern Prinzip zu weichen, je mehr diese sich mit dem Gedanken der praktischen Teilnahme an der Politik beschäftigten.

Aufkommen nationalsozialer Gedanken.

Noch der erste Jahrgang der „Hilfe" stand unter dem beherrschenden Zeichen des christlichen Sozialismus. Zugleich aber wurden allgemein vaterländische und politische Fragen besprochen. Im März 1895 tritt Naumann für die Bewilligung von Kriegsschiffen ein. „Wir müssen Welthandel treiben, um leben zu können. Welthandel aber muß von einer starken Flotte geschützt werden. Das ist ein gemeinsames Volksinteresse, eine Angelegenheit, die im Grunde den deutschen Arbeiter ebenso berührt wie den deutschen Unternehmer". „Wir leben nun einmal in einem Zeitalter, wo die einzelnen Völker große Wirtschaftskörper sind, und deshalb können wir uns der Möglichkeit nicht entziehen, daß es Gegensätze gibt, die nur mit Pulver und Blei ausgeglichen werden können. Es gibt Machtfragen, darum brauchen wir Macht" [81]). Wie war dieser Machtgedanke in Einklang zu bringen mit dem Inhalt der Bergpredigt? Naumann wußte beides zu vereinigen. In der Antwort auf einen offenen Brief im „Neuen Leben" [82]) spricht er sich gegen die Leidsamkeit des Christen aus und tritt für die Staatsautorität ein: „Jesus will Milderung der Gewalten, soweit es geht, aber er will keine Regierungslosigkeit. Er kämpft gegen schlechte Obrigkeit, aber nicht gegen die Obrigkeit an sich" [83]). Diese Antwort darf als eine erste Abkehr von dem unnüchternen Herauslesen bestimmter Gedanken aus der Bibel gedeutet werden, das der christliche Sozialismus der „Jungen" bisher betrieben hatte. Die Hinwendung zu politischen Fragen machte weitere Fortschritte. Im Juli 1895 beschäftigte sich Naumann im Anschluß an eine Broschüre Max Webers mit der Frage nationaler Wirtschafts- und Bevölkerungspolitik. Er pflichtete Weber, der für eine starke Machtpolitik eintrat, bei: „Hat er nicht recht? Was nützt uns die beste Sozialpolitik, wenn die Kosacken kommen? Wer innere Politik treiben will, der muß erst Volk, Vaterland und Grenzen sichern, er muß für nationale Macht sorgen. Hier ist der schwächste Punkt der Sozialdemokratie" [84]). Zum ersten Male taucht in demselben Aufsatz Naumanns Ruf nach einem nationalen Sozialismus auf; ein Ruf, der immer dringlicher wird. Alle Abneigung gegen den Militarismus wird von ihm bald als Gefühlspolitik abgetan [85]), die Kolonialpolitik als Volksauf-

gabe befürwortet [86]). In das neue Jahr 1896 geht die „Hilfe" nicht mehr christlich-sozial, sondern national-sozial, wie die erste Nummer zeigt.

Mit dieser Umstellung auf das rein Politische fiel zugleich die Vorherrschaft der Religion, die bisher die Grundlage aller Tätigkeit der jüngeren Christlich-sozialen gebildet hatte. „Die Christlich-sozialen haben zwei Aufgaben, welche sich nahe berühren, die aber nicht mit einander verwechselt werden dürfen. Die eine Aufgabe ist politisch, und die andere ist religiös. Jetzt werden beide Aufgaben in denselben Vereinen gepflegt, es ist aber nicht unmöglich, daß später einmal zweierlei Vereinigungen nötig werden, um nicht die Religion durch die Einzelheiten der Politik zu schädigen und um nicht an politischer Verbindung mit solchen Leuten gehindert zu sein, die einen andern religiösen Standpunkt einnehmen als wir" [87]). Als politische Aufgabe bezeichnete Naumann die Vorbereitung eines regierungsfähigen Sozialismus, den er in seiner Bewegung verkörpert sah. „Ohne eine leistungsfähige Ansammlung nationaler Sozialisten wird der von uns erwartete glückliche Tag für Deutschland überhaupt nicht kommen. Wir fühlen, daß unsere Bestrebungen für das Vaterland unbedingt nötig sind" [88]). Es galt, den Gedanken in die Tat umzusetzen.

Der Gang in die Politik.

Schon unter dem christlich-sozialen Banner hatten sich die jüngeren Christlich-sozialen 1894 ernsthaft mit der Frage beschäftigt: in die Parteien hinein oder eigene Partei? Aber Naumann sah richtig, indem er feststellte, daß keine Partei geneigt sein werde, die neue Bewegung bei sich aufzunehmen. Sich aber jetzt schon auf eigene Füße zu stellen, erschien nicht ratsam. „Parteien soll man nicht machen wollen. Sie werden und wachsen, wenn ihre Zeit da ist" [89]).

Im November 1895 tauchte die Frage erneut auf [90]). Naumann warnte und zählte die voraussichtlichen Anhänger auf. Er hoffte auf die Nachfolge der evangelischen Arbeitervereine, des evangelisch-sozialen Kongresses und der evangelisch-sozialen Vereinigungen, die in verschiedenen Gegenden entstanden waren. Dazu kamen die Leser und Mitleser der „Hilfe". „Aber wenn wir auch heute noch nicht ‚Partei' sein können, so müssen wir doch unsere Augen scharf darauf richten, daß wir uns organisieren. Der einzelne vermag wenig, aber die Gemeinschaft kann uns stärken", riet Naumann [90]). Aber der Gedanke an die eigene Partei kam nicht mehr zur Ruhe. Vorübergehend wurde nach dem Austritt Stoeckers aus der konservativen Partei eine parteipoli-

tische Zusammenfassung der gesamten christlich-sozialen Bewegung erwogen [91]). Ernstlich konnte indes weder Stoecker noch Naumann bei der inneren Verschiedenheit an ein Zusammengehen denken.

Inzwischen machte die Organisation Fortschritte. Eine Tageszeitung wurde gegründet und eine Versammlung der Anhänger einberufen, zu der nach dem Muster der Sozialdemokratie jeder Wahlkreis bis zu fünf Delegierte entsenden konnte [92]). Der Anfang zur politischen Vertretung sollte gemacht werden. An Warnungen vor diesem Versuch fehlte es nicht [93]). Die Masse der Wähler war nicht vorhanden? Naumann wußte diesem Mangel die gute Seite abzugewinnen. Dieselbe Nummer der „Hilfe", die den ersten Bericht über die Versammlung brachte, trug an erster Stelle einen Aufsatz Naumanns mit der Überschrift „Die Minorität": „Wenige können doch viel sein ... Wenige Leute gründeten die großen Mönchsorden, wenige begannen die Reformation, wenige nur waren Vorläufer der neuen Naturerkenntnisse, wenige vertraten im Anfang den Sozialismus. Nicht mit Massen fangen die neuen Bewegungen an, aber mit Glauben" [94]).

Der Glaube an die nationalsoziale Idee war vorhanden. Es mußte sich erweisen, ob der Mangel an Masse auch im Zeitalter des allgemeinen Wahlrechtes durch begeisterte Hingabe an die Idee ersetzt werden konnte.

Dritter Teil.

Geschichte des nationalsozialen Vereins.

Die Versammlung aller nichtkonservativen Christlich-sozialen.

Der Kaisersaal zu Erfurt hat mancherlei Versammlungen gesehen. 1891 entstand in ihm das „Erfurter Programm" der sozialdemokratischen Partei, 1895 tagte in ihm der evangelisch-soziale Kongreß, und nun — ein Jahr später — erschien eine der letzten ganz ähnliche Versammlung. Professoren, Pastoren, einige Arbeiter, wenige Vertreter des Mittelstandes und vier Frauen, das waren die Teilnehmer an der Vertreterversammlung der „nichtkonservativen Christlich-sozialen", die vom 23. bis 25. November 1896 in Erfurt tagte. Bekannte Namen befanden sich darunter: der berühmte Kirchenrechtslehrer Rudolf Sohm und der damals noch unbekannte Bodenreformer Adolf Damaschke, der spätere Pazifist Hellmuth v. Gerlach, bis dahin Adlatus Stoeckers, und Gottfried Traub, Naumann, der Mittelpunkt des Kreises, und Göhre, sein „proletarisches Gewissen", Max Weber, der große Nationalökonom und kluge politische Kopf, und Geheimrat Gelzer, der Jenaer Historiker, Professor Rein, der große Pädagoge, und Theodor Traub, der Führer der württembergischen Arbeitervereine. Bisher Konservative hatten sich hier zusammengefunden mit Sozialisten und Demokraten. Köpfe waren es fast alle, zum guten Teil eigenwillige Köpfe, deren Lebensschicksale nicht alltäglich gewesen sind. Eigentlich politische Begabungen aber befanden sich nur wenige darunter. Es waren fast alles Idealisten, aber keine Leute, die zum Kampf um die Macht fähig waren. Mitleid mit den Bedrängten trieb sie in die Politik, nicht die Vertretung von Interessen einzelner Volksschichten. Die wirtschaftlich Schwachen wollte man schützen, und doch waren diese schon längst in der Sozialdemokratie organisiert. Soweit sie es aber nicht waren und den „Rand der Sozialdemokratie" bildeten, konnten sie wegen ihrer widerstrebenden Interessen nur schwer zu politischem Handeln gebracht werden. Und auch die evangelischen Arbeitervereine stellten keine ganz sichere Wählermasse dar.

Als bürgerlich wollten die „Jungen" nicht angesehen sein, zu dem agrarisch-feudalen Volksteil standen sie im Widerspruch, ohne doch die Interessen des Landarbeiters, der vielleicht die zahlenmäßige Grundlage für eine neue Partei hätte bilden können, vollkommen zu den ihren zu machen. So war es nichts Ganzes und nichts Halbes, das nun entstand. Keine große Strömung des Volkslebens trug diesen Drang zur politischen Macht. Die Explosivkraft, deren Zeichen die Partei ist, fehlte. Dazu trat die ungeheure Schwierigkeit einer neuen politischen Organisation, die sich noch nicht aus einem Gewebe einzelner, über das Land verteilter Zellen aufbaut und darum von vornherein den alten und in sich gefestigten Parteien unterlegen ist.

Diese Bedenken sind den in Erfurt Versammelten kaum zum Bewußtsein gekommen. Einzig Max Weber, der von Anfang an einer der politischen Berater Naumanns war und von einem Gang in die Politik abgeraten hatte [95]), er allein hat sich scharf gegen die „Miserabilitätspolitik" gewandt und davor gewarnt, „politische Hampelmänner" zu werden, „Leute, die je nachdem, wo ihnen der Anblick irgend eines wirtschaftlichen Elends auf die Nerven fällt, durch unartikulierte Bewegungen bald nach rechts, bald nach links, hier einmal gegen die Agrarier, dort einmal gegen die Börse und die Großindustrie reagieren" [96]). „Sie haben heute einzig und allein die Wahl, welche von den einander bekämpfenden Interessen der heute führenden Klassen sie stützen wollen: das bürgerliche oder das agrarisch-feudale. Eine Politik, die das nicht berücksichtigt, ist eine Utopie" [97]). Aber Webers Warnung stieß auf vollkommenes Unverständnis bei dem fast zur Hälfte aus Theologen bestehenden Kreis. So stark war die Hoffnung und der Glaube an die Zugkraft der nationalsozialen Idee, daß gegen die Grundgedanken des Programmentwurfes kein Einwand erhoben wurde.

Partei oder Verein?

Es muß als ein Zeichen der inneren Unsicherheit angesehen werden, daß die Frage „Partei oder Verein?" überhaupt aufgeworfen werden konnte. Zur Partei fühlte man sich noch nicht stark genug, obgleich ein gut Teil der Delegierten in Verkennung der wahren Verhältnisse sogleich eine Partei forderten. Naumann riet ab unter Hinweis auf die ältere christlich-soziale Partei, die gleich als Partei angefangen und es trotz der Jahrzehnte noch nicht zu einer eigenen Fraktion gebracht hatte [98]). „Wir dürfen uns nichts vormachen. Es sind wohl kaum 10 000 Menschen, die uns jetzt gehören und bei einer

Wahl würden wir vielleicht nicht über 50 000 Wähler erreichen. Der Weg ist also weit, den wir vor uns haben" [99]).

Aber es gab ja genügend Beispiele in der Geschichte der politischen Parteien, wo aus einem Verein eine Partei geworden war. Ist doch der „Allgemeine deutsche Arbeiterverein" Lasalles 1863 schon als Anfang einer politischen Partei gedacht worden [100]). Ebenso, wie der 1859 gegründete Nationalverein ein Vorläufer war der nationalliberalen Partei, ebenso wie in ihm die liberalen Strömungen zusammenliefen [101]), so konnte ja der nationalsoziale Verein in einem größeren Sinne die Zusammenfassung werden für nationale und soziale Richtungen und später in eine mächtige Partei ausmünden. Das war die Hoffnung, die dem Antrag zu Grunde lag: „Wir gründen heute einen politischen Verein als Vorbereitung zu einer Partei" [102]).

National-sozial.

Nicht nur die Verfassungsform, auch der Name machte große Schwierigkeiten. Die verschiedenen Richtungen innerhalb der Versammlung gaben sich kund in den Anträgen. Der Name „christlich-sozial" war bereits vergeben. Außerdem wollte man das Christentum, wie später zu zeigen sein wird, nicht zum Gegenstand eines Parteiprogramms machen. Sozial oder sozialistisch? „Sozial — aber noch nicht sozialistisch — ist jeder, der täglich sechs Teller Suppe zur Speisung der Armen gibt", meinte Paul Göhre [103]). Man einigte sich indessen auf die Bezeichnung „nationalsozial" und hat damit auch im Namen kundgegeben, daß man einen Mittelweg einschlug zwischen Reaktion und Revolution. Sollte das Nationale oder das Soziale in der neuen Partei überwiegen? Sollte man die „sozialdemokratische Führung ablösen" (Sohm [104]) oder von der nationalen Macht zur sozialen Reform kommen (Klumker [105])?

Diese Frage mußte im Programm zum Ausdruck kommen, das zur Beratung stand. Bereits Wochen vorher hatte Naumann in der „Hilfe" einen Entwurf zur allgemeinen Erörterung gestellt [106]), in dem das Nationale, das Soziale und das Christliche gleichermaßen betont war. Nicht weniger als 74 Abänderungsvorschläge waren daraufhin eingegangen. Wie nicht anders zu erwarten, schlugen sich hier die Fragen nieder, die die Anhänger Naumanns seit mehr als einem Jahre beschäftigten. Die Vorschläge gingen zum Teil bis in die äußersten Einzelheiten. Ein außen- und innenpolitisches Programm entstand. Die Außenpolitik der Macht war nichts anderes als ein Schutz für die Innenpolitik der Reform, die gefordert wurde. Kolonien

stellen den Teil des Brotes der Nation dar, den wir nicht in Deutschland herstellen können, und dieses Brot hängt an den Schiffen [107]). Es ist also lediglich eine Frage der Selbsterhaltung, den nationalen Staat zu fördern. Und dazu gehört auch die Wehrmacht auf dem Lande, die zur Selbstbehauptung der Nation nötig ist [108]). Die Macht nach außen beruht auf einem starken Kaisertum. Und doch wurde dieses Kaisertum an das Parlament gefesselt, denn die Nationalsozialen verlangten ein „Zusammenwirken von Monarchie und Volksvertretung" sowie gleiches Recht für alle Staatsbürger [109]). Sogar bewußt staatsfeindliche Elemente wie die Polen waren in diese Forderung eingeschlossen. Im Innern also überall Mitleidspolitik im Gegensatz zu dem imperialistischen Außenprogramm.

Bewußt wurde das Nationale betont gegenüber der Sozialdemokratie. „Was ist am internationalen Gedanken falsch?" fragte Naumann in seinem nationalsozialen Katechismus [109a]) und gab die Antwort: „Falsch ist, daß man die jetzigen Staaten schwächen will, anstatt sie zu stärken", richtig dagegen, daß der Weltverkehr völkerverbindend wirke.

Damit ist umschrieben, wie die deutsche Arbeiterschaft sich in ihren Beziehungen zur Außenpolitik verhalten soll. Wenn sie in diesem Sinne national ist, trägt ihr Verhalten den Lohn in sich, denn die Wohlhabenheit wird steigen [110]). Auch dies ist nach Ansicht der Nationalsozialen ein Stückchen Sozialreform. Dem tritt die „Politik der Reform nach innen" zur Seite. Die Arbeit soll geschützt werden durch gewerk- und genossenschaftliche Organisation [111]) und durch Bodenreform [112]). In dieser Hinsicht wird man mit der Sozialdemokratie, die in allen vaterländischen Dingen sonst bekämpft wird, Schulter an Schulter stehen [113]). Und wer wird die Bewegung zum Kampf und zum Siege führen? Es sind die Gebildeten, deren Mitwirkung schon der Kreis um die „Christliche Welt" forderte, und denen hier die Leitung vorbehalten bleibt.

Die Frauenfrage wird übernommen.

Das ist nicht die einzige Zielsetzung, die aus dem Ideenschatze früherer Tage übernommen ist. § 6 der am Ende vom Delegiertentage angenommenen Grundlinien — die Frauenfrage betreffend — hat schon in den ersten zehn Jahrgängen der „Christlichen Welt" und auch auf dem evangelisch-sozialen Kongreß eine bedeutende Rolle gespielt. Dieser Gedanke kristallisierte sich nun hier zum politischen Programmsatz. Und in der Tat konnte gerade dieser Punkt für die politische Zukunft des Vereins besonders wichtig werden, weil

er das Verlangen großer Teile der weiblichen Bevölkerung nach Gleichberechtigung widerspiegelte. Wenn auch an ein Wahlrecht der Frauen in damaliger Zeit noch nicht gedacht werden konnte, die Forderung also für die Wahlen keine zahlenmäßige Wichtigkeit hatte, so durfte doch auf eine besondere Teilnahme der Frauen an der jungen Partei gerechnet werden. Es spricht nicht gerade für die praktisch politische Begabung Friedrich Naumanns, daß er diesen Punkt in seinem dem Delegiertentage vorgelegten Entwurfe gestrichen hatte [114]), damit der Verein nicht „eine Art Auskunftsladen" werde. Erst als die anwesenden Frauen selbst sehr energisch um ihren Paragraphen kämpften mit dem Hinweis darauf, daß die Frauenfrage ja nicht nur die Proletarierin angehe, sondern eine sehr bedeutende Kulturfrage sei, erst daraufhin wurde der Satz wieder in das Programm eingesetzt.

Das Christentum als Programmpunkt?

Die alten, in den christlich-sozialen Jahren vertretenen Ideen wirkten aber auch in anderen Paragraphen nach. Es war die Frage: „Soll das Christentum zum Programmpunkt gemacht werden?" die die Gemüter erhitzte. Gerade hier zeigte sich deutlich, daß es doch nicht ausschließlich Pastoren waren, die sich dem nationalsozialen Verein anzuschließen gedachten. Besonders die Bodenreformer sperrten sich stark gegen eine solche Betonung des Christentums. Vor allem aber war es Sohm, der getreu der in seinem „Kirchenrecht" so glänzend dargelegten Auffassung auch hier auf eine Trennung des Weltlichen und Geistlichen ausging. „Können wir Politik treiben im Namen des Christentums? Im Namen Christi? Im Namen des Evangeliums? Das ist die Frage, die wir verneinen. — Nicht bloß deshalb, weil das Christentum auf die einzelnen technischen Fragen des Rechts- und Wirtschaftslebens keine Antwort gibt. Der Grund liegt tiefer." „Christliche Sozialpolitik ist ein Widerspruch in sich selbst. Das Christentum ist geistlich, Sozialpolitik ist weltlich. Sozialpolitik können wir nicht in Christi Namen treiben. Politische Tätigkeit ist der Kampf um unser Volk, für das Dasein und die Macht unseres Volkes. Sozialpolitische Tätigkeit ist Kampf für diejenige Verteilung der wirtschaftlichen Machtverhältnisse, die um der Gesundheit und Kraft unseres Volkes willen notwendig sind." „Scheidung des Geistlichen von dem Weltlichen. Das fordert das Christentum. Das fordert auch die Politik" [115]). Aber die Bindungen an die Vergangenheit war bei den Versammelten stärker als selbst das glänzendste Referat des berühmten Gelehrten. Die Mehrheit der Parteigänger wollte das Christentum als

weltanschauliche Grundlage erhalten sehen, ohne etwa in seinem Namen Politik treiben zu wollen oder — wie es Naumann Jahre vorher einmal treffend ausgedrückt hatte — Jesus Christus zum Parteiführer zu machen. Und schließlich stimmte auch Sohm dieser Forderung ausdrücklich zu [116]). Denn nur als Grundhaltung sollte das Christentum einwirken, nicht etwa die Bibel bei den einzelnen Fragen der Politik herangezogen und aufgeschlagen werden.

Das Generalprogramm.

Man hatte es von vornherein abgelehnt, schon jetzt, bei der Gründung des politischen Vereins, Einzelforderungen aufzustellen [117]). Diese sollten später bei jeweiligem Bedarf folgen. So wurde jetzt nur ein allgemeines Programm aufgestellt, das folgenden Wortlaut hatte [118]):

Grundlinien des National-sozialen Vereins.

Vereinbart am 23. November 1896.

1. Wir stehen auf nationalem Boden, indem wir die wirtschaftliche und politische Machtentfaltung der deutschen Nation nach außen für die Voraussetzung aller größeren sozialen Reformen im Innern halten, zugleich aber der Überzeugung sind, daß die äußere Macht auf die Dauer ohne Nationalsinn einer politisch interessierten Volksmasse nicht erhalten werden kann. Wir wünschen daher eine Politik der Macht nach außen und der Reform nach innen.

2. Wir wünschen eine feste und stetige auswärtige Politik, die der Ausdehnung deutscher Wirtschaftskraft und deutschen Geistes dient. Um sie zu ermöglichen, treten wir für die ungeschmälerte Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht, für eine angemessene Vermehrung der deutschen Kriegsflotte, sowie für Erhaltung und Ausbau unserer Kolonien ein. Im Interesse der vaterländischen Macht und Ehre werden wir Mißstände in unseren militärischen und kolonialen Einrichtungen stets offen bekämpfen.

3. Wir stehen fest auf dem Boden der deutschen Reichsverfassung und wünschen ein kräftiges Zusammenwirken der Monarchie und der Volksvertretung. Wir sind für die Unantastbarkeit des allgemeinen Wahlrechts zum Reichstage und für Ausdehnung desselben auf Landtag und Kommunalvertretung. Wir fordern Verwirklichung der politischen und wirtschaftlichen Vereinsfreiheit und ungeschmälerte Erhaltung der staatsbürgerlichen Rechte aller Staatsbürger.

4. Wir wollen eine Vergrößerung des Anteils, den die Arbeit in ihren verschiedenen Arten und Formen in Stadt und Land, bei Männern und Frauen an dem Gesamtertrag der deutschen Volkswirtschaft hat, und erwar-

ten dieselbe nicht von den Utopien und Dogmen eines revolutionären marxistischen Kommunismus, sondern von fortgesetzter politischer, gewerkschaftlicher und genossenschaftlicher Arbeit auf Grund der vorhandenen Verhältnisse, deren geschichtliche Umgestaltung wir zugunsten der Arbeit beeinflussen wollen.

5. Wir erwarten, daß die Vertreter deutscher Bildung im Dienste des Gemeinwohls den politischen Kampf der deutschen Arbeit gegen die Übermacht vorhandener Besitzrechte unterstützen werden, wie wir andererseits erwarten, daß die Vertreter der deutschen Arbeit sich zur Förderung vaterländischer Erziehung, Bildung und Kunst bereit finden werden.

6. Wir sind für die Regelung der Frauenfrage im Sinne einer größeren Sicherung der persönlichen und wirtschaftlichen Stellung der Frau und für ihre Zulassung zu solchen Berufen und öffentlich-rechtlichen Stellungen, in denen sie die fürsorgende und erziehende Tätigkeit für ihr eigenes Geschlecht wirksam entfalten kann.

7. Im Mittelpunkt des geistigen und sittlichen Lebens unseres Volkes steht uns das Christentum, das nicht zur Parteisache gemacht werden darf, sich aber auch im öffentlichen Leben als Macht des Friedens und der Gemeinschaft bewähren soll.

Antisemitismus und Pastorenpartei.

In diesem Generalprogramm konnten natürlich die Unterströmungen nicht vernehmbar werden. Und doch waren sie da. So waren die von Stoecker herkommenden Christlich-sozialen noch im Antisemitismus befangen und forderten die Absetzung des Verlangens nach „ungeschmälerter Erhaltung der staatsbürgerlichen Rechte aller Staatsbürger" in § 3 mit Hinblick auf die Juden [119]). Sie waren sich dabei jedenfalls über die Stimmung der Versammlung durchaus im unklaren. Bei der Mehrzahl der Delegierten waren eben doch die in der „Christlichen Welt" vertretenen Ideen zu stark lebendig, die man hier in die Politik umzusetzen gedachte, als daß sie sich hätten verdrängen lassen. Gerade aber der Kreis der „Christlichen Welt" hatte sich — seiner liberalen Einstellung entsprechend — in der Judenfrage von vornherein mit den Stoeckerschen Anschauungen nicht befreunden können. Es war der Standpunkt der Judenmission, den die Zeitschrift vertrat, und der ins Politische umgedeutet, eher Judenfreundschaft als -gegnerschaft bedeutet. So stellte denn dieser „Nationalsozialismus" es geradezu als ein Unglück hin, wenn das Judentum seine Staatsbürgerrechte verlöre [120]), obgleich auch er sich für eine Schließung der Ostgrenze ausspricht [121]).

Kaum ein Anklang an die alte christlich-soziale Partei war sonst noch bei den Nationalsozialen zu finden. Zwar war auch sie eine „Pastorenpartei",

besonders jetzt zu Anfang noch. Sie setzte sich zum großen Teil aus Geistlichen zusammen. Ebenso wie Hofprediger Stoecker die alte Partei leitete, so führte in der jungen ein Pfarrer — nämlich Naumann — den Vorsitz. Auch in dem, was die Partei beschäftigte, ist immer noch ein wenig der geistliche Gehalt zu schmecken gewesen. So wird noch auf dem vorletzten (siebenten) Vertretertage eine Resolution angenommen zur Bekämpfung des zunehmenden Alkoholismus, in der man eine wichtige Kulturarbeit von nationaler und sozialer Bedeutung sah [122]). Es war dieselbe Frage des Gemeindebestimmungsrechtes, deren Mißachtung seitens der deutschnationalen Volkspartei 1924 einer der Gründe wurde, die evangelische Gemüter zum Austritt aus der Partei trieben. Sie zeigt für die nationalsoziale Partei deutlich, wie in ihr volkserzieherische Gründe evangelischer Pastorenkreise sich berührten mit Gedanken der Sozialdemokratie, die auf derselben Linie lagen. In dieser Frage brauchte man nach einer Synthese zwischen den verschiedenen Geistesrichtungen nicht zu suchen, denn sie ergab sich von selbst. Aber in allen anderen Fragen war sie für die nationalsoziale Partei schwer zu finden. Die Verschmelzung des Nationalen mit dem Sozialen bereitete zunächst die größten Schwierigkeiten. Hart stießen die Gegensätze im nächsten Jahre aufeinander.

National oder sozial?

„Nationalsozial, das Wort ist fest geworden, eine feste Marke, bestimmt und scharf und doch weit genug. Wir haben keine Ursache, an dem ferneren Gedeihen zu zweifeln. Noch ein oder zwei Jahre, und die Legierung wird vollständig sein. Indem wir mit zwei Augen schauen, mit dem nationalen und dem sozialen Auge, geben doch beide Augen ein einheitliches Bild." Wie ein blutiger Hohn wirken diese Worte, die Naumann auf dem zweiten Vertretertage 1897 aussprach [123]). Denn niemals kamen die Gegensätze innerhalb der jungen Partei schärfer zum Ausdruck als hier, sodaß die demokratische Presse schon triumphierte: „Die sozialen Parteien haben etwas von der Natur der Spaltpilze angenommen" [124]). „Man könnte eine Belohnung aussetzen für die Auffindung des gemeinsamen Bodens, und man würde das Geld nicht loswerden" [125]). Die so redeten, freuten sich zu früh. Die sich widersprechenden Meinungen Sohms und Göhres, die das nationale und das soziale Prinzip der Partei darstellten, sie sind zuletzt doch durch das diplomatische Geschick Naumanns „überkleistert" worden.

Der Streit entwickelte sich durch die Haltung des Vereins gegenüber der Arbeiterfrage. Der Winter 1896/7 hatte den großen Streik der Ham-

burger Hafenarbeiter gebracht, einen Lohnkampf, wie er in diesem Ausmaße seit dem Bergarbeiterstreik von 1889 nicht mehr vorgekommen war. Die Streikbewegung schien damals sogar auf das Ausland übergreifen zu wollen. Doch sind den Ausständigen rasch die Mittel ausgegangen, und zuletzt siegte das Unternehmertum.

Für die Nationalsozialen war es ihrer Vergangenheit nach eine Selbstverständlichkeit, daß sie sich auf die Seite der Streikenden stellten. Sie brachten das auf „bürgerlicher" Seite nie Dagewesene fertig, in ihren Blättern eine Sammlung für die Streikenden einzuleiten. Die Berliner Tageszeitung des Vereins konnte schon nach einer Woche 1100 Mark nach Hamburg überweisen [127]). Nach dieser Tat konnte es so aussehen, als stellten sich die Nationalsozialen an die Seite der Sozialdemokratie, obgleich von ihnen vorher eingehend die Berechtigung dieses Streikes geprüft worden war.

Solchen Mißdeutungen zu entgehen, die der konservativen Seele Sohms unerträglich waren, brachte er mit einer Reihe von bekannten Katheder-sozialisten [128]) eine Entschließung ein, nach der aus der Stellung des Vereins zum Streik nicht auf eine Billigung der Sozialdemokratie geschlossen werden dürfe. Im Gegenteil! In ihr sehe man das größte Hindernis der Arbeiterbewegung, ihre Bekämpfung sei Pflicht im Dienste des nationalen wie des sozialen Gedankens. Der Nationalsozialismus sei keine Spielart der Sozialdemokratie, dürfe also auch nicht betrachtet werden als eine Richtung, die gegen die Monarchie gerichtet sei und das Volk verführe [129]). Die Sozialdemokratie sieht Sohm als den Feind an, der von der Partei bekämpft werden müsse: „Die Sozialdemokratie hält ihren Leuten nur die irdischen Güter vor, um ihre Gier zu wecken; die ewigen nimmt sie ihnen. Sie ist der Geist, der stets verneint. Sie saugt dem Volkskörper das Mark aus" [130]). Demgegenüber will er eine Orientierung nach rechts, hin zu den Konservativen, bei denen ja der Ursprung der national-sozialen Bewegung zu suchen sei [131]). Es ist auch ein praktischer Grund, der Sohm und seine Anhänger dazu getrieben hat, die Hand auf das Steuer des Vereins zu legen. Die Abgrenzung der Fronten, auf die schon Max Weber 1896 gedrungen hatte, um den Verein politisch überhaupt lebensfähig zu machen, will jetzt auch Sohm. Aber mit ganz anderer Blickrichtung. Weber wollte eine Unterstützung der Interessen des Bürgertums gegen die agrarisch-feudale Klasse, Sohm einen Kampf gegen die Sozialdemokratie unter Anlehnung an die Konservativen. Und dazu fragt er sich: „wen wollen wir gewinnen, die Arbeiterschaft oder die Gebildeten?" Er sieht eine verfehlte Spekulation darin, die Arbeiter jetzt,

da sie längst schon in der Sozialdemokratie organisiert sind, zu sich herüberzuziehen. Den Gebildeten dagegen müsse der soziale Gedanke eingeimpft werden. Sie gelte es zu gewinnen. „Die Gebildeten sind in gewissem Sinne der Staat. Sie beherrschen den Staat. Was die Gebildeten wollen, das geschieht. Was die Gebildeten nicht wollen, das geschieht nicht. Hier also liegt die Entscheidung. Wir wollen den Arbeitern dienen, nicht dadurch, daß wir den Arbeitern zu Gefallen reden, sondern dadurch, daß wir die Gebildeten von der inneren Berechtigung und Notwendigkeit der Arbeiterbewegung überzeugen" [132]).

Und Göhre, der proletarische Gegenpol Sohms? Was sagte er zu diesem Ruf nach den Gebildeten? Klang er ihm nicht vertraut? Er selbst war es doch, der 1889 in der „Christlichen Welt" den Appell an die Gebildeten richtete, endlich aufzuwachen und die „entscheidenden Aufgaben der Zeit unter den nebensächlichen zu erkennen." Derselbe Göhre hat inzwischen resigniert. Er preist jetzt die Sozialdemokratie als den „Hort der Freiheit und des Fortschritts". Und außerdem hat er eingesehen, daß man sie nicht mehr einfach in die Ecke stellen kann, um eine neue Arbeiterpartei zu schaffen. Er sieht die einzige Rettung darin, die sozialdemokratische Partei zu spalten, ihren revisionistischen Flügel zu stützen, den revolutionären linken aber zu bekämpfen [133]). Die Politik Sohms ist ihm, wie alle konservativen Neigungen, in der Seele verhaßt. Kann es anders sein, bei dem, was er bisher erlebt, gesagt, getan hat?

Es sah aus, als ginge es im nationalsozialen Verein um Biegen und Brechen. Aber die Partei brach nicht. „Ein Zugeständnis rechts, ein Kompromißchen links, Auswege nach allen Seiten" [134]). In der Tat, einer politischen Partei dürfte wohl in solcher Lage nichts anderes übrig bleiben. Und es war ja ein Zeichen für die Kraft der Idee, daß der Verein trotz solcher Gegensätze nicht auseinander brach. Beide Resolutionen, die Göhres ebenso wie die Sohms, wurden abgelehnt, zwei Versöhnungsanträge dagegen angenommen. Der eine davon, eingebracht von Dr. Ruprecht, wandte sich in gleicher Weise gegen die marxistische Sozialdemokratie wie gegen die „antisozialen" nationalen Parteien, aber auch dagegen, daß der nationalsoziale Verein als einseitige Klassenpartei der Arbeiter angesehen werde [135]).

Betonung des allgemeinen Wahlrechts.

Dieser Versöhnungsantrag gab in ausgezeichneter Weise die Stellung des nationalsozialen Vereins zwischen den Parteien wieder. Aber nicht er

war es, der die Grundlage der Einigung darstellte. Sondern ein ausgezeichneter Vortrag Sohms über „das allgemeine Wahlrecht als Grundlage der inneren und äußeren Politik" gab die Basis ab, auf der auch die widerstrebendsten Elemente zusammen arbeiten konnten.

Dieses Thema war besonders aktuell, waren doch seit der Einführung dieses Wahlsystems immer wieder konservative Stimmen laut geworden, die eine Beschränkung forderten. Zuletzt im Jahre 1895 hatte sich Graf Mirbach und dann Graf Frankenberg im preußischen Herrenhause in diesem Sinne geäußert. Gegen solche Versuche wandte sich Sohm im Hinblick auf die bevorstehende Reichstagswahl, jedoch von einem ganz ungewöhnlichen Standpunkte aus. „Die Masse ist dumm", sagte er [136]), sie hat kein politisches Urteil und doch muß sie einen Mund haben, nicht nur weil es gerecht, sondern weil es nötig ist. Aus dem letzten ergibt sich die Berechtigung des allgemeinen Wahlrechtes, aus dem ersten aber die Pflicht der Gebildeten, der Begabten, die Masse zu führen. Gerade das aber faßten die Nationalsozialen als ihre Aufgabe auf. Sie wollten ja die Masse leiten, alles für sie tun, was in ihren Kräften stand. Und so wurde das allgemeine Wahlrecht für sie das Scheidewasser, das das Gold wahrer arbeiterfreundlicher Gesinnung in den Parteien erkennen ließ. „Der nationalsoziale Vertretertag empfiehlt allen Nationalsozialen, bei den Reichstagswahlen (von 1898 D. V.) in den Wahlkreisen, wo keine nationalsozialen Kandidaten aufgestellt sind, für einen Anhänger des allgemeinen gleichen Wahlrechts zu stimmen" (Antrag v. Gerlachs [137]). Hier traf sich konservativ und sozialistisch, Sohm und Göhre. Das allgemeine Wahlrecht war die Fackel, die den Nationalsozialen auf ihrem dunkeln politischen Wege voranleuchtete. Wer gegen dies Prinzip war, der hatte sie zum Feinde.

Vom Sozialismus zum Nationalismus.

Durch ihre Haltung beim Hamburger Hafenarbeiterstreik hatten sich die Nationalsozialen an die Seite der Sozialdemokratie und in Gegensatz zur Regierung gestellt. Längst war die Betonung der staatlichen Pflicht zur sozialen Fürsorge „verstummt", die vom Reichstage abgelehnte Umsturzvorlage wirkte noch in den Gemütern nach. Der Kaiser, der 1890 gesagt hatte, er werde nicht erlahmen in seinen Bestrebungen zur Besserung des Wohles der Arbeiter, derselbe Kaiser ließ nun die Zügel der Sozialpolitik am Boden schleifen und sprach — anläßlich des Hafenarbeiterstreikes — bei Tische über die „unberechtigten Forderungen" der Arbeiter und ersuchte die Arbeitgeber,

sich zusammenzuschließen. Besonders lag ihm der Schutz der Arbeitswilligen vor der Terrorisierung durch die Ausständigen am Herzen. Am 17. September 1897 besichtigte er die Arbeiterkolonien in Bethel und kündigte nun als Programm folgendes an: „Schutz der nationalen Arbeit aller produktiven Stände, Kräftigung eines gesunden Mittelstandes, rücksichtslose Niederwerfung jedes Umsturzes und die schwerste Strafe dem, der sich unterfteht, einen Menschen, der arbeiten will, an freiwilliger Arbeit zu hindern“ [139]). Am 6. September 1898 drohte der Kaiser für Anstiftung zum Streik und Bedrückung von Arbeitswilligen Zuchthaus an und sagte, ein diesbezügliches Gesetz werde bereits ausgearbeitet. Tatsächlich brachte die Regierung im Juni 1899 die Zuchthausvorlage ein, die jedoch am 20. November vom Reichstage abgelehnt wurde.

Für die Nationalsozialen war die Kaiserrede eine Probe darauf, wie nahe sie der Sozialdemokratie standen. Aufs neue mußte der Gegensatz akut werden: national oder sozial? Göhre, der Verfechter der proletarisch-sozialistischen Gedanken innerhalb des Vereins, verlangte nach dem Tage von Oeynhausen eine Nachprüfung der Stellung zur Monarchie [140]). Aber dafür war keine Stimmung vorhanden. Naumann erklärte auf dem 4. Vertretertage (vom 1.—4. Oktober 1899 zu Göttingen), der Kritik Göhres nicht nachgeben zu können. Göhre kämpfe für das „Proletariat“, das es doch in Wirklichkeit nicht gebe, denn „es handelt sich um ein Aufsteigen, ein schichtenweises Heben der Arbeiterklasse! Die obersten Schichten werden dabei in das Bürgertum hineinsteigen, so daß sich eine reinliche Scheidungslinie nach oben keinesfalls ziehen läßt ... Man darf nicht einen Klassenbegriff „proletarisch“ ableiten, nach welchem das Proletariat eine völlig andere Welt ist als alles Bürgerliche“ [141]). Das ist ganz der alte Naumann, der an eine Organisation des Proletariats nicht glauben will, obgleich die Sozialdemokratie längst mit immer steigendem Erfolg die Arbeitermassen politisch und gewerkschaftlich zusammengefaßt hatte, der immer noch auf die Sprengung der Partei des Proletariates hofft, weil dort so viele Strömungen sich in einem Bett gefunden haben. Hier zeigt es sich, wie bürgerlich im Grunde der „Sozialismus“ der Nationalsozialen ist. Weil Bürgertum und Arbeiterschaft dasselbe Interesse haben am „Aufsteigen des deutschen Handels und Wandels“, darum müssen sie sich doch einmal zusammenfinden. Und immer wieder — noch auf dem sechsten Vertretertage 1902 [142]) — wird nach den Gebildeten gerufen, die den Kitt bilden sollen in der Mauer der Bürger und Arbeiter. Dieses Luftbild, bei dem man so völlig über die vielfach entgegenlaufenden Belange der

beiden Volksteile hinwegsieht, erweist sich doch als ein Ideal, das auch weiterhin den nationalsozialen Verein zusammenhält. Göhre mit seiner radikalen Einstellung, die früher von vielen geteilt worden war, war jetzt völlig vereinsamt. Nur wenige Nationalsoziale sind ihm gefolgt, als er Anfang 1899 zur Sozialdemokratie übertrat.

Der dritte Delegiertentag (vom 25.—28. September 1898), an dem weder Göhre noch Sohm teilgenommen haben, stand naturgemäß noch ganz unter der Frage: Wie sollen wir uns nun zum Kaiser stellen, nachdem er so wenig Verständnis für die Arbeiternöte bewiesen hat? Welches ist der wahre Kaiser, der von 1896 oder der von 1890? Naumann hat diese Fragen in einer seiner begeisternden Reden beantwortet, einer Rede, in der er schon die Grundgedanken seines berühmten Buches „Demokratie und Kaisertum" entwickelt. Naumanns Auffassung läuft hinaus auf eine Neufassung der alten Lehre vom Staatsvertrage und von der Volkssouveränität. Er sieht Deutschland an als einen großen Geschäftsbetrieb nach Art einer Aktiengesellschaft [145]). Jeder der Aktionäre hat etwas zu sagen, er kann seine Stimme geltend machen in der Generalversammlung. Aber es gibt nur einen Willen, der das Werk leitet, einen Mund, der Befehle spricht, einen Kopf, in dem alle Wünsche und notwendigen Maßnahmen auf ihre Durchführung hin geprüft werden. Die Generalversammlung des großen Deutschlands ist der Reichstag, der Direktor der Kaiser. Dieser große Direktor ist in seinen Entschlüssen teils gebunden, teils aber unabhängig. Gebunden, denn er muß sich in den Grenzen seiner Befugnisse halten, er kann nichts tun ohne die Einwilligung der großen Generalversammlung. Frei aber ist er, weil er und nur er allein die Richtung angeben kann, die zum höchsten Ertrag führt. Er muß im Zeitalter der Technik und des Weltverkehres sofort Entschlüsse fassen. Das alles aber kann er nicht, wenn der Betrieb in Unordnung ist, die Maschinen alt, die Arbeiter ungesund sind. Was ist ein Fabrikbetrieb ohne einen tüchtigen Arbeiterstamm? Ein Magen, der die zugeführte Nahrung nicht verarbeiten kann. Der Kaiser m u ß sozial sein, um die Leistungsfähigkeit des Betriebes zu sichern.

Das etwa sind die Grundgedanken Friedrich Naumanns. Er ist ein gläubiger Anhänger der industriellen Entwicklung Deutschlands, ein Mann, der in und mit seiner Zeit lebt und sie einheitlich zu begreifen sucht. Weil die monarchische Staatsverfassung eine moderne Einrichtung ist, deshalb ist es zwar „möglich und denkbar, daß eine zeitweise Hinneigung in vergangene Zeiten stattfindet, doch es ist höchst unwahrscheinlich, daß das Kaisertum auf die

Dauer vergessen sollte, daß es ein Kaisertum des Neueren geworden ist" [144]). Deshalb wird der Kaiser — so hofft Naumann und mit ihm die Nationalsozialen — niemals der Mann des konservativ-preußischen Landadels sein. Er muß über die Landesgrenzen hinaussehen, muß Weltmachtpolitik treiben, er muß um jeden Preis vorwärts [145]). Und da wird der Tag kommen, an dem er sich nach den Massen umsieht, ohne die er nicht auskommen kann bei seiner Weltpolitik. Dann wird das goldene Zeitalter des sozialen Kaisertums anbrechen. „Kommen auch schwere Tage, in denen Kaisertum und Sozialismus sich immer weiter von einander entfernen, so müssen wir uns doch auch wieder sagen, daß im Gang der Gestirne nach Zeiten der größten Entfernung sich dieselben Gestirne nach einer Art mathematischer Naturnotwendigkeit in ihrem Fluge wieder nähern müssen" [146]). Auf diesen Tag zu warten, ist zugleich Ziel der Nationalsozialen. Sie müssen bis dahin Anhänger sammeln, die Zukunft zu verstehen suchen und nicht verzweifeln, wenn die Nacht länger dauert, als gedacht. Der Kaiser von Oeynhausen *kann* nicht der wahre Kaiser sein. Wie sich die Sonne hinter den Wolken versteckt und dann wieder in neuer Helligkeit erstrahlt, so wird auch nach einer Zeit sozialpolitischer Reaktion eine neue Aera kaiserlicher Sozialpolitik beginnen. „Die Sozialdemokratie und die Regierung waren beide noch nicht reif für die an sich völlig richtig gedachte Politik von 1890. Es kann sein, daß durch den vorzeitigen Versuch eines sozialen Kaisertums der wirkliche Eintritt einer kaiserlichen Volks- und Massenpolitik um nicht wenige Jahre verzögert wurde. Aber wenn er kommt, dann kommt er mit einem Regenten, der inzwischen die ererbte Krone sich neu gewonnen hat und ... zurückkehrt zu dem ersten guten Griff seiner Regierung: aufstrebende Gesamtpolitik mit Hilfe aufstrebender Klassen." Mit diesen Worten hatte Naumann schon Wochen vor dem dritten Vertretertage einen Artikel in seiner „Hilfe" abgeschlossen [147]), und dieser Ton anhänglicher Begeisterung kehrt nun jedes Jahr wieder.

Eine tiefe Tragik liegt in dieser Verkennung der wahren Natur des Kaisers. Eine Bewegung, jung und begeisterungsfähig, sah in ihm den Exponenten der modernen Zeit. Seine sprunghaften Entschlüsse schienen Willensstärke und schnelle Tatbereitschaft zu verraten, seine Inangriffnahme immer neuer Projekte eine außerordentliche Weite des Horizonts, sein persönliches Regiment Verantwortungsbewußtsein. So glaubte man ihm Liebe und Achtung und Gefolgschaft schuldig zu sein. So nahm man des Kaisers Handlungen in Schutz und verteidigte sie auch da, wo sie eine Gefährdung

des eigenen politischen Prinzips bedeuteten. Gewaltsam kniffen die Nationalsozialen die Augen zu. Sie wollten jetzt nur noch einen Kaiser sehen: den modernen Industriechef, den nationalen Imperialisten, den großen Freihändler. Alles andere trat hinter diesem Bilde zurück.

„Nationalsozial" hatte die Bewegung sich 1896 genannt. Aber das Soziale hatte in der hohen Politik keine Aussicht auf Erfolg. Dort war es — die Nationalsozialen hofften: nur vorläufig — zu den Akten gelegt. So konnte es die Partei natürlich nicht machen. Sie pflegte auch weiter soziale Gesinnung bei den Gebildeten. 1897 schon hatte sie sich nach einem Referat Göhres ein Genossenschaftsprogramm gegeben und sich darin für ein Koalitionsrecht der Arbeiter ausgesprochen. Auch jetzt haben die Nationalsozialen gegen die vom Kaiser beabsichtigte Verhinderung des Vereinigungs- und Streikrechtes der Arbeiter protestiert: zunächst auf dem nach Oeynhausen einberufenen dritten Vertretertage [148]), dann durch eine Erklärung des Vorstandes nach Erscheinen der Zuchthausvorlage [149]) und zuletzt durch eine Reihe von Entschließungen, die anknüpften an einen Vortrag des der Partei nicht angehörenden Nationalökonomen Brentano „Über den Schutz des gewerblichen Arbeitsverhältnisses" [150]). Aber das alles blieben Proteste, die bedeutungsvoll nur insofern waren, als eine Reihe von bekannten Persönlichkeiten Deutschlands hinter ihnen standen. Taten folgten ihnen keine. Im Gegenteil! Die oben dargestellte Rede Naumanns, die beantwortet wurde mit „langanhaltendem, stürmischem Beifall und Händeklatschen, Erheben von den Sitzen", unter deren Eindruck der Vertretertag von einer Diskussion absah, diese Ausführungen können als ein neuer Wendepunkt in der Geschichte der Nationalsozialen angesehen werden. Das Soziale wurde von ihnen zugunsten des Nationalen zurückgestellt. Dem kaiserlichen Herrn leistete Naumann und mit ihm die Nationalsozialen Gefolgschaft; ihm und seiner Führung in die Weltpolitik vertrauten sie sich an. „Wenn der Kaiser auch seine soziale Richtung geändert hat, so geht in nationalen Dingen, die im Zentrum der Kaiseraufgaben stehen, eine gerade Linie vom ersten Regierungstage an bis zur Stettiner (Flotten-D. V.) Rede: Unsere Zukunft liegt auf dem Wasser" [151]).

Nationalsozialer Imperialismus.

„Die Flotte ist notwendig für unsere soziale Entwicklung und für unseres Volkes Zukunft! Diese beiden Dinge sind einmal zusammengebunden. Sie wachsen immer mehr zusammen und wachsen auch in unseren Köpfen immer

mehr in eine Einheit, so daß wir sehen, es werden die Träger der deutschen Kraft werden, die die Kraft der deutschen Arbeitermassen befreien möchten, daß beides zusammen einen neuen Frühling des deutschen Volkes bedeutet." Diese Gedanken konnte Naumann schon auf dem zweiten Vertretertage 1897 aussprechen [152]). Aber wie vertrug sich diese Rüstungsbegeisterung mit dem Christentum, von dem doch der nationalsoziale Verein seinen Ausgang genommen hatte? Human nach innen, inhuman nach außen? Naumann war um eine Antwort nicht verlegen: „Die größte Humanität ist doch wohl die, daß man seine Kinder schützt, so gut man es kann" [153]).

Die Flotte war auch des Kaisers Lieblingsschöpfung. Die Liebe zu ihr verband die Partei mit dem Herrscher. Unter Führung des Vorsitzenden nahm eine Reihe von Nationalsozialen an der Orientreise des Kaiserpaares teil, die kurz nach dem 3. Vertretertag begann. In seiner Presse trat der Verein immer wieder ein für den Ausbau der Flotte. Jede neue Flottenvorlage rief sie auf den Plan. Flottenflugblätter wurden verfaßt, und in Broschüren kämpfte man für den Flottengedanken. Es galt den Kampf gegen Englands Seeherrschaft. „Wir haben mit unseren 53 Millionen Menschen für eine Weltmacht zu wenig und für einen Kleinstaat zu viel. Wir sind zu groß und wachsen zu schnell, um von den Weltmächten auf die Dauer ruhig geduldet werden zu können, und doch sind wir nicht stark genug, um freie, eigene Politik ohne Anlehnung und Rücksichten zu treiben", schreibt Naumann 1900 in einem Heftchen der Göttinger Arbeiterbibliothek [154]). Dieser Gedanke führt folgerichtig zu einem Eintreten für starken Ausbau der Wehrmacht und zu einer Betonung des Weltmachtgedankens. Aber dazu ist ein fester Halt in Mitteleuropa nötig. Und so klingt schon 1899 dieser zu Beginn des Weltkrieges von Naumann so glänzend ausgeführte Gedanke an, aber hier in Form einer Verständigungspolitik mit Frankreich [155]).

England ist der Feind, den man bewundert und fürchtet und dem man es doch in Bezug auf seine Weltpolitik nachzutun gedenkt. „Durch ihre Tüchtigkeit sind die Engländer uns übermächtig geworden in der Weltgeschichte. Unser Zweck ist es und muß es sein, daß wir daneben eine Rolle in der Weltpolitik spielen" [156]). Aus dieser Gesinnung heraus wird der Ausbreitungsdrang Deutschlands, wo immer er sich zeigt, von den Nationalsozialen begrüßt. Besonders viel erwartet man von einem Ausbau der Kolonien. Der 6. Vertretertag von 1901 stand ganz unter dem Zeichen der Kolonialpolitik. Prof. Dr. Rathgen hielt einen Vortrag über „Nationale und soziale Ideen in der deutschen Kolonialpolitik" [157]), in dem die politische und wirtschaftliche

Bedeutung der Kolonien herausgestellt wurde. Wie stark das Interesse der Nationalsozialen für solche Fragen war, sieht man daraus, daß sie sogleich beschlossen, auch ein besonderes Kolonialprogramm zu schaffen, das sich anschließen sollte an die Thesen Rathgens und auch wirklich im Laufe des Jahres 1902 zur Vollendung kam [158]). In diesem Programm wird als eines der Haupterfordernisse Bodenreform für die Kolonien gefordert, ein Punkt, der auf das Korreferat Damaschkes zurückzuführen ist. Er hatte darin in düsteren Farben ausgemalt, wie verhängnisvoll sich die Bodenspekulation in den neuerworbenen Gebieten auswirken könne [159]). Tatsächlich war dieser Punkt auch der Regierung bereits als bedeutungsvoll aufgefallen. Sie hatte die Grundgedanken der Bodenreform in dem 1898 erworbenen Pachtgebiete von Tsingtau verwirklicht.

Moral oder Machtpolitik?

Der Weg vom Christentum hin zum Imperialismus machte immer weitere Fortschritte. Das zeigte sich bei der Armenierfrage, die zu Ausgang des Jahrhunderts die Gemüter in Anspruch nahm. In grausamer Weise wurden in den neunziger Jahren christliche Armenier in Massen von den Türken hingemordet. Die Christenheit der ganzen Welt nahm sich ihrer bedrängten Glaubensbrüder an. Die Großmächte wurden zum Einschreiten gegen die Türkei aufgerufen, ohne daß es jedoch dazu gekommen wäre. Auch in Deutschland war die Erregung groß. Wie sollte sich der nationalsoziale Verein bei dieser Frage verhalten? Sollte er eintreten für die christlichen Armenier gegen die unmenschlichen Türken oder für die Deutschland befreundete Türkei auf Kosten der verfolgten Armenier? Moral oder Machtpolitik?

Beide Standpunkte wurden von Nationalsozialen vertreten. In einer eingehenden Diskussion der Frage kam es auf dem Vertretertage von 1899 [160]). Die Mehrzahl sah den Sultan als gekrönten Massenmörder an und verlangte, daß sittliche Gesichtspunkte auch richtunggebend sein möchten in der Politik; sie war denn auch gegen den Krieg eingestellt. Die andere Seite dagegen betonte scharf den Gegensatz zwischen sentimentaler und praktischer Politik unter v. Gerlachs, des späteren Pazifisten, Führung. Weil die Türkei Deutschland nützen könne, darum solle man sich jeden Versuches, sich in ihre Innenpolitik zu mischen, enthalten. Diese zweifellos *nicht* sentimentale Richtung sah die erste Aufgabe des Volkes darin, seine eigene Lage zu bessern, wo und wie nur immer möglich. Ein bedeutender Unterschied in den Anschauungen der Nationalsozialen! Aber auch hier erwies sich Nau-

manns besänftigender Einfluß als das Öl, das die hoch gehenden Wogen der nationalsozialen Meinungsverschiedenheiten zu glätten imstande war. Er wurde es nicht müde, immer zu wiederholen: Deutschland hat eine sittliche Aufgabe in der Welt zu erfüllen. Darum muß es sich durchsetzen. „Wir haben eine moralische Verpflichtung für das eigene Volkswohl, die mit der zweiten moralischen Verpflichtung kämpft, anderen beizuspringen, wenn es nötig ist. Diese Pflicht, die für die Zukunft unseres Volkes entscheidend ist, muß in erster Linie erhalten und gepflegt werden [161])."

Das rote Tuch für Naumann ist auch in dieser Frage England. Britannien, das es im Laufe seiner Geschichte immer mit Meisterschaft verstanden hat, menschheitbeglückende Ideen seiner Weltmachtpolitik dienstbar zu machen, dieses Land ruft durch sein plötzliches Eintreten für die Armenier Naumanns Mißtrauen wach [162]). England tritt für die Armenier ein? Dann hat es sicherlich die Absicht, in der Türkei zu erben. „Die armenierfreundliche Stellung unsererseits ist eine wirkliche, wenn auch ungewollte Unterstützung englischer Weltausdehnungspolitik [163])."

Die Buren? Sollte Deutschland nicht zu ihren Gunsten eingreifen, den Greueltaten der Engländer ein Ende machen? Lag nicht hier wenigstens ein Fall vor, in dem die Nationalsozialen ein Eintreten für humane Politik verbinden konnten mit der Feindschaft gegen den „Rivalen" England? Ganz im Sinne seines Meisters verneinte das Naumanns Jünger Wenck, der den politischen Jahresbericht auf dem 6. Vertretertage abzulegen hatte. Der Grund? England könnte sich vielleicht nach Vermittlung sehnen [164]).

Nationalsoziale Stellung zur „Hunnenrede".

Naumanns Ansichten waren fast in allen Fragen maßgebend für die Haltung der Partei. Nur einmal haben die Nationalsozialen ihrem allverehrten Führer die Gefolgschaft versagt. Sie, die von den Gegnern wegen ihrer Weltmachtfreude bereits „Flottenschwärmer" und „Kanonenchristen" getauft waren, sie wollten doch jenen Aufsatz Naumanns nicht decken, der ihm den Namen „Hunnenpastor" eintrug.

„Pardon wird nicht gegeben, Gefangene nicht gemacht. Führt eure Waffen so, daß auf tausend Jahre hinaus kein Chinese mehr es wagt, einen Deutschen scheel anzusehen." Diese Worte hatte der Kaiser am 27. Juli 1900 der ostasiatischen Expeditionstruppe zugerufen, die den Boxeraufstand niederschlagen helfen und die Ermordung des deutschen Gesandten Freiherrn v. Ketteler rächen sollte. In Deutschland erhoben sich Stimmen, die des

Kaisers Rede allzu scharf nannten. Neben den sozialdemokratischen waren es die christlichen Blätter, die des Kaisers „Hunnenrede" ablehnten.

Auch ein Teil der nationalsozialen Presse übte Kritik an dem kaiserlichen Ausspruch [165]), während Naumann ihn in der „Hilfe" verteidigte, ja sogar für nötig erklärte [166]). „Gotteshilfe, Bruderhilfe" waren noch immer Untertitel der Zeitschrift. Waren diese goldenen Worte nur noch Aushängeschild, nur noch die Attrappen der einst wirklich vorhandenen Güter? Viele Leser meinten es [167]). Sie griffen Naumann wegen seiner unchristlichen und unmenschlichen Betrachtungsweise an. Ja, es kam sogar zu Austrittserklärungen aus dem nationalsozialen Verein [168]). Und auf dem Vertretertage von 1900 brachte der zweite Vorsitzende des Vereins, Adolf Damaschke, eine Entschließung ein, nach der die Haltung der „Hilfe" in dieser Frage nur eine Privatmeinung der Redaktion darstelle, für die die Nationalsozialen keine Verantwortung übernehmen könnten [169]). Damaschke sagte mit Recht: „Man kann vielleicht mancherlei staatsmännische, militärische oder politische Gründe dafür finden, den Grundsatz zu verteidigen: Pardon wird nicht gegeben! Aber daneben gibt es ein einfaches menschliches Empfinden, daß sich dagegen aufbäumt, einen solchen Befehl als Grundsatz, als Regel anzuerkennen [170])." Wieder spitzte sich die Auseinandersetzung auf die Frage des Verhältnisses zwischen Politik und Ethik zu, eine Frage, die ihre besondere Schärfe dadurch erhielt, daß sich trotz der kaiserlichen Ankündigung 50 000 Chinesen ergeben hatten. „Das ‚rein Menschliche'", so antwortete Naumann, „ist nach meiner Auffassung das Menschliche, was noch nicht durch komplizierte moderne Kultur und Rechtsanschauung hindurchgegangen ist [171])." „Es ist geschichtlich angesehen so, daß Völker, die auf eigene Zukunft Hoffnung haben, lieber zu scharf und schroff gewesen sind, als niedergehende [171])." „Ich habe mir klar gemacht, daß man zwischen Ethik und Ethik unterscheiden muß. Nämlich, daß die Ethik, gegen die wir uns hier um der deutschen Geschichte willen wenden müssen, eine oberflächliche Alltagsethik ist, die Quietismus und nicht Kraft des Kampfes darstellt [172])." Naumann kam demgemäß dazu, die politische Ethik abweichend von der persönlich-christlichen zu gestalten, und damit bewegte er sich in lutherischen Gedankengängen. Aber hier nahm er zweifellos politisch eine falsche Stellung ein, die nur aus seiner Begeisterung für Wilhelm II. zu erklären war. Er glaubte mit einer solchen Kraft an den Aufstieg und die Zukunftsaufgabe des deutschen Volkes, daß für ihn politische Ethik in der Frage begriffen ist: wie wird mein Volk groß und mächtig? Und darum sollte sich letztlich ja alle Politik drehen.

„Landgraf, werde hart!" hatte Max Weber 1896 mahnen müssen. Konnte man in der Politik noch härter werden? Der Pastorenstandpunkt war von dem Politiker Naumann verlassen worden. Christliche Ethik spielte in seiner Politik keine Rolle mehr. Wohl aber spukte sie noch in den Köpfen der Nationalsozialen. Die Meinungsverschiedenheit in Betreff der Hunnenrede war groß, die Aussprache über das Thema scharf. Übertreibung des nationalen Gedankens! sagte die eine Seite. Sentimentalität und Moralpolitik! erklangs von der andern. Aber Naumanns Meinung hatte, wie immer, das Übergewicht. In Bezug auf Damaschkes Antrag einigte sich die Versammlung dahingehend, nur die Beschlüsse des Vertretertages als offizielle Meinung der Nationalsozialen auszugeben, nicht also die Auslassungen des Vereinsorgans „Die Hilfe" [173]).

Weiterer Ausbau der nationalsozialen Grundlinien.

Durch ihre Weltmachtbegeisterung, ihren Monarchismus und die Betonung der nationalen Gedanken überhaupt waren die Nationalsozialen von ihrer anfangs vorhandenen proletarischen Stimmung als „Brüder der Sozialdemokratie" abgelenkt worden. Der Wunsch Naumanns, den er 1896 aussprach: „Es ist die Partei der Arbeit, die wir gründen, nicht die Partei der Bildung" [174]), diese Hoffnung ist niemals in Erfüllung gegangen. Denn die Arbeitsziele veränderten sich; es wandelte sich auch die Zusammensetzung der Partei. Von einer Partei der Theologen und Arbeiter war der nationalsoziale Verein schon im zweiten Jahre regelrecht zu einer Vereinigung der Gebildeten geworden. Der gehobene Mittelstand, besonders die Lehrerschaft, hatte sich ihm angeschlossen. Auf ihre Belange wurde Rücksicht genommen durch ein Schulprogramm, das 1897 nach einem Referat des hervorragenden Jenaer Pädagogen Prof. Rein angenommen wurde [175]). Schon hier werden Forderungen für das Erziehungswesen ausgesprochen, die in der Nachkriegszeit allgemein durchdrangen, zum Teil aber auch kostspielige Experimentierkunststückchen preußischer Kultusminister geblieben sind, wie z. B. die pädagogischen Akademien. Es klingt in dem nationalsozialen Schulprogramm an der Gedanke der Beiräte, des gemeinsamen Volksschulunterbaus für alle Schularten und der obligatorischen Fortbildungsschule. Die letzte Forderung wird zwei Jahre später ebenso wie die nach Unentgeltlichkeit der Lehrmittel und Sorge für die allgemeine Volksbildung im nationalsozialen Gemeindeprogramm wiederholt. Für die Volksschullehrer selbst wird in dem Schul-

programm bessere Vorbildung, „rechte soziale Stellung", d. h. Gleichstellung mit den mittleren Staatsbeamten, und sogar „Errichtung pädagogischer Universitätsseminare mit Übungsschulen" gefordert. Die Lehrer an höheren Schulen begnügen sich mit der (finanziellen) Angleichung an den Richterstand. Die Frage: Konfessionsschule oder Simultanschule? wird in dem Programm geschickt umgangen. Die Familie soll darüber bestimmen, in welche Schule sie ihr Kind schicken will. — Es ist überraschend, wie weitgehend nach Jahrzehnten diese liberalen Vorschläge Verwirklichung fanden. Sie sind uns heute großenteils zu einer Selbstverständlichkeit geworden.

Der Verein hatte sich, wie man an seinem Schulprogramm sieht, ganz auf die Seite der Lehrer gestellt. Kein Wunder, daß diese *ihre* Partei in ihm sahen. Je mehr aber der Verein sich auf diese Art zu einer politischen Vertretung des gebildeten Mittelstandes entwickelte, desto mehr wurde auch sein Sozialismus zu einem „Sozialismus der Gebildeten". Der Bodenreformer Damaschke — ehemals Volksschullehrer — wurde nach Göhres Austritt zum 2. Vorsitzenden der Partei gewählt und ist es bis zur Auflösung des Vereins geblieben. Sein Einfluß hat bei der Politik der Nationalsozialen entscheidend mitgewirkt, denn er war der Anführer der bodenreformerischen Fähnleins innerhalb der Partei.

Wir haben früher gesehen, daß bodenreformerische Forderungen schon von den jüngeren Christlich-sozialen vertreten wurden. Keineswegs ist es also Damaschke allein, der die Bodenreform der nationalsozialen Partei vertritt. Und doch bekommt durch sein Erscheinen die bodenreformerische Bewegung der Nationalsozialen einen ganz anderen Schwung. Bodenreformerische Gedanken setzen sich durch im Kolonial- und im Landprogramm, mit besonderer Deutlichkeit zeigen sie sich auch im nationalsozialen Gemeindeprogramm, das 1899 nach einem Referat Adolf Damaschkes angenommen wird. Damaschke hatte die Bodenreform völlig in die Mitte seines Referates gestellt [177]). Gegen den unverdienten Mehrwert des Bodens, der ohne Arbeit und Verbesserung des Landes von dem Eigentümer in die Tasche gesteckt wird, wendet er sich mit Schärfe. Diese Zuwachsrente, die der Spekulant ohne Arbeitsleistung erhält, muß abgeschafft werden, sei es durch eine hohe Bauplatzsteuer oder ein Vorkaufsrecht der Gemeinde. Hinzu tritt die Sozialisierung solcher Betriebe, die den Bedürfnissen der Gemeinde dienen und monopolartigen Charakter tragen. Solche Betriebe sollen dann mustergültig geführt werden, was sich zeigen muß in der Sorge für das Wohl der darin Beschäftigten. Vor allem aber hat die Gemeinde für gute und billige Wohnungen zu sorgen.

Daß dieser Satz gegen den Hausbesitz gerichtet war, zeigt die Tätigkeit der Wohnungskommission der Partei, die sich auf die Seite der Mieter stellte und ihnen Selbsthilfe empfahl [178]), denn „der Hausbesitzer marschiert im Harnisch, aber der Mieter im Schlafrock“ [179]). Ihm dieses Bekleidungsstück auszuziehen, machen sich die Nationalsozialen zur Aufgabe. Sie wollen die Mieter organisieren und hoffen, daß sie dann bei Gemeindewahlen als Wähler der Partei dienlich sein können [180]).

Ganz in derselben Richtung, wie seine Sozialisierungsabsichten in den Gemeinden, liegt Damaschkes Antrag zum Kartellprogramm der Nationalsozialen, das auf dem 7. Vertretertag die Partei beschäftigt. Anknüpfend an den 5. Leitsatz des für den Vortrag über das Kartellwesen gewonnenen Referenten Alfred Weber verlangt er Brechung der Gefahr der Kartellbildung durch staatliche Kontrollierung der großen Verkehrsmittel und der Bodenschätze [181]).

Gerade dieses Kartellprogramm zeigt noch einmal deutlich, wo sich die Nationalsozialen befinden. „Die Kartelle sind Ausdrucksformen der Konzentrationsbewegungen des Kapitals. Eine Repressivpolitik gegen sie ist unmöglich“, sagt der erste Absatz [182]). Dieser Gedanke des allmählichen Zusammenwachsens der Betriebe zu einem großen Gebilde ist es, der auch der sozialistischen Lehre zugrunde liegt. Hier sind die Nationalsozialen auf dem Punkte angelangt, wo sie auf ihren früher mit so großer Begeisterung verfochtenen Gedanken der sofortigen Bekämpfung des Kapitalismus verzichten. Der ganze Verein steht hinter den Weberschen Thesen, die zum Programm erhoben werden [183]). Was ist mit den Nationalsozialen vorgegangen? Sie haben gelernt, daß sich die Entwicklung des Kapitalismus nicht aufhalten läßt. Sie stellen sich hierin auf die Seite der marxistischen Lehre, deren praktische Undurchführbarkeit sie einst mit so hohen Worten ablehnten. Traub hat den Gedanken mit der ihm eigenen Schärfe der Erkenntnis ausgesprochen: „Wir sind für Kapitalzusammenhäufung, für die großen Betriebe und werfen doch immer Steine in den Weg [184]).“ Damit ist geoffenbart, wie ganz anders die Nationalsozialen jetzt die wirtschaftliche Entwicklung betrachten. Modern wollen sie sein um jeden Preis. Also bejahen sie die unaufhaltsame Bewegung organisatorischer Zusammenfassung der industriellen Betriebe zu Großunternehmungen, die im Zuge der Zeit liegt. Und doch! Ganz vermögen sie nicht Schritt zu halten, weil sie zugleich den Nachteil der industriellen Entwicklung für die Arbeiter sehen. Deshalb vergessen sie nicht, auch von sozialreformerischen Maßnahmen zu reden. Das Neue gegen früher ist dies: sie,

die früher grundsätzlich Gegner des Kapitals waren, sind nun Anhänger der Privatwirtschaft geworden. Wir sind „für den Kapitalismus prinzipiell, aber in der Gesamterscheinung (wollen wir) Sozialismus für die, die der Kapitalismus nicht zu führen imstande ist“ [185]), sagt Naumann etwas unklar. Was heißt das? Es bedeutet, daß die Nationalsozialen nun den Weg der sozialistischen Theorie, der zu unendlich großen Betrieben führt, zwar mitgehen, aber die Überführung der Riesenunternehmen in die Hand des Staates nicht mehr mitmachen. Sie sehen jetzt die Wirtschaftsaufgabe des Staates darin, als Finanz- und Monopolmacht zum größten aller Kartelle zu werden, aber nicht, wie es die Sozialdemokratie will, die anderen Wirtschaftsgiganten zu verschlingen [186]). Mit dieser neuen Zielsetzung ist das von Damaschke geforderte Kontrollrecht des Staates gerechtfertigt. Auf der anderen Seite führt die neue Stellung der Nationalsozialen den Wirtschaftsdingen gegenüber zu der alten Folgerung: ist die Wirtschaft mächtig durch die Verbindung der Betriebe, so muß die Arbeiterschaft gestärkt werden durch gewerkschaftliche Organisation, durch Ausbau von Konsumvereinen etc. Also Freiheit der Wirtschaft zum Zusammenschluß, Freiheit des Arbeiters zur Organisation, das ist der liberale Trompetenstoß der Nationalsozialen. Indem sie ihn ausstoßen, unterscheiden sie sich um kein Tüttelchen mehr vom Sozialliberalismus.

Der Kampf um die Handelsverträge.

Agrarstaat oder Industriestaat? Schutzzollsystem oder Freihandel? Autarkie oder Internationale der Wirtschaft? Diese Fragen beschäftigen das letzte Jahrzehnt des neunzehnten Jahrhunderts mit Lebhaftigkeit. Bismarck war für Schutzzölle gewesen. Aus seinem konservativ-agrarischen Grundgefühl heraus hat er voll Mißtrauen Österreichs Versuche abgewehrt, die bundesgenossenschaftliche Intimität auszunutzen zur Erlangung von Zugeständnissen in Wirtschaftsdingen. Er sah in einem Handelsvertrag mit dem befreundeten Lande eine Stärkung der nichtdeutschen Agrarier der Donaumonarchie und stellte im letzten Kapitel des 3. Teiles seiner „Gedanken und Erinnerungen“ ein derartiges wirtschaftliches Entgegenkommen einer Tributzahlung Deutschlands gleich [187]). Der neue Kurs hat sich — wie in so vielen anderen politischen Fragen — nicht an die bewährte Bismarcksche Tradition gehalten. Bismarcks Nachfolger Caprivi glaubte, den Dreibund durch Abschlüsse von Handelsverträgen noch stärken zu können. Das Zollgesetz von 1879, in dem Bismarck die Höhe der Zölle nach Deutschlands eigenen Be-

dürfnissen zu regeln suchte, ohne auf das Ausland Rücksicht zu nehmen, dieser autonome Zolltarif wurde abgeschafft. Den Handelsverträgen mit den Partnern des Dreibundes sowie einer Reihe kleinerer europäischer Staaten, mit denen die neue Ära begann, folgte im Frühjahr 1894 ein solcher mit Rußland. Inzwischen aber war die konservativ-agrarische Opposition gegen diese Politik stark gewachsen. Der „Bund der Landwirte" war entstanden, in dem sich Großgrundbesitz mit Kleinbauerntum zusammenfand zum Schutz der gemeinsamen Interessen. Caprivi hatte im Reichstage keine sichere Mehrheit mehr hinter sich. Ein halbes Jahr später stürzte er über die Umsturzvorlage. Aber die Kämpfe um die Handelsvertragspolitik gingen weiter. Die deutsche Politik bewegte sich in Zickzackkurven. Auf Bismarcks Schutzzollsystem war Caprivis Freihandelspolitik gefolgt. Aber schon die Regierungen Hohenlohe und Bülow lenkten wieder ein und waren für „verstärkten Schutz der Landwirtschaft" zu haben.

Liberalismus und Sozialdemokratie hatten sich bei den Handelsvertragsverhandlungen die Hände gereicht; die Liberalen waren aus Grundsatz für derartige Politik, die Sozialdemokraten aus Interesse der von ihnen vertretenen Klasse. Wie sollte sich der neugegründete nationalsoziale Verein zu dieser lebenswichtigen Frage stellen? War ihm eine andere Haltung möglich als die der Nachbarparteien?

Zunächst konnte es so scheinen. Der Kreis um die „Christliche Welt", der die Grundlage für die neue Partei gebildet hatte, war zwar gegen den Großgrundbesitz, wie Äußerungen zeigen [188]), doch nicht gegen das Bauerntum. „Bauernstelle an Bauernstelle bis zur russischen Grenze" lautete ein berühmt gewordenes Schlagwort Naumanns. Aber der Bauer hat doch ein ebenso großes Interesse an Getreidezöllen (um die sich die Erörterung der Handelsvertragspolitik der Nationalsozialen fast ausschließlich dreht) wie der große Grundbesitzer? Das ist zunächst auch die Ansicht Naumanns, noch bevor der nationalsoziale Verein ins Leben tritt. Bei der Besprechung der sozialdemokratischen Landprogramms in der „Hilfe" [189]) kommt er noch 1895 zu dem Ergebnis, daß Zölle nötig seien, um den Bauernstand gesund zu erhalten. Hier kämpft er an gegen die „Kirchturmspolitik" der Sozialdemokraten, die nur das Interesse der Arbeiter im Auge haben und nicht auf das Wohl und Wehe der Volksgesamtheit Rücksicht nehmen.

Der nationalsoziale Vertretertag beschäftigte sich schon beim zweiten Zusammentritt mit der Agrarfrage [190]). Dabei trat die latifundienfeindliche Haltung deutlich hervor, schon in der Formulierung des Themas: „Die Er-

haltung der Kleinbauern“ [191]). Der Referent, selbst ein kleiner Landwirt, kam zu Ergebnissen, die den Nationalsozialen schon nicht mehr behagten. Zollschutz vor ausländischem Wettbewerb und Staatshilfe für die Landwirtschaft verlangte er, dazu gute Preise für das Getreide. „Alle Berufszweige werden einen gemeinsamen direkten Vorteil von einer Steigerung der Getreidepreise haben; der Landmann ist der natürlichste und beste Kunde der Gewerbetreibenden [192]).“ Das leuchtete manchen Nationalsozialen ein, aber Naumann warf die Frage in die Diskussion, ob nicht der Industriearbeiter durch die Zölle in Nachteil gesetzt werde. Von dem Rufe nach einem Getreidemonopol, das der Redner im Anschluß an den Antrag des Grafen Kanitz im Reichstag vertrat, wollte er nichts wissen. Er, der Demokrat, mißtraute dem Parlament, das den Getreidepreis in diesem Falle festzusetzen haben würde [193]). Schon war Naumann, der ja nach Göhres Urteil [194]) „in allen wichtigen Dingen der nationalsoziale Verein“ war, in seiner Ansicht über die Berechtigung der Zölle unsicher geworden. Auf die Frage Industriestaat oder Agrarstaat? antwortete er in seinem „nationalsozialen Katechismus“ ausweichend: beides sei nötig. Aber er neigte doch schon bedenklich zur Befürwortung des Industriestaates. Das Einkommen Deutschlands aus seiner Landwirtschaft könne nicht in dem Maße wachsen wie seine Bevölkerung [195]). Aber bald war sich der Vorsitzende der nationalsozialen Partei über die einzuschlagende Politik im klaren: „Wir wollen Handelsverträge“, rief er im Februar 1898 in der „Hilfe“ [196]). „Hohe Kornzölle rufen auf der anderen Seite hohe Industriezölle hervor. Sie wirken in doppelter Weise auf die Industrie, einmal durch Erhöhung der Kosten für die Lebenshaltung der Arbeiter und sodann durch Verengung des Absatzgebietes in den Ländern, die uns Getreide anbieten wollen.“ Diese Ansicht Naumanns ist auch die des bekannten Nationalökonomen v. Schulze-Gävernitz, der auf dem (3.) Darmstädter Parteitage zusammen mit Pohlmann über die Handelsverträge referierte [197]). Industrie bringt Geld ins Land, deshalb müssen ihre Belange geschützt werden. Und dem Arbeiter darf man sein Brot nicht verteuern. Fast alle Nationalsozialen stimmen dem zu. Sie stellen sich damit hinter die Politik der Regierung, die für eine Verlängerung der Handelsverträge eintrat. Teilweise wirkte bei Naumann die alte Einstellung noch nach, indem er durch den Kompromiß auch den abweichenden Meinungen gerecht zu werden sucht. „Innerhalb der Handelsvertragspolitik ist eine Förderung der Interessen der Landwirtschaft möglich und nach Kräften anzustreben“, beantragt er [198]). Aber die Fülle von Fragen erheischte ein eigenes

Agrarprogramm, das dem 5. Vertretertage (1900) vorgelegt wurde, nachdem eine eigene Kommission zur Vorbereitung desselben eingesetzt worden war. Mit Fleiß und Eifer türmte diese Material auf Material, Statistiken auf Statistiken. Drei Vorträge über dasselbe Thema hat der Leipziger Parteitag hintereinander über sich ergehen lassen müssen [199]), und doch schlief das Interesse daran nicht ein, wie die nachfolgende Debatte zeigte. Großgrundbesitz, Bauerntum und Tagelöhner wurden in den Reden jedes für sich vorgenommen. An den Latifundienbesitzern wurde kein gutes Haar gelassen [200]), ihre rücksichtslose Enteignung gefordert, obgleich man die wirtschaftliche Berechtigung dieser agrarischen Verfassungsform nicht abstreiten konnte [201]). Hier trat wieder die Bodenreform in ihre Rechte. Der Wald der großen Güter sollte Staats- oder Gemeindebesitz werden, etwaige Vorrechte sollten dabei wegfallen. Der „Leutenot" und der Landflucht wollte man abhelfen durch Siedlung. Reform des ländlichen Beleihungswesens wurde angestrebt. Das Bauerntum aber — das wurde im Entwurf zum Landprogramm ausdrücklich festgestellt [202]) — müsse eintreten für eine Industrialisierung Deutschlands und damit auch für Handelsverträge. Denn auf diese Weise setze es von seinen Erzeugnissen mehr ab und erziele bessere Preise.

Das klang anders als auf dem 2. Vertretertage! Hier war ein Bauernprogramm aufgestellt, aber es ging von ganz anderen Voraussetzungen aus und betrachtete die Lage mit anderen Augen, als die Nationalsozialen es bisher gewohnt waren. Obgleich ausgezeichnet durchgearbeitet, erscheint es in vieler Hinsicht doch reichlich akademisch.

Wir haben oben gesagt, daß auf die Freihandelszeit unter Caprivi bald wieder das wirtschaftspolitische Pendel der Regierung in schutzzöllnerischer Richtung ausschlug. Mitte 1901 wurde der neue Entwurf eines Zolltarifes bekannt, bei dem durch einen Minimalzoll die Landwirtschaft in etwa geschützt werden sollte unter Beibehaltung von Handelsverträgen mit dem Auslande. Gegen diesen Entwurf nahmen die Blätter der Mitte und der Linken sogleich den Kampf auf. Auch die Nationalsozialen beteiligen sich mit Heftigkeit daran. Bei der 6. Zusammenkunft (1901) wird nach längerer Begründung einstimmig ein Antrag v. Gerlachs angenommen, in welchem der Verein seine Freunde auffordert, „aus sozialen wie aus nationalen Gründen, in Wort und Schrift, durch Unterzeichnung von Petitionen und durch Besuch von Protestversammlungen, durch eigene Kundgebungen oder durch Unterstützung anderer alles zu tun, um den Zolltarif zu Fall zu bringen [203])." Das sei die wichtigste nationalsoziale Aufgabe des Augenblicks.

Dieser Aufforderung kam man selbst auf das Eifrigste nach: Der Verein und sein Vorsitzender stellen sich vollkommen in den Dienst des Handelsvertragsgedankens; so sehr, daß sich Naumann auf dem vorletzten Parteitage (1902) in längeren Ausführungen gegen den Vorwurf wehren muß, zu einseitig diesen Punkt in die Mitte geschoben zu haben [204]). Tatsächlich wandte er sehr viel Arbeit an die politische Auswertung seiner Erkenntnis: er kämpft nicht nur in der „Hilfe" gegen die Zollerhöhung, schreibt auch Broschüren gegen sie und beginnt zum Überfluß einen ausgedehnten Redefeldzug. Noch mehr: 1901 veröffentlicht er in der „Hilfe" eine Reihe von Aufsätzen seines nationalökonomischen Beraters und Spiritus Brentano, der sozialliberal war. Und Naumanns nationalsoziale Jünger? Hellmuth v. Gerlach und Kötzschke, beide Parteimitglieder von Anfang an, treten in den Dienst des Handelsvertragsvereins, jener „Schöpfung der freisinnig vereinigten Kommerzienräte", wie die Deutsche Tageszeitung den Verein spöttisch bezeichnete [205]).

Die Bodenreform hatte in dem nationalsozialen Landprogramm einen Sieg erfochten, zugleich aber auch der Liberalismus einen Erfolg errungen. Durch die Handelsvertragskampagne war der nationalsoziale Verein an die Seite der liberalen Parteien geführt worden. Es bedurfte nur noch eines kleinen Anstoßes, um ihn völlig mit diesen zu verschmelzen.

Der Weg zum Liberalismus.

Nicht nur bei dem Kampf um die Handelsverträge, in dem Flottenprogramm und bei der Zuchthausvorlage, auch sonst zeigte sich ein Wachsen der freundschaftlichen Neigungen der Nationalsozialen für den politischen Liberalismus. Sozialliberale Professoren wie Brentano, v. Schulze-Gävernitz und Rathgen wurden von ihnen zu Referaten auf den Parteitagen gebeten, obwohl sie — wenigstens zur Zeit ihres Vortrages — keineswegs der Partei angehörten. Der bürgerliche Liberalismus, dem man zu Beginn der eigenen Parteitätigkeit eingehend seine Sünden vorhielt [206]), wird allmählich etwas weniger verachtungsvoll behandelt. Schon 1898 fällt eine deutliche Neigung des Vereins für den Freisinn auf, als auf dem Parteitage der freisinnigen Vereinigung im Jahre 1899 dort ein Verständnis für die sozialen Aufgaben aufzudämmern scheint. Auf dem Frankfurter Vertretertage von 1900 kam es zu einer Diskussion der Frage: „Wie stehen die Nationalsozialen zum bürgerlichen Liberalismus?" Die Antwort lautete: „Die Nationalsozialen haben nach Maßgabe ihrer Kräfte die Aufgabe, innerhalb der liberalen Ge-

samtbewegung die Idee der einheitlichen Organisation von proletarischen und bürgerlichen Elementen zu stärken und müssen diejenigen Teile des Liberalismus und der Sozialdemokratie bekämpfen, die dieser Idee entgegenstehen [207])." Wieder wird Naumann zum Verfechter des neuen Grundsatzes. In seinem Buche „Demokratie und Kaisertum" will er den Liberalismus eingliedern in eine große Front, welche die Mitte und die Linke umfassen soll unter Führung des Kaisers. Es war ja eine der Haupthoffnungen, daß Wilhelm II. wieder den Gedanken eines sozialen Kaisertums aufnehmen werde. Dann würden sich Bürgerliche mit Sozialdemokraten zusammenfinden und einen einheitlichen Block bilden gegen das Agrariertum und für die industrielle Entwicklung.

Dieser Wunschtraum liegt auch Naumanns Referat über den „Niedergang des Liberalismus" auf dem Parteitage von 1901 zugrunde [208]). Noch einmal ruft er den Liberalismus auf, sozial zu werden und sich mit der Sozialdemokratie zu verbinden. Die Bereitschaft der Arbeiterpartei schien wahrscheinlich. Der Revisionismus innerhalb der Partei war besonders in Bayern unter v. Vollmars Leitung gewachsen und ergriff weitere Kreise. Eduard Bernstein forderte in einer Schrift [209]) Abwendung von den utopischen Zielen, die Naumann seinerzeit als „innerweltlichen Chiliasmus" bezeichnet hatte, und dafür praktisch politische Reformtätigkeit. Naumanns Konstruktion schien also keineswegs aussichtslos zu sein. Er glaubt an die Aufgabe des Liberalismus: „Deutschland dürstet nach wirklichem Liberalismus. Er tut uns not; nicht ein phrasenhafter, sondern volkdurchdringende liberale Gesinnung; und dabei ist das Volk an Liberalismus in erbärmlichster Weise ärmer geworden [210])." Woran liegt das? Die Schuld findet er bei den Liberalen selbst. Sie hätten sich für zu fein für den Arbeiter gehalten und seien ihm dadurch fremd geworden. Jetzt stehe die Sozialdemokratie als ein mächtiger Baum da. Wenn ein Bündnis zwischen ihr und dem Liberalismus geschlossen werden solle, so müsse die Arbeiterpartei darin die Führung haben. „Die große proletarische Massenorganisation bildet den Kern, um den herum die bürgerlich liberalen Elemente sich politisch werden gruppieren müssen, wenn eine Linke überhaupt entstehen soll [211])." Aber die Nationalsozialen sichern sich auch ihren Platz in der demokratisch-sozialistischen Einheitsfront, Seit' an Seit' mit der freisinnigen Vereinigung [212]). Sie wollen der „bürgerlichen Oberschicht" ihren Stempel aufdrücken, freundschaftlich mit denen gehen, die mit ihnen eines Sinnes sind, und ein Sammelbecken für die sozialliberalen Elemente der Mittelparteien bilden. Sie kämpfen für den großen

neuen Gedanken der Vereinigung — und sind in Wirklichkeit von „Brüdern der Sozialdemokratie", die sie anfangs waren, zu engen Verwandten des Freisinns geworden. Ihre Wahltaktik zeigt das mit Deutlichkeit.

Der nationalsoziale Verein bei den Wahlen.

„Vaterland, Freiheit, Sozialreform — ein deutsches Volk, einig in seinen Gliedern, alle froh ihres Anteils an den besten Gütern deutscher Bildung und Kultur, alle Arbeit ihres ehrlichen Lohnes und einer gesunden Heimstätte sicher: O Deutschland hoch in Ehren! Ja, es war uns heiliger Volksdienst, der uns in die Werbearbeit hineinführte, der auch bei den kärglichsten äußeren Mitteln keine anderen Grenzen kannte als die der körperlichen Leistungsfähigkeit." Damaschke hat diese Worte im Rückblick auf die nationalsoziale Zeit geschrieben [213]). In der Tat, es ist bewundernswert, wie sich die Nationalsozialen bei den Wahlen Mühe gaben, immer wieder, ohne Ermüdung, obgleich ein Mißerfolg den andern ablöste.

Gleich im zweiten Jahre nach der Gründung des Vereins wagte man es, sich an der Nachwahl im Wahlkreise Plön-Oldenburg-Segeberg zu beteiligen. Damaschke, vordem Redakteur der „Kieler Neuesten Nachrichten", eines in Schleswig-Holstein weitverbreiteten Provinzblattes, sollte von den Nationalsozialen für den 7. Reichstagswahlkreis Kiel aufgestellt werden [214]). Aber eine „Fügung" verhinderte den Vorsatz. Die erste Wahlversammlung sollte einberufen werden nach Preetz, einem Örtchen nahe bei Kiel, um Störungen von sozialdemokratischer Seite vorzubeugen. Aber in Preetz war kein Saal zu bekommen. Kurz entschlossen, verlegte man die Versammlung in das nur zwanzig Minuten entfernte Plön. Als nun die Redner Damaschke und Naumann dort eintrafen, da fand sich zum allgemeinen Erstaunen, daß Plön keineswegs mehr im Kieler Kreise lag, sondern schon zum 9. Reichstagswahlkreise Plön-Oldenburg-Segeberg gehörte! Noch mehr: gerade in diesem Wahlkreise war soeben der bisherige Abgeordnete gestorben und nun mußte — sieben Monate vor der neuen Reichstagswahl — hier eine Nachwahl stattfinden. Daher das große Interesse der Plöner Bevölkerung für die nationalsoziale Versammlung! Hier mußte ein rascher Entschluß gefaßt werden. Nach kurzem Bedenken sagte Naumann zu Damaschke: „Das ist eine Fügung. Wir proklamieren Sie einfach als Kandidaten für die bevorstehende Ersatzwahl, und dann versuchen wir, was wir können [215])." Das war ein kühner Husarenritt in diesem bisher von den Konservativen in Erbpacht genommenen Wahlkreise, in dem sich an Anhängern ganze fünf Leser von Nau-

manns „Hilfe“ und zwei von Damaschkes „Deutscher Volksstimme“ fanden. Sieben Freunde unter 22 000 Wählern! War man nicht drauf und dran, die Schwabenstreiche um einen weiteren zu vermehren? Wer so dachte, kannte nicht den Schwung und die Begeisterung, mit der die junge Partei sich ihren Aufgaben widmete. In den vier Wochen, die bis zur Wahl zur Verfügung standen, haben die Nationalsozialen nicht weniger als 84 Versammungen abgehalten, durch die allerdings noch nicht der zehnte Teil der 400 Orte des Kreises erfaßt werden konnte [216]), mußte man doch in den größeren Orten mehrfach hervortreten. Natürlich taten auch die Gegner im Wahlkampfe ihr Bestes, die junge Partei mundtot zu machen. Sie saßen ja sämtlich viel fester im Sattel als die Nationalsozialen, denen es an politischer Erfahrung und vor allem auch an Geld fehlte. Trotz alledem war der Erfolg der Wahl überraschend günstig: von den abgegebenen 16 210 Stimmen erhielten die Nationalsozialen 2 148 gegen 8 177 konservative und 2 695 sozialdemokratische Stimmen [217]). In alle alten Fronten hatte der nationalsoziale Gedanke gleichmäßig Bresche zu schlagen vermocht, wies er doch mit allen Programmen der alten Parteien Berührungspunkte auf.

Der Husarenritt war nicht mißglückt. Das Gepläukel hatte den Nationalsozialen zwar keinen Sieg gebracht, aber doch wenigstens einen Achtungserfolg, wie denn auch die Presse jeder Parteirichtung bestätigte [218]). Tatsächlich konnte dieses Ergebnis in einem von jeher als konservative Domäne bekannten Wahlkreise verblüffen und trug zu einer Erhöhung der wahlfreudigen Stimmung bei den Mitgliedern des nationalsozialen Vereins wesentlich bei. Darin lag eine große Gefahr, indem man sich nun für die bevorstehende Reichstagswahl von 1898 zu viel vornahm. In elf Wahlkreisen wurden nationalsoziale Kandidaten aufgestellt, von denen auch nicht einer durchkam. Die Gesamtzahl der für die junge Partei abgegebenen Stimmen betrug 27 000 [219]). Aber welche Losung nun für die Stichwahlen ausgeben? Sollte man für die Sozialdemokraten eintreten oder für die Liberalen?

Mit den Liberalen war die junge Partei gleich bei der Plöner Wahl scharf aufeinander geraten. Dr. Barth, der Führer der Freisinnigen Vereinigung, hatte von den Nationalsozialen gesprochen als von jungen Hühnern, „die schon vorlaut mitgackerten, aber noch kein Ei legen könnten.“ „Sie hätten einen Parteitag gehalten, und auf dem hätten sie sich gespalten. Sie seien noch viel zu jung; sollten lieber nach Hause gehen und erst etwas lernen, ehe sie mitsprächen [220]).“ Die gegenseitigen Sympathien konnten demnach nicht allzu groß sein.

Und doch! Als der Verein nach großer innerer Bedrängnis es den einzelnen Wahlkreisen freistellte, für wen sie in der Stichwahl eintreten wollten, da zeigte sich der Hang der Nationalsozialen zum Liberalismus, dessen geistiges Kind die junge Partei war. Mit einer einzigen Ausnahme trafen die elf Wahlkreise ihre Entscheidung für den bürgerlich-liberalen und gegen den sozialdemokratischen Kandidaten. Das entsprach auch der Zusammensetzung des Vereins, der die kleinbürgerlichen und die Wähler des gebildeten Mittelstandes besonders anzog. Die junge Partei war schon jetzt — im zweiten Jahre ihres Bestehens — ein gut Stück fortgeschritten auf dem Wege zum Liberalismus. Das hatte auch Naumann erkannt. „Wir haben im letzten Wahlkampfe manches hinzugelernt" sagte er im September 1898. „Man ist nach links härter geworden durch Stoß und Gegenstoß . . . Das Entweder-Oder der Wahl hat im allgemeinen die Linie schärfer gezogen als sie vorher war. Das schadet nichts; es ist nötig zu wissen, wen wir bekämpfen [221])."

Der Liberalismus war es jedenfalls nicht. Wir haben ja gesehen, wie sich die Nationalsozialen auch geistig immer mehr zu ihm hinentwickelten. So konnte die Verschmelzung mit der freisinnigen Vereinigung nach dem Mißerfolg bei den Reichstagswahlen von 1903 nicht wundernehmen.

Die Wahl war gut vorbereitet [222]), das Organisationsnetz ausgebreitet, der Parteiverein befestigt. In dem Wahlfonds befanden sich 50—60 000 Mark, die man gesammelt hatte. Trotzdem scheiterte auch diesmal der Kampf. Nur in einem von den dreizehn bearbeiteten Wahlkreisen, nämlich in Marburg, konnte man den nationalsozialen Kandidaten v. Gerlach in die Stichwahl mit dem konservativen bringen. Er erhielt 7 815 Stimmen mit Unterstützung des Zentrums und der Sozialdemokratie gegen 7 083 Stimmen seines Gegenkandidaten. In den übrigen Wahlkreisen waren insgesamt etwa 30 500 Stimmen für den nationalsozialen Verein abgegeben worden, also nur um 3500 mehr als fünf Jahre zuvor. Zu diesem Ergebnis hatte wesentlich die Tatsache beigetragen, daß bei der Verteilung der Arbeitsgebiete große parteitaktische Fehler gemacht worden waren. Naumann, der in dem Jenaer Wahlkreise seit 1898 bekannt war, bestand darauf, in Oldenburg I zu kandidieren [223]), also in dem bisherigen Arbeitsgebiete Damaschkes. Dafür sollte dieser das aussichtslose Jena in Angriff nehmen. Daß dieser Wechsel bei dem damals geltenden Persönlichkeitswahlrecht Gefahr bringen mußte, lag auf der Hand, und Damaschke hat sich denn auch dem Wechsel mit Recht anfänglich widersetzt. Aber er hielt Naumann die Treue und gehorsamte. Und das alles, weil dieser „die wirtschaftlichen Vor-

bedingungen (als Voraussetzung des Sieges D.V.) an Hand der Reichsstatistik geprüft" hatte!

Gewählt war nur Hellmuth v. Gerlach, von dem Naumann mit Selbsterkenntnis gesagt hat, er sei der einzige aus dem nationalsozialen Kreise, der zum Politiker geboren sei. „Denn wir sind viel zu viel mit dem Herzen bei der Sache [224])."

Organisation und Presse.

Wie kam es zu dem neuen Fehlschlag? Lag es etwa am Fehlen einer durchgebildeten Organisation, an dem Mangel einer nationalsozialen Presse? Werfen wir einen Blick auf das, was der Nationalsoziale Verein hier geleistet hat.

Eine Partei ist unmöglich ohne einen guten organisatorischen Aufbau Der nationalsoziale Verein, der ja nicht eigentlich aus Einzelgruppen heraus zum Leben erwacht war, sondern „gemacht" wurde, er mußte sich das Netz erst schaffen. Dazu diente das Organisationsstatut, das am letzten Tage der ersten Vertreterzusammenkunft 1896 beschlossen wurde und dem sozialdemokratischen nachgebildet war. Wie in jener Partei, so sollten auch bei den Nationalsozialen die einzelnen Reichstagswahlkreise zu dem jährlich einzuberufenden Vertretertage je fünf Delegierte schicken dürfen [225]). Neben dem siebenköpfigen engeren Vorstand, in dem Naumann alle Jahre hindurch den Vorsitz geführt hat, stand ein fünfköpfiger weiterer Vorstand von nicht in Berlin wohnenden Mitgliedern, eine Kontrollkommission und ein ständiges Vereinssekretariat.

Angesichts der Mitgliederzahl, die der Verein bei Beginn aufwies, kann man nur den außerordentlichen Mut bewundern, mit dem er sich in die Politik wagte. Im März 1897 zählte der Verein in ganz Deutschland ganze 350 Mitglieder [226]); die Kasse wies zur selben Zeit 300 Mark auf [227])! Die Mitgliederzahl hat sich dann aber verhältnismäßig rasch gehoben: im Mai desselben Jahres hatte sie sich bereits mehr als verdoppelt. Am Ende des ersten Vereinsjahres konnte man sogar stolz berichten, daß nunmehr in 153 Reichstagswahlkreisen Mitglieder vorhanden seien [228]). Auch weiterhin steigt die Zahl der Mitglieder bis in mehrere Tausende hinein [229]).

Verhältnismäßig ungünstig haben sich zu Anfang die Presseverhältnisse gestaltet. Was aber ist eine Partei ohne Zeitungen? — Die Nationalsozialen fingen noch vor Anfang ihrer Parteitätigkeit unter großen Opfern eine eigene Tageszeitung an mit dem Namen „Die Zeit", deren Mittel

(300 000 ℳ) zum Teil dem Kreise um die „Christliche Welt" entstammten [230]). Dazu versprach Naumann, zugunsten der „Zeit" seine „Hilfe" zu verkleinern, die nur mehr Volksblatt sein sollte, während die Zeitung auf die Gebildeten zugeschnitten wurde. Die Bezieherzahl schien gesichert, hatte es doch die „Hilfe" durch die gute Reklame der Stummschen Angriffe zu einem dauernd wachsenden Leserkreise gebracht. Die „Zeit" nun durfte hoffen, ihre Leserschaft unter den Anhängern Naumanns, den Mitgliedern des evangelisch-sozialen Kongresses und unter den Freunden der „Christlichen Welt" zu finden. Dazu kam, daß Oberwinder und v. Gerlach, bisher Redakteure des (alt-) christlich-sozialen „Volks" sich Naumann angeschlossen hatten und von ihm für die Redaktion gewonnen worden waren. Der Wunsch, daß diesen Schriftleitern ihre Leser folgen würden, ist nie in Erfüllung gegangen [231]). Auch Oberwinder war ein Fehlschlag. Er war bereits verbraucht und mußte nach einem halben Jahr des Bestehens der Zeitung abgefunden werden. Dafür trat Damaschke, der bis zum Frühjahr 1897 die „Kieler Neuesten Nachrichten" im nationalsozialen Sinne geleitet hatte, in die Redaktion ein, obgleich er zur selben Zeit die „Welt am Montag" erworben hatte [232]).

Trotz aller Anstrengungen konnte die „Zeit" nicht gehalten werden. Die finanzielle Decke war zu kurz. Überall mußte gespart werden. So brachte man die Nachrichten fast im Telegrammstil, um Papier zu sparen. Die geschäftliche Leitung versagte und Unregelmäßigkeiten kamen vor [233]). Der Konkurs drohte. Die Bitten um Geld hatten zwar Erfolg, aber die garantierten Summen reichten zur Weiterführung des Blattes nicht aus. Auch Damaschke, der in selbstloser Weise zugunsten der Zeitung seine soeben erworbene „Welt am Montag" wieder aufgab, konnte den Zusammenbruch nicht verhindern. So ist zum 30. September die letzte Nummer der „Zeit" — der nach Franz Mehrings Urteil „besten Zeitung" — erschienen, nachdem sie ein Jahr bestanden und es auf 6 000 Leser gebracht hatte.

Dieser Fehlschlag hat sich im Leben des Nationalsozialen Vereins sehr stark bemerkbar gemacht. Der Verlust wurde nicht mehr eingeholt, denn die Partei hat sich kein solches Zentralorgan mehr schaffen können. Die „Hilfe" ist zwar wieder in verstärktem Umfange erschienen und auch Tageszeitungen konnten gewonnen werden. So wurde 1898 in Hessen die demokratische „Hessische Landeszeitung" von Hellmuth v. Gerlach und 1899 in Hannover die dreimal wöchentlich erscheinende „Schüttorfer Zeitung" erworben. Ein begeisterter Nationalsozialer, der Großkaufmann Pohlmann, gründete in

Itzehoe den „Nordischen Kurier“ und in Württemberg wurde 1900 die Eßlinger „Schwäbische Rundschau“ Parteiblatt. An die Seite der „Hilfe“ trat 1901 eine neue Wochenschrift für die Gebildeten unter dem Namen der eingegangenen Tageszeitung. Aber schon nach zweijährigem Bestehen mußte das Blatt bei der Auflösung des Vereins aufgegeben werden, um sich mit der freisinnigen Zeitschrift Dr. Barths, der „Nation“, zu verschmelzen.

Dem nationalsozialen Gedanken dienten außerdem im Nebenamt: die „Straßburger Zeitung“, die „Thüringer Rundschau“ in Jena, der „Leipziger Generalanzeiger“, vor allem auch Damaschkes bodenreformerische „Deutsche Volksstimme“ und der „Volkserzieher“ von Wilhelm Schwaner.

Nebenher ging die Werbung für den nationalsozialen Gedanken durch Veranstaltung von unpolitischen Familienabenden und durch politische Versammlungen, die mit anerkennenswertem Eifer, aber geringen Geldmitteln, überall abgehalten wurden. Dabei kamen dem Verein die ausgezeichneten agitatorischen Begabungen, die in ihm vorhanden waren, sehr zustatten.

Die Parteischriften waren mannigfaltig. Meistens wurden sie aus Sonderdrucken der „Hilfe“ hergestellt, die dann guten Absatz fanden. Von Damaschkes Heftchen „Was ist nationalsozial?“ sind nach seiner eigenen Mitteilung [234]) ungefähr 250 000 Stück abgesetzt worden.

Und trotzdem der Mißerfolg zuletzt, als die Organisation gefestigt schien? Es waren nicht nur innere Gründe, die ihn hervorriefen. Die Nationalsozialen hatten es zwar verstanden, zu organisieren, in viel besserer Weise als Stoecker, aber es fehlte ihnen am „nervus rerum“. Fast in jedem Parteitagsprotokoll kehrten die Klagen darüber wieder. Auch günstige Erfolgsmöglichkeiten konnten aus diesem Grunde nicht ausgenutzt werden, ja das bittere Ende der hoffnungsvollen jungen Partei ist auf diesen Mangel an Geld zurückzuführen. Erst zehn Jahre später hat Naumann es eingestanden, was ihn bewog, 1903 ein so rasches Ende zu machen: „Ich persönlich habe damals das bestimmte Gefühl gehabt, daß es meine Kräfte übersteigen würde, noch weitere Jahre das Maß von Agitation, Organisation und Finanzsorgen zu leisten, unter dem ich fast zusammenbrach“ [235]). Agitation und Organisation — beides mußte Naumann in reichlichem Maße auch innerhalb der freisinnigen Vereinigung leisten. Der G e l d m a n g e l war schuld an dem plötzlichen Aufgeben der Arbeit.

Niederlage und Auflösung des Nationalsozialen Vereins.

„Wir Nationalsozialen kommen als geschlagene Truppe aus dem Kampfe". „Wir sind nicht imstande, die neue Partei zu gründen. Das ist bittere Klarheit, aber es ist Klarheit. Jetzt handelt es sich nicht mehr um den weiteren Versuch, Partei zu sein, sondern es handelt sich nur noch um die Vertretung eines politischen Gedankenganges, der dadurch nicht stirbt, daß er heute noch keine parteibildende Kraft hat ... Der ‚Bruder der Sozialdemokratie' war zu schwach, um sich zu halten. Die Gewalt des einmal vorhandenen großen Körpers ist ungeheuer. Überall haben wir diese Gewalt gefühlt." Es war endgültiger Verzicht und Übermüdung, die Naumann so sprechen ließ [236]). Die Niederlage hätte der nationalsoziale Verein vielleicht überstehen können. Aber die Worte des Führers, die sofort nach der Wahl in die Welt hinausgingen, brachen der Partei das Rückgrat. Wenn der Kapitän selbst ein „Wir sind verloren, rette sich, wer kann!" ruft, wie sollen dann die Matrosen das Schiff zum Ziele bringen?

Wochenlang tobte in der „Hilfe" der Meinungsstreit hin und her [237]), für und gegen die Selbstaufgabe. Aber der Vorstand des nationalsozialen Vereins handelte rasch. Drei Wochen nach der Wahl richtete Naumann aufgrund eines Mehrheitsbeschlusses des nationalsozialen Vereinsvorstandes die Anfrage an den Wahlverein der Liberalen, wie sich dieser zu einem etwaigen Anschluß stelle. Darauf erwiderte am 27. Juli der Vorsitzende des liberalen Wahlvereins Schrader im Namen seiner Parteifreunde: „Wenn die Mitglieder der nationalsozialen Partei unter Aufgabe ihrer Stellung als selbständige politische Partei sich dem Wahlverein der Liberalen durch Eintritt in denselben anschließen, so sind sie uns als vollberechtigte Mitglieder willkommen" [238]). Das war eine harte Forderung. Sie kam der Selbstaufgabe gleich. Der ehemals nationalliberale Abgeordnete Kulemann, der die Verständigung zwischen den Parteien vermittelt hatte [239]), war entsetzt über diese Übereilung und das Ergebnis. Er hatte — anfänglich unter großem Widerstande Naumanns — auf eine Annäherung in Form eines Kartells hingearbeitet, um die instinktive Abneigung vieler Nationalsozialer gegen die Partei der Börsenfürsten zu schonen. Aber Naumann hatte sichtlich die nationalsoziale Armutei satt und ging gleich aufs Ganze.

Der letzte nationalsoziale Vertretertag, der am 29. und 30. August 1903 in Göttingen zusammentrat, hatte eigentlich nur noch die Aufgabe zuzustimmen. Dabei war es in der Tat so, wie auch einer der Redner dort be-

tonte [240]): ein wachsender Mitgliederbestand (der sogar den der Freisinnigen Vereinigung zahlenmäßig übertraf), eine gute Organisation, zunehmende Vereinsmittel, Zunahme der Stimmen bei der Reichstagswahl, ein erster parlamenttarischer Sieg, Opferwilligkeit und Begeisterung, der bestbeschickte aller Vertretertage — und dennoch der Antrag des Vorstandes auf Aufgabe des nationalsozialen Hauptvereins. Es ist erklärlich, daß sich starker Widerspruch kundgab. Dieser Widerstand wurde geführt von den drei Vorstandsmitgliedern Damaschke, Wenck und Maurenbrecher, die sich ausdrücklich von der Anfrage an den Wahlverein der Liberalen ausgeschlossen hatten. Bitter wurde Naumanns Dolchstoß in den Rücken des Nationalsozialen Vereins beklagt, der es der Partei unmöglich machte, weiter zu bestehen, obgleich die Mehrheit dafür war. Bitter auch beklagte man die Mutlosigkeit der Führer, die die Flinte ins Korn geworfen hatten, jetzt, da ein erster, wenn auch kleiner Erfolg erreicht war. „An der Weigerung der Mitarbeit der Führer strandet die Fortführung unserer Parteigruppe — nicht an der Überzeugung der Mehrheit unserer Partei, die Partei fortführen zu können", sagte Wenck [241]).

Auch starker Widerstand gegen die zum Anschluß empfohlene liberale Partei machte sich geltend, gerade bei dem alten Stamm der Nationalsozialen, die von Anfang an mitgekämpft hatten. Sie fürchteten sich vor der erblichen Belastung mit der Geschichte des Freisinns. Aber Naumann beruhigte: „Wir gehen unter die Wächter der Volksfreiheit und des sozialen Fortschritts" [242]). Ein Anschluß an die Sozialdemokratie kam für ihn nicht mehr in Betracht, obgleich er in der Stichwahl Parole für den in seinem Wahlkreise aufgestellten Sozialdemokraten ausgegeben hatte.

Wie immer, so trug Naumann auch jetzt auf diesem letzten Vertretertage den Sieg davon. Seine glänzende Gabe zu vermitteln, die er so oft im Laufe der Jahre hatte betätigen müssen, seine eindringliche Überzeugungskraft gab sich auch hier kund, als gerade die bewährten Kämpen Fortführung der Arbeit verlangten. Einstimmig wurde sein Kompromißantrag angenommen: „Die bisherige Organisation des nationalsozialen Hauptvereins wird aufgehoben ... Die Fortdauer und der politische Anschluß unserer Orts- und Landesvereine hängt von deren eigener Entschließung ab" [243]). 111 Vertreter beschlossen, sich dem Wahlverein der Liberalen anzuschließen, ungefähr 50 nationalsozial zu bleiben, andere sich den Sozialdemokraten anzuschließen [244]), wieder andere, sich aus dem politischen Leben zurückzuziehen. Der einzige nationalsoziale Reichstagsabgeordnete v. Gerlach schloß sich im Reichstage als

Hospitant der neunköpfigen freisinnigen Vereinigung an. Die vor zwei Jahren erst entstandene neue Wochenschrift der Nationalsozialen „Die Zeit" ging ein zugunsten der „Nation", die von dem Führer der freisinnigen Vereinigung Dr. Barth herausgegeben wurde. Für Naumanns „Hilfe" wurde ein anderer Schriftleiter berufen. Es war eine Auflösung im vollsten Sinne des Wortes.

Freisinnig vereinigt.

Der Nationalsoziale Verein war der Sozialdemokratie unterlegen. Sie, die man einst abzulösen gehofft hatte durch eine große nationale und zugleich soziale Partei, war aus dem Wahlkampfe mächtiger denn je hervorgegangen. Wo war die Gruppe hingeraten, die den Mut gehabt hatte, sich wie David dem Goliath entgegenzustellen?

Die Gruppe der Kommerzienräte des Tiergartenviertels hatte sie aufgesogen, das „Berliner Tageblatt" wurde ihnen verschwägert. Nun konnte die Politik der liberalen Sammlung beginnen. Immer wieder war der Ruf dazu ergangen. Unter dem Eindruck des Bismarckschen Staatssozialismus war 1884 die deutsch-freisinnige Partei entstanden aus einem Zusammenschluß der deutschen Fortschrittspartei mit der liberalen Vereinigung [245]). Sie war eine Verkörperung manchesterlichen Denkens, das einen Eingriff des Staates in das freie Spiel der Wirtschaftskräfte ablehnte. Neben der freisinnigen Partei bestand die (Süd-) deutsche Volkspartei als sozialliberaler Flügel des linken Liberalismus. Er umfaßte die Kreise um die „Frankfurter Zeitung", die das Manchestertum der Freisinnigen bekämpften und in vielen Fragen an der Seite der Sozialdemokratie standen. Schon 1893 spaltete sich die deutsch-freisinnige Partei aus Anlaß der Heeresvorlage in die freisinnige Volkspartei und die freisinnige Vereinigung, die sich im liberalen Wahlverein eine Exekutive schuf. Bei den Wahlen von 1893 erhielt die freisinnige Vereinigung 13 Mandate, die sich 1898 auf 12 und 1903 auf 9 verringerten. Auch sie war also politisch nicht eben von hervorragender Bedeutung. Ihre Sozialpolitik war jüngeren Datums als die der Nationalsozialen. Erst seit 1901 hatte sie sich entschlossen, im Reichstag auch für staatssozialistische Forderungen einzutreten [246]). In früheren Jahren hatte gerade dieser Flügel des Freisinns für das Sozialistengesetz und gegen das Verbot der Sonntagsruhe gestimmt. Es waren insbesondere Richard Rösicke und Theodor Barth, die jetzt die sozialpolitische Richtung der freisinnigen Vereinigung angaben. v. Gerlach stellte ihr 1903 das Zeugnis aus, sie habe in fast allen sozialen Fragen

„praktisch eine Stellung eingenommen, wie sie nationalsoziale Abgeordnete auch kaum anders hätten einnehmen können“ [247]). „Wenn die freisinnige Vereinigung schon 1896 die Politik von 1902 betrieben hätte, so wäre es vielleicht überhaupt nicht zur Begründung des nationalsozialen Vereins gekommen. Wir verbinden uns heute nicht mit der freisinnigen Vereinigung, wie sie einst war, sondern mit der, wie sie ist“ [248]). Das war eitel Schönfärberei, die v. Gerlach betrieb und wegen der Fusion für nötig halten mochte. Denn in Wahrheit mußten die Nationalsozialen bei dem Zusammenschluß ihr bodenreformerisches Wesen verleugnen. Damaschke, die Seele der bodenreformerischen Wirksamkeit, wurde „wild“ und widmete sich ganz seiner Bodenreform. Wie sollte er auch anders? Eugen Richter, der Führer der freisinnigen Volkspartei, urteilte in einem Artikel „Fusion und Konfusion“ schadenfroh: „Die Forderungen der Bodenreformer auf Verstaatlichung des Bodens passen zu den Grundanschauungen der freisinnigen Vereinigung wie die Faust aufs Auge“ [249]). Und die Vereinigung selbst atmete auf: „Herr Damaschke macht die Fusion nicht mit. Dieser Entschluß wird im Lager der freisinnigen Vereinigung mit einem Gefühl der Erleichterung zur Kenntnis genommen. Herr Damaschke mit seinen volkswirtschaftlichen Phantasien und seiner Begönnerung des ländlichen Grundbesitzes würde sich ... auch gar zu seltsam ausgenommen haben“ [250]). Wahrhaftig, wie sollte er, der z. B. einer Verstaatlichung der Hypothekenbanken das Wort redete, in einer Partei mitarbeiten, die für die Vorrechte dieser Institute eingetreten war?

In allgemein politischer Beziehung dagegen hatte die freisinnige Vereinigung im Parlamente immer schon die Ansicht der Nationalsozialen vertreten, wie die Frage des allgemeinen Wahlrechtes, der Flotten- und Zuchthausvorlage und der Zolltarife zeigte. Gerade dieser letzte Gesichtspunkt dürfte es gewesen sein, der neben den persönlichen Beziehungen Nationalsozialer zu Handelsvereinlern bei dem Zusammenschluß mitsprach. „Uns hat der Freihandel zur Sozialpolitik geführt, Sie die Sozialpolitik zur Handelsfreiheit. Von entgegengesetzten Grundanschauungen ausgehend, stehen wir jetzt praktisch auf demselben Boden“, konnte der Freisinnige Dr. Barth schon Anfang 1902 sagen [251]). Das entsprach der Wirklichkeit: beide Parteien hatten je länger, desto stärker auf einander gewirkt. Die freisinnige Vereinigung war durch die Nationalsozialen sozial, diese durch die Vereinigung stärker liberal geworden. Aber beide Parteien ergänzten sich auch in anderer Hinsicht. Die Freisinnigen brauchten Blutauffrischung, die Nationalsozialen Geld, jene Jugend, diese die Tradition der alten Partei, die einen eine stärkere Veranke-

rung im Volke, die andere Einfluß im Parlament. Die Älteren hatten neue Gedanken für ihr Programm und für ihre Zeitungen nötig, die Jüngeren besaßen ein bis ins einzelne gehendes Programm, waren aber einer gefestigten Presse zu dessen Verbreitung bedürftig.

Ein Blick in die Zukunft.

Das traurige Ende des nationalsozialen Vereins hatte gezeigt, daß die Partei im Wesentlichen doch nur aus Jüngern Friedrich Naumanns bestanden hat, die von ihm und seinen geistreichen und bestrickenden Ideen gefangen genommen waren. Diese Anhängerschaft zerstob nun in alle Winde. Forschen wir den verschlungenen Wegen einzelner der bedeutenden Köpfe des nationalsozialen Vereins nach!

Maurenbrecher, einer der jüngsten, aber auch fähigsten Führer der Nationalsozialen führte ein Fähnlein, das Göhres Vorbild nachstrebte und sich der Sozialdemokratie anschloß. Maurenbrecher war innerhalb des nationalsozialen Vereins nach Göhres Austritt der Referent für die Bewegungen innerhalb des Sozialismus gewesen. Außer seinen Artikeln in der „Hilfe" hatte er auf dem vorletzten Vertretertag (1902) ein Referat gehalten über das „Aktionsprogramm des Sozialismus" [252]), in dem er die Hoffnung auf eine Entwicklung der Sozialdemokratie zum Staate hin setzte. Aber noch sah er das Heil allein bei den Nationalsozialen, die den Faden des sozialdemokratischen Revisionismus aufnehmen sollten. Noch war die Arbeiterpartei für ihn „Fortwursteln, Verödung und Versandung! Neue konstruktive Gedanken, ein Weg hinein in eine machtvolle Zukunft für den Sozialismus und die Arbeiterpartei ist dort nicht mehr zu finden" [253]). Jetzt, nach der Wahl verbrannte er, was er angebetet hatte, und betete an, was er einst verbrannt. Wie Göhre bald nach seinem Austritt in eine Polemik gegen die Nationalsozialen geraten war, so erklärte Maurenbrecher schon kurz nach seinem Übertritt es für „unmoralisch, bürgerlichen Patriotismus ... mit Arbeiteremanzipation zu verbinden" [254]). Aber Maurenbrecher hat dann doch bald dem äußersten rechten Flügel der sozialdemokratischen Partei angehört [255]). Anders als Göhre, der in der Partei blieb und es in der Nachkriegszeit bis zum Staatssekretär gebracht hat, verließ Maurenbrecher 1913 wieder die sozialdemokratische Partei aus Anlaß der Wehrvorlage. Unter dem Eindruck des Weltkrieges ist er in das nationale Lager übergetreten und hat sich nach dem Friedensschluß der deutschnationalen Volkspartei angeschlossen.

Eine ähnliche Entwicklung hat Gottfried Traub genommen. Dieser hat 1903 den Gang zur freisinnigen Vereinigung mitgemacht und ist durch sie ins preußische Abgeordnetenhaus gewählt worden. Auch *seine* politischen Anschauungen haben sich unter dem nationalen Erlebnis des Krieges gewandelt [256]). Er hat sich 1917 mit Schärfe gegen den Verzichtfrieden ausgesprochen, sich an der Gründung der Vaterlandspartei beteiligt und dabei Kapp kennengelernt. Von der fortschrittlichen Volkspartei trennte sich Traub. Er spielte dann eine wichtige Rolle bei der Gründung der deutschnationalen Volkspartei durch seinen Versuch, die Bildung zweier Parteien der Rechten zu verhindern, indem er den Grafen Westarp mit Stresemann zusammenbrachte. Diese Einigung ist an Stresemann gescheitert. 1920 beteiligte sich Traub am Kappunternehmen. Er wurde besonders bekannt als Herausgeber der „Eisernen Blätter" und der „München-Augsburger Abendzeitung".

Wie Gottfried Traub, so ist die weitaus überwiegende Mehrzahl der Nationalsozialen, die Sohm, Pohlmann, Rohrbach, v. Gerlach ihrem Führer Naumann auch in die freisinnige Vereinigung hinein gefolgt. In ihr spielte besonders v. Gerlach eine gewisse Rolle, hatte er doch das einzige Reichstagsmandat der Nationalsozialen inne. Aber auch er hat sich nach einigen Jahren von Naumann getrennt.

Naumann selbst hat sich in den Jahren nach 1903 dem Gedanken der liberalen Einigung verschrieben. Besonders eng arbeitete er hier mit dem Führer der freisinnigen Vereinigung zusammen, Dr. Barth. Aber beide bemühten sich zugleich auch um eine Annäherung der Sozialdemokratie an den Staat. „Die Erneuerung des Liberalismus" nennt sich ein von beiden 1906 gemeinsam herausgegebener „politischer Weckruf", in dem sie ihre Ideen vertreten. Ein Jahr vorher aber hatte sich der rechte Flügel der freisinnigen Vereinigung abgespalten. Trotzdem schien sich der Gedanke der Einigung seinen Weg zu bahnen [257]), als 1907 sich die drei linksliberalen Parteien im Reichstage zu einer Fraktion zusammenschlossen und in den Bülow-Block eintraten, der von den Konservativen bis zu den Linksliberalen reichte, aber nur kurze Zeit Bestand hatte. Die Beteiligung an der Blockpolitik zeitigte für den Linksliberalismus zweierlei Folgen: am 5. März 1910 vereinigten sich die freisinnige und die (süd-) deutsche Volkspartei mit der freisinnigen Vereinigung zu einer fortschrittlichen Volkspartei. Und die andere Frucht der Blockpolitik: der äußerste linke Flügel der freisinnigen Vereinigung, nämlich v. Gerlach und Barth traten 1907 aus der Fraktionsgemeinschaft der drei liberalen Parteien aus und gründeten die demokratische Vereinigung, die in-

dessen politisch vollkommen bedeutungslos blieb. Barth ist schon zwei Jahre darauf gestorben und v. Gerlach wurde 1907 nicht mehr in den Reichstag gewählt.

Naumann dagegen, den die freisinnige Vereinigung nach Möglichkeit kaltgestellt hatte, wurde 1907 durch die rege Arbeit eines Kreises alter Nationalsozialer von Heilbronn aus in den Reichstag gewählt. 1914 hat sich ihm das verwirklicht, worum er so lange Jahre mit Aufwendung seiner ganzen Kraft gerungen hatte: die Bejahung des Staates durch die Sozialdemokratie. Aber nicht er hatte das Verdienst daran. Es war die große Schicksalsstunde des deutschen Volkes, die für kurze Zeit alle Parteien einigte zum Dienst am Vaterlande, und deren beredter Ausdruck der Ausspruch des Kaisers war: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche!" In die Wogen der nationalen Begeisterung hinein warf Naumann sein Buch „Mitteleuropa", und Deutschland griff die Worte des „Doktors germaniae" begierig auf, sie, die doch in einem so scharfen Widerspruch zu der Staatsweisheit Bismarcks standen. In den Tagen des Zusammenbruches, als Deutschland aus den Fugen zu gehen drohte, da bahnte Naumann den Weg zu neuer politischer Gestaltung. Er half, die deutsche demokratische Partei begründen und wurde ihr erster Vorsitzender. Er hat noch in der Nationalversammlung mitgewirkt und ist dann, auf diesem Höhepunkte seines Lebens angelangt, plötzlich am 24. August 1919 gestorben.

„Naumann war ein großer Deutscher in der Politik, aber er war kein großer Politiker. Wie Rathenau mehr Philosoph als Politiker, so war er mehr Künstler als Politiker. Ein Redner und ein Schriftsteller von Gottes Gnaden, wäre er berufen gewesen, als Professor der deutschen Jugend neue Wege zu neuen Idealen zu weisen. Als Politiker zwang er sich manchmal zu einem Machiavellismus, der seiner innersten Natur zuwider war. Das Beste an ihm kam dabei in Bedrängnis. Und auch der Erfolg blieb aus, weil er auf krummen Wegen nicht Bescheid wußte". So hat Hellmuth v. Gerlach über ihn geurteilt [258]), er, der wohl am ersten sich ein Urteil über den Politiker Naumann erlauben durfte. In der Tat, Naumann war ein Prophet und ein Bekenner, aber nicht eigentlich ein Politiker. Er strebte nach parlamentarischer Wirksamkeit. Als aber endlich der Weg ihm eröffnet war und er auf der Rednertribüne des deutschen Volkes stand, da wurde er erdrückt von dem Kleinkram der politischen Aufgaben und eingeengt von den Schranken des Parteiprogramms. Was hätte er leisten können in einem politischen Verein, der über und neben den Parteien stand und nicht nach

parlamentarischem Einfluß jagte! Er hätte alle Parteien angeregt und sich selbst eine ganz andere Plattform geschaffen für seine Ideen. Er hätte nicht in einem engen Ställchen politisch laufen lernen müssen, sondern er hätte das ganze deutsche Volk zum Zuhörer seiner wundervollen Reden gehabt, den Arbeiter und den Gebildeten, den Sozialdemokraten und den Konservativen. Stresemann, der ja auch dem Nationalsozialen Verein angehört hatte (seit 1901), hat diesen Gedanken in Worte gefaßt [259]): „Wäre Friedrich Naumann der Vorsitzende des nationalsozialen Vereins geblieben, der geistige Anreger und der geistige Prophet, vielleicht wäre seine Stellung in Deutschland viel stärker geworden als nun, da er ... den Weg zur freisinnigen Vereinigung ging ... Wie ganz anders sprach die feurige Glut des jungen Pastors zur Jugend der damaligen Tage als die Rede des Parteiredners ... Die Glocken, die einst Naumann läutete und die Sturm über die Lande trugen und aufjauchzende Begeisterung entfachten, die verstummten später, als nur noch die Partei bestimmte, welche Glocken geläutet werden durften."

Naumann hat auf seine Generation gewirkt wie kaum ein zweiter. Er versuchte das zu verwirklichen, was vor ihm Louis Napoleon als Präsident und dann als Kaiser in Frankreich erstrebt hatte [260]): den Arbeiter mit der Monarchie zu befreunden, Demokratie und Kaisertum zu verschmelzen. Naumann sprach zum Arbeiter: werde national! und zum Gebildeten: denke an deine soziale Aufgabe! Er hatte seine Zeit begriffen, die Zeit des Industrialismus und der Weltmachtpolitik, die Zeit des wirtschaftlichen Aufschwungs und deren Erfordernis: die geistige Umprägung. Daß seine Gedanken nicht ausführbar waren, lag an seiner Zeit und an den politischen Gegebenheiten, deren er sich bediente. Daß die Vereinigung des nationalen und des sozialen Gedankens zukunftsreich war, das zeigt jener große Heerbann, der heute unter dem nationalsozialistischen Banner marschiert, aber freilich auf einem ganz anderen politischen Boden. Der Krieg mußte kommen, der Umsturz, die Not und die Versklavung, um der marxistischen Arbeiterfront eine nationale entgegenzusetzen, um auch den sozialdemokratischen Arbeiter mit dem Staate zu versöhnen.

(Abgeschlossen am 4. Januar 1933).

Anmerkungen und Nachweise.

[1]) Ferdinand Lassalle, zitiert bei Damaschke („Zeitenwende") a. a. O. S. 47.
[2]) Paul Göhre in der CW III, 1889, Nr. 49, Sp. 978 (Artikel: „Was tun wir gegen die Sozialdemokratie?").
[3]) Rade in der RGG, 2. Aufl., Bd. I (Art.: „Christliche Welt").
[4]) Rade, der Herausgeber der CW von 1887—1932 und ihr Begründer, hat sich gegen die Anwendung des Begriffes „liberal" auf die CW immer wieder heftig gewehrt. Man wird trotzdem diese Katalogisierung vornehmen müssen, denn es ist der Fortschritts- und Entwicklungsgedanke, dem die CW dienstbar ist.
[5]) vgl. Rades Art. „Ritschlianer" in der RGG 2. Aufl. Bd. II, Sp. 2047.
[6]) Drews: „Johann Hinrich Wichern und die christlich-soziale Bewegung", CW X, 1896, Sp. 654.
[7]) ders. ebenda Sp. 656 ff.
[8]) Das etwa ist Naumanns Gedankengang in seinem Aufsatz in der CW II, 1888, S. 403—5, 421—5, 438—40. Vgl. dazu die Kritik H. v. Schuberts S. 489—92 und S. Ecks S. 499—502.
[9]) vgl. daneben auch Naumanns „Soziales Programm der evangelischen Kirche" a. a. O. S. 100, 110 f. Hier eine stärkere Betonung des christlichen Familiengedankens gegenüber der Sozialdemokratie.
[10]) vgl. Drews: „Können soziale Zustände ein Hindernis christlicher Charakterentwicklung sein?" CW VIII, 1894, Sp. 8—13, bes. Abschn. 3. Ferner Naumann und Göhre verschiedentlich.
[11]) Naumann: „Was tun wir gegen die glaubenslose Sozialdemokratie"? a. a. O. S. 3.
[12]) vgl. Göhre: „Die gegenwärtige Entwicklung des Sozialdemokratismus zur anarchistischen Weltanschauung." CW III, 1889, Sp. 447—53, 464—9, bes. Abschn. 3. Ferner Eck: „Die Stellung der Sozialdemokratie zur Religion und ihre Bedeutung für die Zukunft der evangelischen Kirche." CW VI, 1892, Sp. 303—10.
[13]) vgl. Rade: „Ein halb vergessenes Stück Christentum". CW VI, 1892, Sp. 89—90, 113—5, 129—32, 153—5, 177—80, 284—6.
[14]) vgl. Göhre: „Drei Monate . . ." a. a. O. S. 170 f.
[15]) ders. ebenda S. 176.
[16]) Naumann: „Christlich-sozial" in dem Sammelband „Was heißt . . ." I. Heft, 2. Aufl. S. 12.
[17]) vgl. Drews: „Können soziale Zustände ein Hindernis christlicher Charakterentwicklung sein?" CW VIII, 1894, Sp. 8—13, bes. Abschn. 3 f.

Ferner Göhre: „Die gegenwärtige Entwicklung des Sozialdemokratismus zur anarchistischen Weltanschauung." CW III, 1889, Sp. 447—53, 464—9, bes. Abschn. 3.
Ferner Naumanns „Soziales Programm der evangelischen Kirche" a. a. O. S. 6.

[18]) vgl. Rade: „Drei Erklärungen". CW IV, 1890, Sp. 260—1.

[19]) vgl. Naumann: „Christlich-sozial" in dem Sammelbande „Was heißt . ." I. Heft, 2. Aufl., S. 17.

[20]) vgl. Zollmann: „Soziale Predigten in England". CW V, 1891, Sp. 63—6.

[21]) Fast jeder Jahrgang der CW beschäftigt sich mit englischen Verhältnissen, sei es, daß Stücke von Kingsley und Robertson übersetzt werden oder das Verhalten von Kirche und Geistlichkeit der sozialen Frage gegenüber betrachtet wird.

[22]) vgl. Eck: „Die Stellung der Sozialdemokratie zur Religion und ihre Bedeutung für die Zukunft der evangelischen Kirche." CW VI, Sp. 303—10. Ferner Lorenz: „Religion und Sozialdemokratie." CW X, 1896, Sp. 893—901, 913, 919.

[23]) ders. ebenda.

[24]) vgl. Göhre: „Drei Monate . . ." a. a. O. S. 216.

[25]) vgl. Rade: „Sollen wir in öffentlichen Volksversammlungen, insbesondere mit den Sozialdemokraten, über die Religion streiten?" CW VIII, Sp. 449—55.

[26]) vgl. Bierling: „Die Predigtaufgabe unsrer Kirche gegenüber der Sozialdemokratie." CW VI, 1892, Sp. 231—240.

[27]) vgl. Göhre: „Was tun wir gegen die Sozialdemokratie?" CW III, 1889, Nr. 49, Sp. 978.

[28]) vgl. Naumann: „Christlich-sozial" in dem Sammelband „Was heißt . . ." a. a. O. I. Heft, 2. Aufl. S. 17 (Der Aufsatz ist aber bereits vor 1894 erschienen!).

[29]) ders. ebenda S. 18.

[30]) Naumann: „Unsere Stellung zur Sozialdemokratie." CW VII, 1893, Sp. 910.

[31]) Naumann: „Christlich-sozial" in dem Sammelband „Was heißt . . ." a. a. O. I. Heft, 2. Aufl. S. 6.

[32]) vgl. Naumann: „Unsere Stellung zur Sozialdemokratie." CW VII, 1893, Sp. 910.
Ferner Naumann: „Christlich-sozialer Geist" CW VII, 1893, Sp. 529—535.

[33]) Naumann: „Unsere Stellung zur Sozialdemokratie." CW VII, 1893, Sp. 958.

[34]) ders. ebenda Sp. 959.

[35]) vgl. Naumann: „Christlich-sozial" in dem Sammelbande „Was heißt . . ." a. a. O.

Ferner Naumann: „Christlich-sozialer Geist" CW VII, 1893, Sp. 530—5.

[36]) vgl. Naumann: „Christlich-sozial" in dem Sammelbande „Was heißt . . ." a. a. O. S. 19 ff.
Zum folgenden vor allem Naumanns „Arbeiterkatechismus" a. a. O.

[37]) vgl. Naumann: „Unsere Stellung zur Sozialdemokratie" CW VII, 1893, Abschn. 6: Das Problem der Sozialdemokratie Sp. 939—941.

[38]) Naumann: „Soziale Briefe" a. a. O., S. 10.

[39]) ders. ebenda S. 46 und mehrfach. „Arbeiterkatechismus" S. 25 f.

[40]) Der Aufsatz ist von Naumann und steht CW VII, 1893, Sp. 220—5.

[41]) ders. ebenda Sp. 222.

[42]) vgl. Naumann: „Jesus Christus" in dem Sammelbande „Was heißt . . ." a. a. O., I. Heft, 2. Aufl. S. 97 f.
Ferner Naumann: „Jesus als Volksmann" a. a. O.
Ferner Naumann: „Christlich-sozial" in dem Sammelbande "Was heißt . . ." a. a. O. S. 6—11.
Ferner Naumann: „Christlich-sozialer Geist" CW VII, Sp. 529—35.

[43]) Naumann: „Jesus als Volksmann" a. a. O. S. 8.

[44]) Naumann: „Christlich-sozialer Geist" CW VII, 1893, Sp. 530.

[45]) Naumann: „Christlich-sozial" in dem Sammelbande „Was heißt . . ." a. a. O. S. 2.

[46]) vgl. zum folgenden: Wenck „Friedrich Naumann" a. a. O.
Ferner Margarete Naumann: „Friedrich Naumanns Kindheit und Jugend" a. a. O.

[47]) in seinem Aufsatz über Johann Hinrich Wichern, erschienen in der Zeitschrift „Evangelisch-sozial" 1908, Nr. 2, abgedruckt in dem Sammelband „Gestalten und Gestalter" a. a. O. S. 102.

[48]) Rade: „Unsere Stellung zu Naumann" CW X, 1896, Sp. 41—5.

[49]) vgl. Battenbergs Bericht über den „Erfurter Delegiertentag des ‚nationalsozialen Vereins'" CW X, 1896, Sp. 1160—3.

[50]) vgl. CW X, 1896, Sp. 1253—4.

[51]) Das ergibt sich aus einem Vergleich der Autorenverzeichnisse der Zeitschrift mit der Anwesenheitsliste des Vertretertages der neuen Gründung.

[52]) Rade in der CW XIV, 1900, Sp. 472 f.
vgl. auch Naumanns „Selbstverteidigung" ebenda Sp. 522—5.

[53]) Rade: „Das Ende der nationalsozialen Partei" CW XVII, 1903, Sp. 949—52.

[54]) vgl. hierzu Göhre: „Die evangelisch-soziale Bewegung" a. a. O. S. 108—135.
Ferner Wenck: „Die Entwicklung der jüngeren Christlich-sozialen", „Patria" a. a. O. 1901, S. 42—8.

[55]) Es waren die Pastoren Theodor Traub in Stuttgart, Wenck in Karlsruhe, Lehmann in Mannheim, Götz in Köln, Lorenz in Erfurt, Ebert in Hamburg, Naumann in Frankfurt und Dr. Scheven in Dresden.

[55a]) vgl. v. Oertzen: „Von Wichern bis Posadowsky" a. a. O. S. 192.

[56]) vgl. Wenck: „Die Entwicklung der jüngeren Christlich-sozialen", „Patria" a. a. O. 1901 S. 49 f.
Ferner Göhre: „Die evangelisch-soziale Bewegung" a. a. O. S. 159 ff.
Ferner Frank: „Adolf Stoecker" a. a. O. S. 316—323.

[57]) vgl. auch „Hilfe" I, 1895, Nr. 2, S. 3.

[58]) vgl. seine Erklärung vom 6. Mai 1896, in der er sich von Naumann trennt.

[59]) vgl. v. Gerlach: „Erinnerungen" a. a. O. S. 87 f.

[60]) in einem Aufsatz über Stoecker, abgedruckt von Heuß in dem Sammelbande „Gestalten und Gestalter" a. a. O. S. 106.

[61]) zu dem folgenden Abriß, vgl. vor allem Frank a. a. O. S. 316—38, 340—7, ferner auch v. Oertzens Stoecker-Biographie.

[62]) „Der Versucher" war ein Artikel gegen Naumann überschrieben (in der Konservativen Korrespondenz vom 13. Juni 1894).

[63]) vgl. seine Erklärung. Wortlaut in der „Hilfe" I, 1895, Nr. 2 S. 3.

[64]) wahrscheinlich falsch zitiert von dem Verfasser des Aufsatzes. Das bekannte Lied von v. Bogatzky spricht vom „Geist der ersten Zeugen".

[65]) in einem Artikel über „Dilettantismus". CW IX, 1895, Sp. 244—9. Das Zitat findet sich Sp. 245.

[66]) vgl. nur die Gedichte Naumanns im I. Jahrgang der „Hilfe" Nr. 8, S. 7, Nr. 11, S. 6.

[67]) bes. v. Nathusius a. a. O. S. 32 ff. Vgl. auch Harnacks Abwehr in der „Hilfe" II, 1896, Nr. 25, S. 2 ff.

[68]) vgl. „Hilfe" II, 1896, Nr. 1, S. 4 f. (Gegen diese Bezeichnung).

[69]) vgl. „Hilfe" II, 1896, Nr. 3, S. 2—4.

[70]) Rede des Direktors des Sangerhäuser Gymnasiums Prof. Dr. Dannehl bei der Schulfeier zu Kaisers Geburtstag 1896. (Nach dem Bericht der Nordhäuser Zeitung abgedruckt in der „Hilfe" II, 1896, Nr. 7, S. 6).

[71]) vgl. zum folgenden Hohlfeld a. a. O. S. 271 ff.

[72]) vgl. die in der „Hilfe" (I, 1895, Nr. 9, S. 3—4) abgedruckten Erklärungen.

[73]) Stenogr. Berichte a. a. O. S. 98.

[74]) ebenda S. 209.

[75]) ebenda S. 729.

[76]) Man vgl. z. B. seine Saarbrückener Rede am 12. April 1896.

[77]) vgl. hierzu die Darstellung bei Frank a. a. O., bes. über die Wirkung des Telegramms auf Stoecker.

[78]) im Anzeigenteil der „Hilfe" vom 20. Jan. 1895 (I, Nr. 3).

[79]) Bei ihrem Erscheinen betrug sie nach Naumanns Angaben (in Nr. 2 der „Hilfe" II, 1895, S. 3) ungefähr 4 750. Ein Jahr später hatte die Zahl bereits 12 000 überschritten (vgl. „Hilfe" II, 1896, Nr. 8, S. 7).

[80]) in der Sitzung vom 8. Febr. 1895. Wortlaut Sten. Ber. a. a. O. S. 740—5.

[81]) „Hilfe" I, 1895, Nr. 10, S. 1.
[82]) 1895, Nr. 7.
[83]) „Hilfe" I, 1895, Nr. 23, S. 2.
[84]) „Hilfe" I, 1895, Nr. 28, S. 2.
[85]) „Hilfe" I, 1895, Nr. 47, S. 1.
[86]) „Hilfe" II, 1896, Nr. 13, S. 1 f.
[87]) „Hilfe" II, 1896, Nr. 1, S. 1.
[88]) „Hilfe" II, 1896, Nr. 1, S. 2.
[89]) „Das Recht eines christlichen Sozialismus" CW VIII. 1894, Sp. 479.
[90]) „Hilfe" I, 1895, Nr. 45, S. 2 f.: „Unsere Organisation".
[91]) vgl. „Hilfe" II, 1896, Nr. 7, S. 2.
[92]) vgl. Göhre: „Der national-soziale Verein"
("Soziale Praxis" VI, Sp. 223—8).
[93]) vgl. z. B. „Hilfe" II, 1896, Nr. 42, S. 2.
[94]) „Hilfe" II, 1896, Nr. 48, S. 1.
[95]) vgl. Marianne Weber: „Max Weber" a. a. O. S. 233.
[96]) Protokoll I, S. 48.
[97]) ebenda S. 49.
[98]) vgl. Protokoll I, S. 64 f.
[99]) Protokoll I, S. 39.
[100]) vgl. Bergsträßer a. a. O. S. 102.
[101]) vgl. Bergsträßer a. a. O. S. 62.
[102]) Protokoll I, S. 66.
[103]) ebenda S. 66.
[104]) ebenda S. 52.
[105]) ebenda S. 60 ff.
[106]) vgl. Nr. 40, S. 2 im Jg. II, 1896.
[107]) vgl. Naumanns Rede, Protokoll I, S. 40 f.
[108]) vgl. Naumann: „Nationalsozialer Katechismus" a. a. O. S. 12.
[109]) vgl. Naumanns Rede, Protokoll I, S. 42 f.
[109a]) S. 8.
[110]) ebenda S. 20.
[111]) ebenda S. 24.
[112]) ebenda S. 22.
[113]) vgl. Naumanns Auslassung, Protokoll I, S. 44.
[114]) vgl. Naumanns Entwurf, Protokoll I, S. 38 f.
[115]) Protokoll I, S. 36, 37.
[116]) ebenda S. 51.
[117]) ebenda S. 40.
[118]) ebenda vor S. 1.
[119]) vgl. Protokoll I, S. 68.
[120]) vgl. Naumanns „Nationalsozialen Katechismus" a. a. O. S. 18.
[121]) ebenda S. 19.
[122]) vgl. Protokoll VII, S. 32.

[123]) in seinem politischen Jahresbericht, Protokoll II, S. 47.
[124]) nämlich die Vossische Zeitung. Vgl. „Hilfe" III, 1897 Nr. 41, S. 4.
[125]) Die nationalliberale „Nationalzeitung".
Vgl. „Hilfe" III, 1897, Nr. 41, S. 4.
[126]) Der Wortlaut des Aufrufs dazu findet sich in der „Hilfe" II, 1896, Nr. 50, S. 5.
[127]) vgl. „Hilfe" II, 1896, Nr. 51, S. 7.
[128]) Neben Sohm W. v. Blume, Carl Sartorius, Karl Rathgen.
[129]) vgl. den Wortlaut der eingebrachten Resolution: Protokoll II, S. 6 f.
[130]) Sohms Rede in der Diskussion: Protokoll II, S. 53.
[131]) vgl. Protokoll II, S. 53.
[132]) Sohms Diskussionsrede: Protokoll II, S. 52 f.
[133]) vgl. Göhres Diskussionsrede: Protokoll II, S. 54 f.
[134]) Dieses boshafte Urteil fällte die „Konservative Korrespondenz" in diesem Zusammenhange über Naumann, das aber auf seine Person nicht zutrifft, wohl aber auf die Situation. („Hilfe" III, Nr. 41, S. 3).
[135]) Wortlaut in Protokoll II, S. 62 f.
[136]) Protokoll II, S. 31.
[137]) ebenda S. 36.
[138]) Aber die Kontroverse Sohm-Göhre geht dann in der „Hilfe" (IV, 1898) weiter. Die Nummern 28—32 stehen unter ihrem beherrschenden Einfluß.
[139]) Wortlaut bei Rachfahl a. a. O. S. 172.
[140]) zum folgenden vgl. Protokoll IV, S. 38 f.
[141]) Naumann: Protokoll IV, S. 38.
[142]) durch ein Referat des Lithographen Tischendörfer über die „Arbeiterschaft und die Gebildeten" Protokoll VI, S. 45—52.
[143]) zum folgenden vgl. Naumanns Rede auf dem 3. Vertretertage (Protokoll III, S. 56—67), ferner sein Buch „Demokratie und Kaisertum" S. 160—191, auch seinen Vortrag über „Die Politik Kaiser Wilhelms II." a. a. O.
[144]) Protokoll III, S. 62.
[145]) vgl. Protokoll III, S. 64 f.
[146]) Protokoll III, S. 66.
[147]) Jg. IV, 1898, Nr. 31, S. 2.
[148]) von Wenck eingebracht. Wortlaut: Protokoll III, S. 20.
[149]) vgl. Protokoll IV, S. 38.
[150]) Protokoll IV, S. 61—76.
[151]) Naumann: Protokoll III, S. 64.
[152]) Protokoll II, S. 49 f.
[153]) ebenda S. 49.
[154]) Band 2, Heft 1: „Nationale Sozialpolitik" a. a. O. S. 3.
[155]) vgl. Protokoll IV, S. 34.
[156]) Naumann im politischen Jahresbericht: Protokoll IV, S. 34.
[157]) abgedruckt im Protokoll VI, S. 53—65.

158) vgl. Protokoll VI, S. 81.
159) vgl. ebenda S. 66—73.
160) zum folgenden vgl. Protokoll III, S. 48—53 und Protokoll IV, S. 35 f., dazu die Diskussion in der „Hilfe" IV, 1898, Nr. 51, 52.
161) Protokoll III, S. 52 f.
162) vgl. Protokoll III, S. 52 und IV, S. 34.
163) Protokoll IV, S. 34.
164) vgl. Wencks Rede, abgedruckt Protokoll VI, S. 34.
165) vgl. Protokoll V, S. 41.
166) vgl. Jg. VI, 1900, Nr. 31.
167) vgl. Nr. 33 der „Hilfe" (VI, 1900) S. 4 ff.
168) vgl. Wenck: „Patria" a. a. O. 1905, S. 111.
169) vgl. zum folgenden auch Damaschke „Zeitenwende" a. a. O. S. 395—401.
170) Protokoll V, S. 37.
171) ebenda S. 40.
172) ebenda S. 42.
173) vgl. Protokoll V, S. 54.
174) Protokoll I, S. 70.
175) Das Referat Reins findet sich im Protokoll II, S. 122—135, das Schulprogramm S. 141 f.
176) vgl. dies im Protokoll IV, S. 126 ff. sub IV.
177) vgl. sein Referat: Protokoll IV, S. 93—109 und seinen Entwurf eines nationalsozialen Gemeindeprogramms S. 109 ff. Die endgültige Fassung des Programms findet sich ebenda S. 125 ff.
178) vgl. Protokoll V, S. 31 f.
179) Protokoll VI, S. 89.
180) vgl. das Referat von Lehrer Wolff aus Berlin über „Unsere Taktik bei den Gemeindewahlen" auf dem Vertretertage von 1901 (Protokoll VI, S. 83—89).
181) vgl. Protokoll VII, S. 72 f.
182) vgl. Protokoll VII, S. 68.
183) vgl. Protokoll VII, S. 89.
184) Protokoll VII, S. 78 in der Rede von Naumann zit.
185) im Protokoll VII, S. 78.
186) vgl. Naumanns Rede: Protokoll VII, S. 81 f.
187) vgl. „Gedanken und Erinnerungen" a. a. O. S. 695.
188) z. B. in dem Artikel Wencks „Die ‚evangelischen Sozialisten' und die Sozialdemokratie", CW IX, 1895, Sp. 507—12.
189) Mir liegt ein Sonderdruck der Artikelserie vor: „Zum sozialdemokratischen Landprogramm" a. a. O.
190) vgl. zum folgenden auch: Landsberg a. a. O. S. 82—101.
191) Referat des Landwirts Möser. Protokoll II, S. 97—100.
192) ebenda S. 105.
193) vgl. seine Rede: Protokoll II, S. 116.

[194]) Göhre: „Vom Sozialismus zum Liberalismus" a. a. O. S. 33.
[195]) vgl. Naumann: „National-sozialer Katechismus" a. a. O. S. 20.
[196]) Jg. IV, 1898, Nr. 6, S. 1.
[197]) vgl. die Referate im Protokoll III, S. 68—100.
[198]) Protokoll III, S. 112.
[199]) vgl. Protokoll V, S. 57—130.
[200]) vgl. die Rede Esenweins: Protokoll V, 1900, bes. S. 98 ff.
[201]) ders. ebenda S. 98.
[202]) Protokoll V, S. 12 ff.
[203]) Protokoll VI, S. 38.
[204]) vgl. Protokoll VII, S. 38 ff.
[205]) vgl. Göhre: „Vom Sozialismus zum Liberalismus" a. a. O. S. 32.
[206]) vgl. z. B. Damaschkes Broschüre „Was heißt national-sozial?" S. 22—25.
[207]) Punkt 8 der Leitsätze über die Stellung der Nationalsozialen zum Liberalismus.
[208]) Protokoll VI, S. 93—109.
[209]) „Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie", 1889.
[210]) Protokoll VI, S. 94.
[211]) ebenda S. 100.
[212]) vgl. den 5. Leitsatz zu Naumanns Referat: Protokoll VI, S. 108.
[213]) „Zeitwende" S. 403.
[214]) vgl. zum folgenden: Damaschkes „Zeitenwende" a. a. O. S. 107 ff. und v. Gerlachs „Erinnerungen" a. a. O. S. 90 ff.
[215]) vgl. „Zeitenwende" a. a. O. S. 108.
[216]) vgl. ebenda S. 119.
[217]) für den Freisinn wurden abgegeben: 1 400 und 1 785 Stimmen. (Die Ziffern nach Damaschke: „Zeitenwende" a. a. O. S. 136).
[218]) vgl. die Pressestimmen in der „Hilfe" III, 1897, Nr. 49, S. 5.
[219]) vgl. Wenck: „Patria" a. a. O. 1905, S. 90.
[220]) vgl. Damaschke: „Zeitenwende" a. a. O. S. 129.
[221]) Protokoll III, S. 44.
[222]) vgl. zum folgenden: „Patria" 1905 a. a. O., S. 124 ff.
[223]) vgl. „Zeitenwende" a. a. O. S. 420—4.
[224]) Damaschke: „Zeitenwende" a. a. O. S. 139.
[225]) § 4 des Statuts. Protokoll I, S. 3.
[226]) vgl. Wenck: „Geschichte der Nationalsozialen" a. a. O. S. 74.
[227]) vgl. ebenda S. 75.
[228]) vgl. den Geschäftsbericht: Protokoll II, S. 17.
[229]) vgl. die jährlichen Berichte des Parteisekretärs.
[230]) vgl. Wenck: „Geschichte der Nationalsozialen" a. a. O. S. 47.
[231]) vgl. Damaschke: „Zeitenwende" a. a. O. S. 88.

[232]) vgl. zu dem allen: Damaschkes „Zeitenwende" S. 24 ff., 87—93, Wenck: „Patria" a. a. O. 1905, S. 73 f., ferner Wenck: „Friedrich Naumann" S. 87 f.
[233]) vgl. Damaschke: „Zeitenwende" S. 92.
[234]) vgl. ebenda S. 384.
[235]) vgl. ebenda S. 450 f. Aus einem offenen Briefe Naumanns „An die lieben Freunde" 1913.
[236]) in einem Artikel „Die Niederlage" („Hilfe" IX, 1903, Nr. 26, S. 2 f.; „Zeit" II, 1903, Nr. 39, S. 387 ff.).
[237]) „Hilfe" IX, 1903, Nr. 27—35.
[238]) Der Brief ist abgedruckt in der „Hilfe" IX, 1903, Nr. 31, S. 1.
[239]) vgl. Kulemann a. a. O. S. 191 f.
[240]) vgl. „Zeit" II, 1903, Nr. 49, S. 707. Im Protokoll ist dieser Passus nicht aufzufinden.
[241]) Protokoll des VIII. Vertretertages: „Hilfe" IX, Nr. 36 S. 6.
[242]) ebenda S. 4.
[243]) ebenda S. 4.
[244]) vgl. Wenck: „Patria" a. a. O., 1905, S. 135 f.
[245]) vgl. zum folgenden: Bergsträßer a. a. O. S. 110—144, Klein-Hattingen a. a. O. II, S. 398—402, 492—5, 519—536, 601—622.
[246]) vgl. zum folgenden den Artikel H. v. Gerlachs „Die Politik der Freisinnigen Vereinigung" in der „Zeit" II, 1903, Nr. 46, S. 610 ff.
[247]) „Zeit" II, 1903, Nr. 46, S. 613.
[248]) ebenda S. 610.
[249]) zitiert bei Damaschke: „Zeitenwende" a. a. O. S. 442.
[250]) in der Vossischen Zeitung. Bei Damaschke „Zeitenwende" a. a. O. S. 442 f.
[251]) zu v. Gerlach. Vgl. „Zeit" II, 1903, Nr. 46, S. 612.
[252]) Protokoll VII, S. 101—7.
[253]) Protokoll VII, S. 101.
[254]) in der Magdeburger Volksstimme, abgedruckt in der „Hilfe" IX, 1903, Nr. 38, S. 2.
[255]) vgl. zum folgenden die Lebensskizze in Maurenbrechers Buch a. a. O. (Schluß).
[256]) vgl. dazu seine eigenen Aufzeichnungen „Wie ich deutschnational wurde„ in der Sammlung „Deutscher Aufstieg" a. a. O. S. 423—439.
[257]) vgl. zum folgenden: Klein-Hattingen a. a. O. S. 604 ff.
[258]) „Erinnerungen" a. a. O. S. 96.
[259]) Stresemann a. a. O. I, S. 246 f.
[260]) vgl. Herkner a. a. O. II, S. 85 ff.

Literatur-Verzeichnis.

Bergsträßer, Ludwig: Geschichte der politischen Parteien in Deutschland (Schriftenreihe der Verwaltungsakademie Berlin Bd. 4) 5. Aufl. 16.—25. Tausend, Mannheim, Berlin, Leipzig 1928.

Bernstein, Eduard: Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie, Stuttgart 1899.

Bismarck, Otto Fürst v. B.: Gedanken und Erinnerungen. Stuttgart und Berlin o. J. (1928).

Brandenburg, Erich: 50 Jahre nationalliberale Partei. Berlin 1917.

Christliche Welt (Her.: Rade, Martin; zit.: CW).

Damaschke, Adolf: Was heißt nationalsozial? Eine Antwort. Berlin 1898.

— Zeitenwende. Aus meinem Leben, 2. Bd. Leipzig und Zürich o. J. (1925).

Deutscher Aufstieg. Bilder aus der Vergangenheit und Gegenwart der rechtsstehenden Parteien. Her. von Hans v. Arnim und Georg v. Below. 1.—5. Tausend, Berlin o. J. (1924.)

Dockhorn, Wilhelm: Die christlich-soziale Bewegung in Deutschland. Ein kritischer Beitrag zur Frage ihres religiösen und kulturell-gesellschaftlichen Untergrunds, ihrer Idee und Geschichte usw. Halle a. d. S. o. J.

Eisner, Konrad: Friedrich Naumann als Wirtschaftspolitiker: Freiburger rer. pol. Diss. 1922 (maschinenschriftlich).

Esenwein, A.: Die Nationalsozialen und die Bauern. Berlin 1901.

Frank, Walter: Hofprediger Adolf Stoecker und die christlich-soziale Bewegung Berlin o. J. (1928).

Fuchs, Emil: Von Naumann zu den religiösen Sozialisten 1894—1929 (Schriften der religiösen Sozialisten 12) Mannheim o. J. (1930).

v. Gerlach, Hellmuth: Erinnerungen eines Junkers. Berlin 1925.

Geschichte der Frankfurter Zeitung (Volksausgabe) Her. vom Verlag der Frankfurter Zeitung. Frankfurt a. M. 1911.

Göhre, Paul: Drei Monate Fabrikarbeiter und Handwerksbursche. Berlin 1892.

— Die evangelisch-soziale Bewegung, ihre Geschichte und ihre Ziele. Leipzig 1896.

— Vom Sozialismus zum Liberalismus. Wandlungen der Nationalsozialen. Berlin 1902.

Grotewold, Christian: Die Parteien des Deutschen Reichstages 1908.

Herkner, Heinrich: Die Arbeiterfrage. II. Bd.: Soziale Theorien und Parteien. Berlin 1921.

Heuß, Theodor (her.): Gestalten und Gestalter, Lebensgeschichtliche Bilder von Friedrich Naumann. Berlin und Leipzig 1919.

— Friedrich Naumann zum Gedächtnis. Gedenkrede. Heilbronn 1920.

Die Hilfe (Her.: Naumann, Friedrich).

Hohlfeld, Johannes: Geschichte des Deutschen Reiches 1871—1926. 2. Aufl. Leipzig 1926.

Kißling, Johs. Baptist: Der deutsche Protestantismus 1817—1917 Bd. I, II. Münster i. W. 1917/8.

Klein-Hattingen, Oskar: Geschichte des Liberalismus 2. Bde. Berlin 1912.

Kulemann, W.: Der Zusammenschluß der Liberalen. Dresden 1905.

— Politische Erinnerungen, ein Beitrag zur neueren Zeitgeschichte. Berlin 1911.

Landsberg, Konrad: Friedrich Naumann als Wirtschaftspolitiker. Diss. Jena 1922.

Maurenbrecher, Der Heiland der Deutschen. Göttingen 1930.

Meyer-Benfey: Friedrich Naumann. Göttingen 1904.

v. Nathusius, Martin: Was ist christlicher Sozialismus? 1896.

Naumann, Friedrich: Arbeiterkatechismus oder der wahre Sozialismus. Seinen arbeitenden Brüdern dargebracht. Calw und Stuttgart 1889.

— Was tun wir gegen die glaubenslose Sozialdemokratie? Vortrag. Leipzig 1889.

— Das soziale Programm der evangelischen Kirche. Leipzig 1891.

— Soziale Briefe an reiche Leute. Göttingen 1894.

— Zum sozialdemokratischen Landprogramm. Frankfurt a. M. und Göttingen 1895.

— Einige Gedanken über die Gründung christlich-sozialer Vereine. Bern 1896.

— Was heißt christlich-sozial? Band II. Leipzig 1896.

— Jesus als Volksmann (Göttinger Arbeiterbibliothek Bd. I) Göttingen 1896.

— National-sozialer Katechismus. Erklärung der Grundlinien des National-sozialen Vereins. Berlin o. J. (1896).

— Nationaler und internationaler Sozialismus. Berlin 1897.

— Weltpolitik und soziale Reform. Berlin 1898.

— Bebel und Bernstein. Berlin 1898.

— Flotte und Reaktion, Vortrag. Berlin 1899.
— Nationale Sozialpolitik (Göttinger Arbeiterbibliothek Bd. II, Heft 1). Göttingen 1900.
— Demokratie und Kaisertum 2. Aufl. Berlin 1900.
— (her.:) „Patria", Jahrbücher der Hilfe. Berlin 1901 ff.
— Neudeutsche Wirtschaftspolitik. Berlin 1902.
— Liberalismus, Zentrum und Sozialdemokratie. Vortrag. München o. J. (1903).
— Die Politik Kaiser Wilhelms II. München o. J. (1903).

Naumann, Friedrich und Barth, Theodor: Die Erneuerung des Liberalismus. Ein politischer Weckruf. Berlin 1906.

Naumann, Margarete: Friedrich Naumanns Kindheit und Jugend. Gotha 1928.

o. Verf.: Die Nationalsozialen (Flugschriften der nationalliberalen Partei, Heft 11). Berlin 1898.

Neumann, Alfred: Friedrich Naumanns christlicher Sozialismus. Mit einleitenden Betrachtungen über Naumanns Rolle in der sozialen Bewegung. Berlin 1927 (zugleich Leipziger phil. Diss.).

v. Oertzen, Dietrich: Von Wichern bis Posadowsky. Zur Geschichte der Sozialreform und der christlichen Arbeiterbewegung. 2. Aufl. Hamburg o. J. (1908).

Protokoll über die Vertreterversammlung aller National-sozialen in Erfurt vom 23. bis 25. November 1896. Berlin 1896.

Protokoll über die Verhandlungen des Nationalsozialen Vereins (zweiter Delegiertentag) zu Erfurt vom 26. bis 29. September 1897. Berlin 1897.

Protokoll über die Verhandlungen des Nationalsozialen Vereins (dritter Vertretertag) zu Darmstadt vom 25. bis 28. September 1898. Berlin 1898.

Protokoll über die Verhandlungen des Nationalsozialen Vereins (vierter Vertretertag) zu Göttingen vom 1. bis 4. Oktober 1899. Berlin-Schöneberg 1899.

Protokoll über die Verhandlungen des Nationalsozialen Vereins (fünfter Vertretertag) zu Leipzig vom 30. September bis 3. Oktober 1900. Leipzig 1900.

Protokoll über die Verhandlungen des Nationalsozialen Vereins (sechster Vertretertag) zu Frankfurt a. M. vom 29. September bis 2. Oktober 1901. Frankfurt a. M. 1901.

Protokoll über die Verhandlungen des Nationalsozialen Vereins (siebter Vertretertag) zu Hannover vom 2. bis 5. Oktober 1902. Hannover 1902.

Protokoll des achten Vertretertages des Nationalsozialen Vereins in der „Hilfe", IX. Jg. 1903, Nr. 36.

Rachfahl, Felix: Kaiser und Reich 1888—1913, 25 Jahre preußisch-deutscher Geschichte. Festschrift zum 25 jährigen Regierungsjubiläum Wilhelms II., Deutschen Kaisers, Königs von Preußen. Berlin 1913.

Rassow, H.: Die deutsche Flotte und das deutsche Volk (Göttinger Arbeiterbibliothek, Bd. II, Heft 7/8). Göttingen 1900.

Die Religion in Geschichte und Gegenwart (RGG) I. und II. Auflage benutzt.

Schack, W.: Die Nationalsozialen und der neue Liberalismus. Hamburg 1903.

Schneider, W.: Friedrich Naumanns soziale Gedankenwelt. Berlin 1929.

Soziale Praxis (Her.: L. Jastrow).

Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags. IX. Legislaturperiode, III. Session 1894/5, I. Bd. Berlin 1895.

Stresemann, Gustav: Reden und Schriften. Politik — Geschichte — Literatur. 1897—1926. I. Bd. Dresden 1926.

Weber, Marianne: Max Weber, ein Lebensbild. Tübingen 1926.

Weinheimer, H.: Arbeiterorganisationen, ihre Bedeutung und ihre Geschichte (Göttinger Arbeiterbibliothek Bd. II, Heft 6). Göttingen 1900.

Wenck, Martin: Die Geschichte der Nationalsozialen von 1895 bis 1903. Berlin-Schöneberg 1905.

— Friedrich Naumann, ein Lebensbild. Herausgegeben von der Staatsbürgerschule, Berlin. 1.—5. Tausend. Berlin 1920.

Wiedeburg, Gertrud: Friedrich Naumann als Wirtschaftstheoretiker. (maschinenschr.) Diss. Jena 1923.

Die Zeit, Nationalsoziales Wochenblatt (her. von Naumann, Friedrich).

Ziegler, Theobald: Die geistigen und sozialen Strömungen des 19. Jahrhunderts. Berlin 1899.

Lebenslauf.

Ich wurde am 22. April 1907 geboren als Sohn des Pfarrers, jetzigen Direktors der evangelischen Gesellschaft für Deutschland, Joseph Gauger und seiner Ehefrau Emeline, geb. Gesenberg.

Von frühester Kindheit an hatte ich an Asthma zu leiden, sodaß mir eine regelmäßige Teilnahme am Schulunterricht erschwert und endlich unmöglich gemacht wurde. Ich mußte deshalb als Obertertianer vom Gymnasium abgehen und ganz aussetzen. Mit dem 17. Lebensjahre verlor sich die Krankheit. So konnte ich Herbst 1923 bei einer größeren Barmer Textilfabrik eine dreijährige kaufmännische Lehrzeit antreten. Neben dem Berufe her nahm ich an Abendkursen einer privaten Lehranstalt teil, widmete mich nach Beendigung meiner Lehrzeit, von der mir ein halbes Jahr geschenkt wurde, ganz der Vorbereitung und trat dann Ostern 1927 nach Bestehen einer Aufnahmeprüfung in die Oberprima des Elberfelder städtischen Realgymnasiums ein. Ostern 1928 erhielt ich das Zeugnis der Reife, mußte dann aber einer Grippeerkrankung wegen bis zum Herbst aussetzen. Im Wintersemester 1928/29 belegte ich bei der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der Eberhard-Karls-Universität zu Tübingen. Es folgten Semester in Königsberg, Kiel und Münster.

Am 1. Juni 1931 schickte ich anonym bei der Helfferich-Stiftung in Berlin eine historische Preisarbeit ein über das Thema „Grundlagen und Geschichte evangelischer Parteibildung in Deutschland". Die Arbeit wurde geprüft von einem Professorenkollegium unter Vorsitz des späteren preußischen Kultusministers Prof. D. Dr. Dr. Kähler in Greifswald und mir einstimmig der ungeteilte Tausend-Mark-Preis zuerkannt.

Da mir nahegelegt wurde, die Arbeit schleunigst auszubauen, ihres historischen Charakters wegen aber keine Möglichkeit vorlag, sie als juristische Dissertation zu verwenden, so ging ich zu Beginn des Sommersemesters 1932 zur philosophischen Fakultät über unter Anrechnung von sechs Semestern meiner bisherigen Studienzeit. Herr Professor Dr. Wätjen interessierte sich in gütiger Weise für meine Arbeit und nahm den vorliegenden ausgearbeiteten Teil als Dissertation an.